

# Preussische Allgemeine



Nr. 23 · 7. Juni 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Zwischen Himmel und Erde

Wie weltlich und dem Zeitgeist verhaftet darf Kirche sein?  
**Seite 3**



**Bekenntnis** Das Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg **Seite 13**



**Zeitgeschehen** Warum sich ein Volksstamm in Namibia nach Caprivi sehnt **Seite 23**

VON RENÉ NEHRING

**POLITIK**

## Die Europäer stehen vor einer fragwürdigen Wahl

Rund 350 Millionen sind dazu aufgerufen, ein Gremium zu wählen, dem wesentliche Elemente eines Parlaments fehlen. Was allerdings nicht falsch ist

Steht die Europäische Union vor einem „Rechtsruck“? Zumindest sagen Meinungsumfragen seit Wochen für die am kommenden Sonntag anstehende Wahl zum Europäischen Parlament (EP) einen Stimmenzuwachs für die konservativen bis rechtspopulistischen Parteien verschiedener Schattierungen voraus, weshalb denn auch gerade deutsche Medien wie das ZDF davor warnen, dass „Europas Rechte die EU verändern wollen“. Besonders gefährlich ist in den Augen des ZDF, dass für die rechten Parteien „zuerst die Nation und ihre Bürger, dann vielleicht Europa“ käme.

Das zweite große Thema der Wahl ist, wer künftig als Präsident der Europäischen Kommission an der Spitze des wichtigsten Organs der EU stehen wird. Dabei ist keineswegs gewiss, ob die bisherige Amtsinhaberin Ursula v. der Leyen eine weitere Amtszeit bekommt. Als Alternativen zur deutschen Christdemokratin werden längst hochkarätige Namen wie der ehemalige EZB-Präsident und italienische Ministerpräsident Mario Draghi, die aus Malta stammende bisherige EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, die derzeitige EZB-Präsidentin Christine Lagarde oder auch der rumänische Präsident Klaus Johannis genannt.

Was wiederum verdeutlicht, dass der von den Bürgern der EU gewählten Versammlung noch immer wesentliche Befugnisse eines echten Parlaments fehlen. Zwar heißt es in Artikel 17 (7) des EU-Vertrags, dass das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten „mit der Mehrheit seiner Mitglieder“ wählt, doch liegt das Vorschlagsrecht – und damit die eigentliche Auswahl – beim Europäischen Rat, also dem Gremium der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Dass diese sich ihre Macht keineswegs aus den Händen nehmen lassen, zeigten sie vor fünf Jahren, als sie den Spitzenkandidaten der stärksten Fraktion, den deutschen

Christsozialen Manfred Weber, nach der Wahl einfach zur Seite schoben.

Auch sonst fehlen dem Hohen Haus wesentliche Befugnisse eines echten Parlaments. So wird die Besetzung des zweiten wichtigen EU-Postens, des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, von den Staats- und Regierungschefs in deren Hinterzimmerrunden ausgehandelt. Selbst auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union hat das EP kaum Einfluss. Über die Gesetze der EU darf das Parlament zwar abstimmen, allerdings hat es kein eigenes Initiativrecht. Es kann also selbst keine Gesetze, Richtlinien oder Verordnungen auf den Weg bringen, sondern allenfalls über die Beschlüsse der Kommission und der nationalen Regierungen mitentscheiden. Selbst beim Haushalt, der Kernkompetenz klassischer Parlamente, kann das EP nur darüber abstimmen, was andernorts beschlossen wurde.

### Die Macht liegt woanders

Wie gering der Einfluss des Hohen Hauses ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass es noch nicht einmal seinen eigenen Sitz bestimmen kann. Dieser ist seit den ersten Tagen der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Vorgängerin des EP, offiziell im elsässischen Straßburg. Doch obwohl die Hauptarbeit des Hauses längst an seinem nominellen Zweitstandort Brüssel

geleistet wird und sich in Umfragen weit über 90 Prozent der Abgeordneten für die belgische Hauptstadt als alleinigen Sitz aussprechen, bleibt es bei dem kostspieligen Doppelstandort, weil die französische Regierung sich querstellt.

Obwohl all jene, die eine stärkere Kompetenz- und Machtverlagerung weg von den nationalen Regierungen hin zur EU befürworten, die eingeschränkten Gestaltungsmöglichkeiten des Hohen Hauses beklagen, so entspricht die derzeitige Kompetenzlage schlicht und ergreifend dem staatsrechtlichen und realpolitischen Charakter der Europäischen Union. Entgegen allen Inszenierungen der EU-Kommission ist diese noch immer kein souveräner Bundesstaat, sondern ein Bund souveräner Mitgliedstaaten. Und insofern wäre die vom ZDF und anderen Medien im Falle eines rechten Wahlsiegs an die Wand projizierte Horrorgeschichte einer „Renationalisierung“ der EU nichts weiter als eine Bestätigung des simplen Faktums, dass die europäischen Nationen noch immer souverän sind.

Wer sich die Arbeit der Brüsseler und Straßburger Instanzen in den letzten Jahren ansieht, kann daran schwerlich etwas Schlimmes finden. Denn unabhängig davon, ob die einzelnen Betrachter sich „mehr Europa“ wünschen oder die Macht lieber in den Händen der Mitgliedstaaten sehen, kann niemand bestreiten, dass die EU den Beweis dafür, dass ihre „Vertie-

fung“ zu einem „höheren Gewicht Europas in der Welt“ führen werde (so die oft zu hörenden Floskeln), nicht erbracht hat. Ganz im Gegenteil sind die europäischen Staaten gerade nur passive Zuschauer, während Russland und China einerseits sowie die USA andererseits auf dem Boden der Ukraine einen geopolitischen Machtkampf austragen.

Auch bei anderen Großkrisen der letzten Jahre wie der Corona-Pandemie oder der unkontrollierten Massenzuwanderung war die EU nicht in der Lage, ihre Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Zwar haben die Brüsseler Institutionen auf diesen Gebieten wenig Entscheidungskompetenz, doch hätte niemand der EU-Kommissionspräsidentin verwehren können, in diesen Krisen die Mitglieder zusammenzutrommeln und mit ihnen gemeinsam vorteilhafte Regelungen für alle Beteiligten zu finden.

Funktionieren tut die EU heute noch immer dort am besten, wo sie vor über siebzig Jahren mit der Gründung der Montanunion angefangen hat: bei der Angleichung von wirtschaftlichen Standards, die mit der Schaffung des EU-Binnenmarktes 1993 zu den „Vier Grundfreiheiten“ – Dienstleistungsverkehrsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit, Personenverkehrsfreiheit und Warenverkehrsfreiheit – ihren Abschluss fand. Hätte man es dabei belassen, wäre der Union und ihren Bürgern viel Ärger erspart geblieben.

**IN DIESER AUSGABE**

**Politik**  
Ein Whistleblower fordert den Verfassungsschutz in Sachsen heraus  
**Seite 4**

**Kultur**  
Weimar deckt auf, wie sehr das Bauhaus mit den Nationalsozialisten kungelte  
**Seite 9**

**Das Ostpreußenblatt**  
Die wechselvolle Geschichte des ermländischen Landsitzes Bergenthal  
**Seite 18**

**Lebensstil**  
Wie neue Technologien den Alterungsprozess des Menschen umkehren sollen  
**Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



**Neukaledonien im Ausnahmezustand** Auf dem französischen Überseeterritorium sorgt eine Änderung des Wahlrechts für Gewalt und Rufe nach Unabhängigkeit. Angetrieben werden die Separatisten aus dem Ausland

# Angriff auf die Kolonialmacht

Frankreich verteidigt sein Überseeterritorium – Rohstoff Nickel spielt dabei eine wichtige Rolle

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die zur französischen Republik gehörende Inselgruppe Neukaledonien, welche im Pazifik östlich von Australien liegt, wurde in den vergangenen Wochen Schauplatz schwerer gewalttätiger Ausschreitungen. Diese forderten insgesamt sechs Todesopfer und hunderte Verletzte. Darüber hinaus gab es Sachschäden in Milliardenhöhe. Die Randalierer hatten Geschäfte, Tankstellen, Schulen, Kliniken und andere öffentliche Gebäude sowie zahllose Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt. Die Zentralregierung in Paris reagierte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, der vom 15. bis zum 27. Mai galt.

Auslöser der Unruhen war die Entscheidung der Nationalversammlung in Paris, das Wahlrecht auf Neukaledonien zu reformieren. Dieses weist einige Besonderheiten auf, welche aus der Geschichte der Inselgruppe resultieren. Die ehemalige Strafkolonie wurde 1946 zum französischen Überseeterritorium erklärt, wonach 1953 sämtliche Bewohner der Archipels die französische Staatsbürgerschaft erhielten.

Das galt auch für die Ureinwohner Neukaledoniens, die sich selbst Kanaken nennen. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung ging durch die Einwanderung ethnischer Franzosen sowie die Immigration von Polynesiern und Asiaten kontinuierlich zurück, bis sie ab 1963 eine Minderheit bildeten. Daraufhin kam es zur Gründung der militanten Widerstandsbewegung Front de libération nationale kanak et socialiste (FLNKS), welche die Unabhängigkeit Neukaledoniens und den Abzug aller „Ausländer“ erzwingen wollte. Damit löste sie einen Bürgerkrieg aus, der von 1984 bis 1988 währte und etliche Menschenleben kostete.

Um die Inselgruppe zu befrieden, stimmte Paris 1988 dem Matignon-Abkommen zu, durch das Neukaledonien mehr Autonomierechte erhielt. Dem folgte 1998 das Abkommen von Nouméa. Das sah eine Beschränkung der Zuwanderung und darüber hinaus auch drei Referenden über die Unabhängigkeit vor. Bei diesen waren die Kanaken insofern wahlrechtlich privilegiert, als Neuankömmlinge aus der Zeit nach 1998 sowie deren auf Neukaledonien geborene Kinder an den Refe-

renden nicht teilnehmen durften, selbst wenn sie die französische Staatsbürgerschaft besaßen. Dennoch ergaben die drei Abstimmungen 2018, 2020 und 2021 stets das gleiche Ergebnis: Die wahlberechtigten Neukaledonier wollten mehrheitlich Franzosen bleiben.

Allerdings boykottierten die Kanaken das letzte Referendum und bezeichneten dieses anschließend als ungültig. Dahingegen sah die Regierung in Paris das Abkommen von Nouméa als nunmehr erfüllt an und ergriff gesetzgeberische Initiativen, um das angebliche undemokratische und verfassungswidrige Wahlrecht auf Neukaledonien zu reformieren.

## Jeder Dritte trägt eine Waffe

Daraus resultierte die aktuelle, mit großer Mehrheit getroffene Entscheidung des französischen Parlaments, dass ab dem 1. Juli ausnahmslos alle Bewohner von Neukaledonien, die auf der Inselgruppe geboren wurden oder seit mindestens zehn Jahren dort leben, ein Stimmrecht

erhalten sollen, was die Kanaken – durchaus zutreffend – als endgültigen Todesstoß für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen ansehen.

Dabei sind diese Paris ebenso ein Dorn im Auge wie die Ungleichstellung der Neukaledonier. Denn für die Franzosen ist der Archipel von ebenso großer wirtschaftlicher wie strategischer Bedeutung. In der Erde Neukaledoniens liegen rund 25 Prozent der weltweiten Vorräte an Nickel, einem strategischen Rohstoff, der unter anderem für Akkumulatoren, Mobiltelefone und Flachbildschirme benötigt wird.

Darüber hinaus unterhalten die französischen Streitkräfte fünf Marine- und Luftwaffenstützpunkte auf Neukaledonien. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Präsident Emmanuel Macron sofort nach Ausbruch der Unruhen, welche faktisch auf einen versuchten Staatsstreich der kanakischen Unabhängigkeitsbefürworter hinausliefen, 3500 Soldaten und Polizisten nach Neu-

kaledonien entsandte, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Nun wird erneut mit den Kanaken verhandelt, wobei auch ein Aussetzen der Wahlrechtsreform zur Diskussion steht. Allerdings hat sich die Kluft zwischen den Ureinwohnern und den „Zugewanderten“ auf Neukaledonien durch die Ausschreitungen noch mehr vertieft. So zürnte der Abgeordnete der Macron-Partei Renaissance, Nicolas Metzdorf: „Ich gehöre zur siebten Generation in Neukaledonien, und man greift mich an, weil ich weiß bin.“

Parallel dazu verwies die Präsidentin der Südprovinz, Sonia Backès, auf permanente „rassistische Beleidigungen“ der Zugewanderten seitens der Kanaken und meinte: „Wenn es nach den Separatisten geht, dann sind wir Fremde im eigenen Land.“

Daher liegen weitere gewaltsame Zusammenstöße in der französischen Überseegemeinschaft, in der jeder dritte Einwohner eine Waffe besitzt, durchaus im Bereich des Möglichen.



Bürgerkriegsähnliche Zustände im Inselparadies: Ausgebrannte Autos und Straßensperren während der fast zweiwöchigen Unruhen auf der französischen Südseeinsel Neukaledonien  
Foto: imago/abacapress

## URSACHEN

# Ilham Alijews Rache an Frankreich

Hinter den Unruhen könnte auch Aserbaidshan stecken – Vergeltung dafür, dass die Franzosen den Erbfeind Armenien unterstützen

Der französische Auslandsgeheimdienst DGSE und Kenner der aktuellen Situation auf Neukaledonien wie Jacob Ross von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gehen unisono davon aus, dass hinter den Unruhen in der französischen Überseegemeinschaft mit besonderem Status auch ausländische Mächte stecken. Bekanntlich versuche Russland, Konflikte im globalen Süden zu schüren, um dem Westen – und hier insbesondere der „Kolonialmacht“ Frankreich – zu schaden.

Ebenso liege es im geopolitischen Interesse Chinas, die französische Position im Pazifikraum zu unterminieren, weil Paris hier gegen Peking agiere. Darüber hinaus reflektiere die Volksrepublik auf

die reichen Nickelvorkommen Neukaledoniens und verfolge parallel das Ziel, dort – so wie in Vanuatu und Papua-Neuguinea auch – einen großen Überseehafen zu bauen. Allerdings sei das Vorgehen Russlands und Chinas vergleichsweise subtil. Anders verhalte es sich dahingegen im Falle der autoritär regierten Republik Aserbaidshan.

Und tatsächlich lässt deren Machthaber Ilham Alijew nichts unversucht, um sich als Beschützer der Ureinwohner von Neukaledonien und anderen französischen Überseeterritorien zu präsentieren. Beispielsweise initiierte er im Juli 2023 ein Treffen von Unabhängigkeitsbefürwortern aus Martinique, Guadeloupe,

Französisch-Guayana, Mayotte, Neukaledonien, Französisch-Polynesien und Korsika. Während dieser Zusammenkunft formierte sich die sogenannte Baku-Initiativgruppe, deren Ziel darin besteht, die „Befreiungsbewegungen in den französischen Kolonien zu unterstützen“. Darüber hinaus kam es im April 2024 zur Unterzeichnung eines Kooperations-Memorandums zwischen dem Kanaken-Parlament auf Neukaledonien und der Nationalversammlung von Aserbaidshan.

## Antikolonialistische Attitüde

Die antikolonialistische Attitüde Alijews ist jedoch nur vorgespiegelt. In Wirklichkeit will sich der Diktator für die langjäh-

„Ich gehöre zur siebten Generation in Neukaledonien, und man greift mich an, weil ich weiß bin“

Nicolas Metzdorf  
Abgeordnete der Macron-Partei Renaissance

rige Unterstützung Armeniens durch Frankreich rächen – zumal Paris nun sogar angekündigt hat, Waffen an den aserbaidshanischen Erbfeind Armenien zu liefern, damit dieser die fortwährenden Attacken von Alijews Streitkräften besser abwehren kann. Somit geht es bei der Einmischung Bakus in Neukaledonien sehr viel eher um Vergeltung als um Hilfe für die angeblich unterdrückten Kanaken.

Dergestalt äußerte sich jetzt auch der unabhängige aserbaidshanische Journalist Cavid Ağa. Niemand in seinem Lande interessiere sich ernsthaft für die Ureinwohner von Neukaledonien. Der ganze Rummel um die Baku-Initiativgruppe sei „lediglich eine Show“, sagte er. W.K.

## UREINWOHNER

# Der Kanake ist ein „Mann“ oder „Mensch“

Die Kanaken sind die melanesischen Ureinwohner Neukaledoniens. Der Name für ihre Ethnie, welche sich aus unzähligen kleineren Stämmen zusammensetzt, ist eine Ableitung aus dem urtümlichen, im ganzen Pazifikraum verbreiteten Wort „Tangata“, wobei „Kanake“ wörtlich übersetzt „Mann“ oder „Mensch“ bedeutet. Später wurde daraus dann parallel die oftmals abwertend gemeinte europäische Bezeichnung für einen Angehörigen der Völker Ozeaniens.

Bei der letzten Volkszählung auf Neukaledonien bezeichneten sich 111.856 Personen als Kanaken. Somit stellen die Ureinwohner heute nur noch reichlich 41 Prozent der Bevölkerung der französischen Überseegemeinschaft.

Vor der Ankunft der ersten europäischen Seefahrer im Jahre 1774 hatten die Kanaken kein eigenes Staatsgebilde geschaffen und sich auch sonst nicht in größerem Umfang organisiert. Während der Kolonialzeit, welche mit der Inbesitznahme der Inselgruppe im September 1853 im Namen von Kaiser Napoleon III. begann, wurden die Kanaken als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die Folge waren ständige Aufstände, die bis 1917 andauerten.

Mit der Zuerkennung der französischen Bürgerrechte im Jahr 1953 verbesserte sich der rechtliche, politische und soziale Status der Kanaken. So entstand der Sénat coutumier, dessen Mitglieder ausschließlich von den Ureinwohnern gewählt werden und der bei jeder administrativen oder wirtschaftlichen Entscheidung zu konsultieren ist, welche die Kanaken betrifft.

Die Mehrzahl der autochthonen Bevölkerung lebt in speziellen Bezirken, genannt Tribus, in denen Sonderregeln auf der Basis der kulturellen Traditionen der Kanaken gelten. Jeder zweite Bewohner dieser Tribus hat keinerlei Ausbildung absolviert und geht auch keiner Arbeit nach, weswegen der französische Staat mit Sozialleistungen aushelfen muss. Außerhalb der Tribus liegt die Arbeitslosenquote unter den Kanaken ebenfalls noch bei 26,5 Prozent. W.K.



# „Entscheidend ist die Gottesliebe“

Über die fortdauernde Krise der beiden großen Amtskirchen, die Frage, wie stark sich die Kirchen dem Zeitgeist anpassen sollten, und die pauschale Ausgrenzung von Mitgliedern einer ganzen Partei

IM GESPRÄCH MIT  
THOMAS A. SEIDEL

Seit vielen Jahren ist Thomas A. Seidel eine prägnante Stimme in der evangelischen Publizistik. In seinem neuen, gemeinsam mit Sebastian Kleinschmidt und Friedemann Richert herausgegebenen Sammelband will er nun, so der Untertitel, „dem Zerfall von Kirche und Gesellschaft begegnen“. Ein Gespräch über die Krise einer Institution, die unsere Gesellschaft Jahrhunderte lang getragen hat, in der Gegenwart jedoch zunehmend an Relevanz verliert.

**Herr Seidel, Ihr neues Buch trägt den Haupttitel „Bild der Welt und Geist der Zeit“, worum geht es darin konkret?**

Es geht darum, dass wir anhand von fünf verschiedenen „Welt-Bildern“ zur Debatte über die Ursachen und Hintergründe der aktuellen Polarisierungsprozesse in unserer Gesellschaft beitragen wollen. Diese Bilder, die zugleich die Abteilungen des Buches bilden, sind das Naturbild, das Menschenbild, das Gesellschaftsbild, das Geschichtsbild und das Gottesbild.

Unsere Gesellschaft erlebt seit Jahren eine beschleunigte Säkularisierung. Das heißt, der bis dato geltende Konsens zu bestimmten Werten, Sitten und Kulturtechniken ist in Auflösung begriffen. Daraus ergibt sich für die Kirchen als wesentliche Hüterinnen der Tradition, aber auch als Begleiterin sozialer Veränderungen die Frage, wie dieses Verhältnis von Bewahrung und Erneuerung künftig bestimmt wird. Natürlich geht es auch um die Hauptaufgabe christlicher Kirche, nämlich die Verkündigung des dreieinigen Gottes und die Botschaft der Erlösung des Menschen in einer unerlösten Welt sowie darum, wie sie dies in den Mittelpunkt ihres Wirkens rücken kann.

Eine weitere Entwicklung, die wir in unserem Buch beleuchten, ist, dass bis dato geltende Standards in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zunehmend außer Kraft gesetzt sind. Wir erleben nicht nur eine Verrohung von Sprache, zum Beispiel in den sozialen Netzwerken, sondern auch eine aggressive, moralisch aufgeladene Unduldsamkeit, eine Nichtbereitschaft, die Argumente der jeweils anderen Seite nur zur Kenntnis zu nehmen oder daraus Schlüsse für ein gemeinsames oder auch getrenntes Handeln zu ziehen.

**Was werfen Sie in Bezug auf diese beiden Entwicklungen den Kirchen vor?**

In Bezug auf die Säkularisierung setzen sich die Herausgeber und Autoren des Bandes damit auseinander, dass die großen Amtskirchen in ihrem Bemühen, mit der Zeit zu gehen, sich zu wenig der Verkündigung des Glaubens und der Suche nach Antworten auf die existenziellen Fragen des menschlichen Daseins widmen.

Der andere Kritikpunkt, der im Buch nicht fokussiert wird, ist, dass sich die Kirchen im Rahmen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zuletzt wiederholt unmittelbar in den parteipolitischen Wettstreit begeben haben. So haben führende Vertreter von Kirche und Diakonie an einer sehr harschen gesellschaftlichen Ausgrenzung der Partei „Alternative für Deutschland“ mitgewirkt. Damit haben sie zirka 20 Prozent der Bevölkerung und einen wahrscheinlich ebenso hohen Anteil an Kirchenmitgliedern als „nichtdemokratisch“ und als „im Widerspruch zum christlichen Menschenbild stehend“ klassifiziert.

Ja, es gibt in der AfD zahlreiche Äußerungen, die aus christlicher Perspektive fragwürdig und klar abzulehnen sind. Grenzüberschreitungen werden korrekterweise auch strafrechtlich untersucht. Dass allerdings pauschal, gelegentlich mit protestantischem Gewissenspathos, Funktionäre, Mitglieder oder Anhänger einer ganzen Partei quasi



Stark in der politischen Botschaft, schwach beim Kernthema Glaube: Anhänger der evangelischen Kirche Foto: pa/Schackow

kommuniziert werden sollen, ohne dass ihnen eine individuelle Verfehlung nachgewiesen wird, verstößt gegen die Grundsätze unserer Kirche, wie dies beispielsweise die Jahreslosung 2022 sehr schön formuliert hat: „Wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen.“ (Johannes 6, 37).

**Lassen Sie uns zunächst bei der allgemeinen Situation bleiben. Warum tut sich die Kirche so schwer damit, ihre frohe Botschaft zu verkünden? Der Islam erlebt seit Jahrzehnten mit einem entschiedenen Auftreten einen enormen Aufschwung. Es ist also nicht so, dass der Glaube an Gott in der modernen Welt ein Auslaufmodell wäre.**

Man muss in dieser Frage sehr differenzieren. In den Kirchengemeinden und örtlichen Gemeinschaften, die ich kenne, in denen ich selbst als Pfarrer unterwegs bin, nehme ich durchaus ein ernsthaftes Fragen, einen festen Glauben und eine überzeugte Praxis des Glaubens wahr.

Gelegentlich habe ich jedoch das Gefühl, dass einige der Bischöfe und Bischöfinnen der Versuchung nicht widerstehen können, in ihren Wortmeldungen zum Geist der Zeit ihre Gedanken so zu formulieren, wie es eben jener mediale Zeitgeist goutiert. Mein Doktorvater Kurt Nowak, der Leipziger Kirchenhistoriker, nannte dies die „Homogenitätssehnsucht im Protestantismus“. Ein Phänomen, das regelmäßig zu „Milieuerengung“, zu Kirchenaustritten und zur Schwächung der Kirche geführt hat und führt.

Doch die Botschaft, die uns Jesus Christus aufgetragen hat, ist nun mal mitunter sperrig und quer zum Geist der Zeit stehend. Das sollten wir aushalten – und keinesfalls gering achten. Die Empfehlung des Apostels Paulus lautet: „Stellt euch nicht dieser Welt gleich.“ (Römer 12, 2).

**Allerdings beleuchten auch Sie mit vier der fünf „Bilder“ Ihres Buches sehr weltliche Themen.**

Es ist doch nichts dagegen zu sagen, dass sich die Kirche weltlichen Fragen widmet, schließlich ist sie ein Teil dieser Welt. Was die Beiträge unseres Buches von manch anderer kirchlicher Stellungnahme oder Publikation unterscheidet ist, dass sie einen intensiven Analyseweg beschreiten und nicht vorschnell versuchen, in der Auseinandersetzung mit weltlichen Themen die christliche Botschaft zu nivellieren, sondern dass sie vielmehr danach fragen, welchen Beitrag Theologie und Glaube zu politischer Urteilskraft beitragen

und zum Bestehen vor den Herausforderungen unserer Zeit leisten können.

**Mit anderen Worten: Die Kirchen sollen sich sehr wohl mit weltlichen Fragen befassen, dabei jedoch berücksichtigen, in wessen Auftrag sie handeln?**

So könnte man es sagen. Die Frage ist, was im Vordergrund christlicher und kirchlicher Tätigkeit steht. Es gibt gelegentlich die Abfrage unter Christen, was sie für das Wichtigste an ihrem Glauben halten. Dann wird häufig die Nächstenliebe genannt. Das ist aber ungefähr so, als würde man bei einem Auto den Auspuff oder die Reifen für das Wichtigste halten und nicht den Motor, der das Fahrzeug antreibt.

Die entscheidende Grundlage für die Nächstenliebe und für die christliche Weltverantwortung insgesamt ist die Gottesliebe. Entscheidend ist, dass sich der Mensch als Christenmensch gegründet weiß in der Liebe Gottes, aus der heraus er die Liebe zu sich selbst, zu seinen Nächsten und zur Welt gewinnen kann. Ohne Gottesliebe kann es keine Nächstenliebe, keine christliche Weltverantwortung und letztlich auch keine wirkungsvolle, lebensdienliche Kirche geben.

**Der fünfte Abschnitt in Ihrem Buch heißt „Gottesbild“. Es ist das am direktesten auf das Christentum verweisende Kapitel. Provokativ gefragt: Kommt Gott in der Kirche von heute zu wenig vor? Wenn man etwa das „Wort zum Sonntag“ im Ersten hört oder das Magazin „chrismon“ liest, die zu den reichweitenstärksten kirchlichen Orten in der Gesellschaft gehören, trifft man immer wieder auf Beiträge, die vollständig ohne Worte wie Gott, Jesus, Maria et cetera bleiben und stattdessen eher eine allgemeine Lebensberatung mit einem gehobenen ethischen Anspruch anbieten.**

Zunächst einmal möchte ich betonen, dass in allen fünf „Bild-Beschreibungen“ des Buches theologische, philosophische und auch politische Fragen im Kontext unseres Lebens heute thematisiert werden. Hinweisen möchte ich hier besonders auf den Text von Wolfgang Thierse. Aber richtig ist, dass im letzten Kapitel besonders hervorgehoben wird, dass die Frage nach dem Gottesglauben für die Selbstverortung des Menschen, für seine Selbstbefragung und sein Selbstvertrauen von elementarer Bedeutung ist. Wir tun dies ganz am Ende des Bandes mit einem spannenden Beitrag aus ostkirchlich-orthodoxer Feder.

Was die Frage nach Gott betrifft, habe ich eben schon gesagt, dass diese in vielen Kirch-

„Die Botschaft, die uns Jesus Christus aufgetragen hat, ist nun mal mitunter sperrig und quer zum Geist der Zeit stehend. Das sollten wir aushalten“

gemeinden, die ich erlebe, durchaus noch immer sehr gegenwärtig ist. Ich wünschte mir jedoch, dass die Einladungen zur Christuskonsequenz auch von leitenden Geistlichen mutiger und fröhlicher ausfallen. Das könnte dann dazu führen, dass sie ihre Pontifex-Rolle – sprich: ihre Rolle als Brückenbauer – wirklich ausfüllen, um zwischen verfeindeten gesellschaftlichen Milieus, Gruppen und Parteien wieder stärker zu vermitteln als das aktuell der Fall ist. Das wäre dann auch ein guter Beitrag zur Stärkung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

**Ihr Mitherausgeber Sebastian Kleinschmidt zitiert in diesem Sinne in seiner Einleitung Pablo Neruda mit den Worten: „Ich für meinen Teil bin in alle Häuser gegangen, in denen mir die Tür geöffnet wurde. Ich wollte mit jedem sprechen. Ich hatte keine Angst vor Ansteckung durch Andersdenkende, durch Feinde. So werde ich es auch in Zukunft halten.“ Geht die evangelische Kirche heute zu wenig in fremde Häuser? Haben ihre Repräsentanten Angst vor der Ansteckung durch Andersdenkende?**

Auch hier sollte man sich vor einer verallgemeinernden Antwort hüten. In Bezug auf die Tagespolitik hatte ich eben schon angemerkt, dass ich es nicht gut finde, wenn sich Kirchenvertreter an der allgemeinen Ausgrenzungsdynamik beteiligen. Ich sehe es als eine vorrangige Aufgabe von Kirche und Diakonie an, das Gespräch und auch den Meinungsstreit mit Andersdenkenden und Andersgläubigen zu suchen und zum Beispiel danach zu fragen, was denn ihre Kritik ist, was ihre Sorgen und Ängste sind, was ihre Hoffnungen und Erwartungen.

**Zum Schluss eine persönliche Frage: Wo in der Gesellschaft sollte sich die Kirche Ihrer Meinung nach positionieren? Sollte sie sich näher am Geist der Zeit orientieren oder eher die Distanz dazu wahren, um so den Kern des Glaubens schützen zu können?**

Ich finde, dass ein Leben mit einem wachen Blick auf den Geist der Zeit und die Bewahrung des Glaubens kein Widerspruch sein müssen. Ich bin überzeugt, dass die Kirchen, mit Martin Luther gesprochen, in und aus der „Freiheit eines Christenmenschen“ heraus leben und wirken können.

Dazu gehört meines Erachtens eine ganz persönliche, individuelle Gebets- und Meditationspraxis. Damit will ich nicht der frommen Innerlichkeit das Wort reden, sondern ich möchte es als eine Einladung verstanden wissen, beispielsweise die Morgenstunden eines Tages für sich als eine Gelegenheit der Einkehr, des Aufsuchens dessen, was trägt und Orientierung gibt, zu nutzen. In dieser spirituellen Praxis liegt meiner Erfahrung nach eine große Kraft, um in unserer Welt zu leben, zu bestehen und um vor dort aus einen kleinen, nachhaltigen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten.

Dieser Doppeltakt aus innerer Einkehr und Weltzugewandtheit gehört zusammen. Eine Kultur aus ganz persönlichem Glauben und ganz entschiedener Weltverantwortung trägt meiner Ansicht nach nicht nur den Einzelnen, sondern hält auch die Kirche lebendig und sorgt dafür, dass sie gesellschaftlich relevant und somit auch attraktiv bleibt.

Das Gespräch führte René Nehring.

## Buch-Tipp



Sebastian Kleinschmidt / Friedemann Richert / Thomas A. Seidel (Hrsg.)  
**Bild der Welt und Geist der Zeit. Dem Zerfall von Kirche und Gesellschaft begegnen**  
Evangelische Verlagsanstalt  
2024, Broschur, 390 Seiten,  
ISBN 978-3-374-07521-8,  
35 Euro

● **Dr. Thomas A. Seidel** ist Pfarrer und Leiter der Diakonausbildung im Bereich der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. Er war Beauftragter der Thüringer Landesregierung zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 und ist Mitbegründer der Internationalen Martin Luther Stiftung sowie Mitherausgeber der in der Evangelischen Verlagsanstalt erscheinenden Buchreihe „GEORGIANA“ der Evangelischen Bruderschaft St. Georgs-Orden.  
[www.eva-leipzig.de](http://www.eva-leipzig.de)



## ● MELDUNGEN

## Spitzenplatz für den BER

**Berlin/Potsdam** – Der BER-Flughafen Berlin-Brandenburg ist bei einer Umfrage unter Tourismusexperten zu Europas beliebtestem Flughafen gekürt worden. Laut einer aktuellen Aufstellung des Portals Eurochange setzte sich der BER gegen 39 weitere Flughäfen in Europa durch. Beurteilt hatten die Befragten neben Pünktlichkeit, Anzahl an Restaurants oder Einkaufsmöglichkeiten auch Angebote für Kinder. Besonders positiv fiel der BER durch die vergleichsweise hohe Pünktlichkeit auf. Beim BER starten 80 Prozent der Flüge ohne Verspätung; auch die durchschnittliche Wartezeit an der Sicherheitskontrolle beträgt nur sieben Minuten. Lob erhielt der BER zudem für seine Kunstinstallation „Magic Carpet“ des kalifornischen Künstlers Pae White im Eingangsbereich des Flughafens. Den zweiten Platz beim Flughafenvergleich von Eurochange belegte der Münchner Flughafen, drittplatzierte wurde der Flughafen Brüssel. *H.M.*

## Impfpflicht vor dem Aus

**Berlin** – Aufgrund einer aktuellen Empfehlung des Wehrmedizinischen Beirates des Bundesministers für Verteidigung will die Bundeswehr verwaltungsrechtliche Schritte ergreifen, um die 2021 eingeführte Corona-Impfpflicht für Angehörige der deutschen Streitkräfte zeitnah aufzuheben. Das Verteidigungsministerium teilte mit: „Wir empfehlen die Impfung allerdings weiter auf freiwilliger Basis ausdrücklich.“ Aus der Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage des CDU-Bundstagsabgeordneten Tino Sorge vom Mai 2023 geht hervor, dass bis zu diesem Zeitpunkt 70 Soldaten aus der Bundeswehr entlassen worden waren, weil sie die Impfung verweigert hatten. Die aktuelle Gesamtzahl der aus dem Dienst Entfernten ist ebenso unbekannt wie die Zahl aller Disziplinarmaßnahmen wegen der Nichtbefolgung des Befehls, sich gegen Corona impfen zu lassen. *W.K.*

## Geld gegen Journalisten

**Berlin** – Die Bundesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode bislang 156.377 Euro ausgegeben, um die Leistungen externer Juristen zu vergüten, die beauftragt worden waren, unbequeme Auskunftersuchen von Journalisten abzuwehren. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des AfD-Bundstagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier hervor. Insgesamt nahmen acht Ministerien die Dienste externer Anwälte in Anspruch. Dabei überwies alleine schon das von Karl Lauterbach (SPD) geführte Bundesministerium für Gesundheit 57.000 Euro. An zweiter Stelle steht das Familienministerium von Lisa Paus (Grüne) mit fast 28.000 Euro, während das Finanzministerium von Christian Lindner (FDP) 23.000 Euro aufwendete. Dahingegen lagen die vom Wirtschafts-, Innen-, Justiz- und Verteidigungsministerium gezahlten Honorare im vierstelligen Bereich, während das Verkehrsministerium mit 565 Euro auskam. *W.K.*



„Ernstzunehmenden Gegnern“ nicht gewachsen, beobachtet es laut dem Insider Gregor S. lieber „Leute, die eigentlich gar kein Fall für den Verfassungsschutz sind“: Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen *Foto: pa/Tino Plunert*

## VERFASSUNGSSCHUTZ

## Skandal ohne Medienecho

Landesamt Sachsen stellt Strafanzeige gegen Whistleblower

VON WOLFGANG KAUFMANN

**D**ie in Ravensburg erscheinende „Schwäbische Zeitung“, die sich selbst als „unabhängige Tageszeitung für christliche Kultur und Politik“ bezeichnet, veröffentlichte am 22. Mai einen Beitrag von Philippe Debionne mit dem Titel „Verfassungsschützer schlägt Alarm: ‚Der Rechtsstaat wird ausgehöhlt‘“. Darin kommt ein gewisser Gregor S. zu Wort, der über „unglaubliche Zustände und Missstände“ innerhalb des deutschen Inlandsgeheimdienstes berichtet und diesen als „völlig dysfunktional“ bezeichnet.

Seinen eigenen Angaben zufolge absolvierte Gregor S. ein Studium zum Diplom-Verwaltungswirt/Fachbereich Nachrichtendienste und arbeitete danach beim hessischen und beim sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz. Zu dem Einsatz in Dresden sagte er: „Ich war ... ein nachrichtendienstlich operativer Mitarbeiter, der den Auftrag hatte,

menschliche Quellen zu führen und gemäß Auftragslage Informationen über extremistische Bestrebungen zu beschaffen.“ Diese Arbeit mit V-Leuten sei freilich ebenso schwierig wie riskant gewesen. Denn der Dienst habe seine Mitarbeiter weder mit unregistrierten SIM-Karten für Mobiltelefone noch mit konspirativen Einsatzfahrzeugen ausgestattet – die Letzteren „wurden offiziell auf das Innenministerium des Landes angemeldet“. Das berge die permanente Gefahr, aufzufliegen oder die Informanten des Verfassungsschutzes zu enttarnen.

## „Gefahr der Instrumentalisierung“

Dazu komme, dass „viele Kollegen überhaupt nicht in der Lage sind, sich im Fall der Fälle zu wehren und zu verteidigen“, weil es „keinerlei angemessene Möglichkeit“ gebe, „ausreichende Selbstverteidigungskünste zu lernen oder zu trainieren“. Darüber hinaus müsse ein Verfassungsschützer in Sachsen, „immer wieder völlig sinnfreie und zeitraubende Diskus-

sionen mit der Abrechnungsstelle im Amt darüber“ führen, „warum man welchen Kontakt zum Essen eingeladen hat und warum man bei einer stundenlangen Observation zwei statt nur einen Kaffee getrunken hat“. Aus all dem resultiere ein „Arbeitsumfeld, das völlig unprofessionell ist und in dem der Dienst seine Aufgabe nicht erfüllen kann“. Daher sei es auch üblich, „dass das Ausland über unseren Dienst lacht“.

Dennoch könne der vielfach handlungsunfähige Verfassungsschutz zum Problem für die Bevölkerung werden. Weil er es „mit ernst zu nehmenden Gegnern wie wirklich gewaltbereiten Links- oder Rechtsterroristen oder radikalen und teils kriegserfahrenen Islamisten nicht aufnehmen kann, kümmert er sich zunehmend um Leute, die eigentlich gar kein Fall für den Verfassungsschutz sind“. Das betreffe unter anderem all jene, denen man eine „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ unterstelle: „Plötzlich wird versucht,

auch Menschen zu diskreditieren, zu dämonisieren und auszugrenzen, bei denen das vor wenigen Jahren noch völlig undenkbar gewesen wäre.“ Daraus ergebe sich „die ganz große Gefahr, dass der Dienst instrumentalisiert wird, etwa für politische Zwecke“.

Des Weiteren kritisierte Gregor S. die Ignoranz des Verfassungsschutzes im Hinblick „auf extremistische Tendenzen oder Entwicklungen, auf radikale Strömungen innerhalb etablierter Parteien. Die möchte man nicht sehen und nicht hören.“ Hier argumentierte der Whistleblower ganz ähnlich wie der Ende 2018 aus fadenscheinigen Gründen abgesetzte frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, der wenige Tage vor seiner Kaltstellung vor „linksradikalen Kräften in der SPD“ gewarnt hatte.

## „Herrschaft der Schlechtesten“

Und auch Gregor S. soll Repressionen ausgesetzt gewesen sein. Nach Aussage seiner Anwältin Christiane Meusel wurden seine konstruktiven Verbesserungsvorschläge vom Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen, Dirk-Martin Christian, brüsk zurückgewiesen, wonach es zu wiederholten Schikanen wie „einer miserablen ungerechtfertigten Dienstbeurteilung“, dem Entzug der Sicherheitsermächtigung und der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gekommen sei. Außerdem habe man dem 36-Jährigen eine Strafversetzung beziehungsweise die sofortige Zwangspensionierung in Aussicht gestellt. Der Whistleblower beendete seine Aussagen gegenüber der „Schwäbischen Zeitung“ mit den Worten: Der Verfassungsschutz von heute verkörpere „eine Kakistokratie, also eine Herrschaft der Schlechtesten“.

Als das Blatt den Inlandsgeheimdienst mit den zentralen Vorwürfen von Gregor S. konfrontierte, antwortete dieser lapidar: „Ohne die von Ihnen zitierten Aussagen im Einzelnen bewerten zu wollen, verweisen wir auf den Namensartikel von Thomas Haldenwang vom 1. April 2024 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu diesem Thema.“

Anfang Juni wurde dann allerdings bekannt, dass das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen Strafanzeige gegen Gregor S. gestellt hat, nachdem dessen Enthüllungen Thema in der Parlamentarischen Kontrollkommission im Dresdner Landtag gewesen waren. Der Whistleblower will daraufhin nun gerichtlich gegen seinen Arbeitgeber vorgehen. Dabei lässt er sich nicht mehr nur von Christiane Meusel, sondern auch von der renommierten Kölner Anwaltskanzlei Höcker vertreten.

## POTSDAM

## Preußenbezug aus dem Museumsnamen gestrichen

Das „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ wird umbenannt

Das „Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte“ in Potsdam wird umbenannt. Das am Neuen Markt gelegene Haus trägt künftig den Namen „Brandenburg-Museum für Zukunft, Gegenwart und Geschichte“. Wie die Museumsleiterin Katja Melzer einräumte, wird am Gebäude damit ein noch längerer Titel stehen als bislang. Als die Namensänderung vor einem Jahr von der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte angestoßen wurde, hatten die Beteiligten auch den Wunsch gehabt, einen kürzeren und weniger sperrigen Namen zu finden.

Wie die Museumschefin gegenüber rbb-Inforadio erklärte, habe es von Partnern und Besuchern aber auch immer wieder Kritik gegeben, dass der Name „Haus für Brandenburgisch-Preußische Geschichte“ nur ein Bruchteil dessen wi-

derspiegele, was im Haus passiere. Das Museum sei sehr breit aufgestellt, die brandenburgische Geschichte spiele eine sehr große Rolle, daneben aber auch „die aktuelle und kulturelle Vielfalt“. Die Museumsleiterin weiter: „Wir verstehen uns als Treffpunkt, als offener Ort des Austausches.“

Laut Melzer habe sich gezeigt, dass es einen großen Bedarf an Bildungsprogrammen zur NS-Zeit in Brandenburg gebe, darüber hinaus auch einen Bedarf an Gesprächen über die Transformationszeit Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre. Die Museumsleiterin erklärte zudem, preußische Geschichte solle weiterhin da behandelt werden, wo sie die brandenburgische treffe.

Der Potsdamer Historiker Julius H. Schoeps, der an der Findung des bisherigen Museumsnamens beteiligt gewesen

war, hatte bereits im vergangenen Jahr angesichts der Suche nach einem neuen Namen vor einer „Verteufelung Preußens“ gewarnt. Schoeps, Sohn des bekannten Preußen-Historikers Hans-Joachim Schoeps, schrieb im Februar 2023 in einem Gastbeitrag im „Tagesspiegel“ von einer „verstörenden Debatte“ in Potsdam: „Es scheint ein Trend zu sein. Die Bezeichnung ‚Preußen‘ soll anscheinend endgültig aus dem öffentlichen kulturellen Leben getilgt werden“, so Schoeps.

Bei den Fraktionen im Landtag fielen die Reaktionen auf die Umbenennung sehr unterschiedlich aus. Kritisch äußerten sich die beiden Fraktionsvorsitzenden von CDU und AfD, Jan Redmann und Hans-Christoph Berndt. Für die CDU-Fraktion sagte Redmann: „Wir sehen die Umbenennung ausgesprochen kritisch. Ich habe dafür auch kein Verständnis. Die

historische Periode, in der Preußen eine Rolle spielte, ist Teil unserer Geschichte. Da lohnt es sich, eine kritische Auseinandersetzung vorzunehmen. Preußen hat eine Reihe von Errungenschaften vorzuweisen, etwa die Reformen. Oder sehen sie sich Potsdam an. Die Stadt wäre heute nicht so eine Perle ohne Preußen.“

Daniel Keller, Chef der SPD-Fraktion, signalisiert dagegen Zustimmung zur Umbenennung. Keller wies unter anderem darauf hin, dass es in der Vergangenheit Kritik von Besuchern gegeben habe, die angesichts des Museumsnamens andere Erwartungen gehabt hätten. Kellers Hinweis kann allerdings auch als Signal gedeutet werden, dass Museumsbesucher angesichts des bisherigen Museumsnamens möglicherweise eine umfangreichere Darstellung preußischer Geschichte erwartet haben. *Hermann Müller*



## REGIONALE WIRTSCHAFT

## Brandenburgs „guter Lauf“ stockt

Die starke Fokussierung auf E-Mobilität und Batteriefertigung offenbart ihre Schwächen

VON HERMANN MÜLLER

Nach Mecklenburg-Vorpommern erreichte Brandenburg vergangenes Jahr das zweitstärkste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. „Brandenburgs Wirtschaft hat einen guten Lauf“, so Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) seinerzeit voller Zuversicht. Als „Zugpferd“ der positiven Entwicklung machte Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) den Autobauer Tesla aus.

Nachdem Tesla im Jahr 2015 angekündigt hatte, auch in Europa Elektroautos produzieren zu wollen, bewarben sich mehr als 300 Standorte um die „Gigafactory“. Am Ende machte Brandenburg mit dem Standort Grünheide das Rennen. Brandenburgs Landesregierung bewies dann zudem, dass auch in Deutschland Großprojekte zügig umgesetzt werden können. Dank vorläufiger Baugenehmigungen konnte Tesla bereits zwei Jahre nach dem Baubeginn in Grünheide die Produktion starten. Vom Tempo beeindruckt sagte Elon Musk: „Giga Berlin wird in einer Geschwindigkeit errichtet, die unmöglich schien.“

## Bund streicht Förderung zusammen

Inzwischen zeigt sich allerdings, dass Brandenburgs starke Fokussierung auf Bereiche wie Elektromobilität und Batterieherstellung den Blick für strukturelle Schwächen in der gesamten Wirtschaftsentwicklung des Landes möglicherweise verstellt hat. Beim Versuch, weitere große Industrieansiedlungen in das Land zu holen, läuft es für die Landesregierung derzeit weniger gut als bei Tesla.

Zuletzt etwa gab der chinesische Batteriehersteller SVOLT bekannt, er werde keine Fabrik für Batteriezellen in Brandenburg bauen (siehe Meldung auf Seite 7). Kurz nach dieser Hiobsbotschaft meldeten Medien, dass auch das Projekt von Porsche, in Schwarzheide (Oberspreewald-Lausitz) eine Batteriefabrik aufzumachen, auf der Kippe steht. Laut den Berichten zweifelt der Porsche-Aufsichtsrat, ob eine Batteriezellenfabrik in Brandenburg überhaupt noch nötig ist. Hintergrund dieser Überlegung ist eine derzeit am Weltmarkt herrschende Überkapazität an Batteriezellen.



Zuschüsse weg: Brandenburgs Wirtschaftsminister Steinbach (l.) mit Bundeswirtschaftsminister Habeck Foto: imago/Aswendt

Bereits Anfang Mai wurde zudem bekannt, dass das deutsch-kanadische Unternehmen Rock Tech für seine geplante Lithiumfabrik in Guben nicht die erhoffte Förderung vom Bund bekommt. Das Unternehmen will mit einer Gesamtsumme von 800 Millionen Euro in Guben Europas ersten Lithium-Konverter bauen. Bislang war Rock Tech davon ausgegangen, dass der Bund eine Förderung von 200 Millionen Euro zuschießen wird. Nach Angaben des Konzerns kam von Habecks Bundeswirtschaftsministerium nun aber die Mitteilung, das Unternehmen werde keine Mittel nach der „Förderrichtlinie zur Batteriezellenfertigung“ erhalten.

Hintergrund ist die angespannte Haushaltslage des Bundes. Wie Rock-Tech-Geschäftsführer Dirk Harbecke erklärt, hat schon die lange Dauer des Förderverfahrens zu großer Frustration geführt. Für die Umsetzung des Projekts seien die Fördermittel allerdings „elementar wichtig“.

Das Land Brandenburg sicherte dem Unternehmen zwar Unterstützung zu, Wirtschaftsminister Steinbach macht aber auch klar, dass das Land die Lücke, die der Rückzug des Bundes hinterlassen hat, nicht vollständig schließen könne: „200 Millionen aus dem eigenen Haushalt sind definitiv nicht stemmbar“, so der Minister.

## Widersprüchliches von Tesla

Gubens Bürgermeister Fred Mahro übte nach dem Fördermitteldebakel scharfe Kritik am Agieren der Ampelregierung: Man habe alles unternommen, um Rock Tech nach Deutschland und Guben zu holen. Nun frage er sich, wie Investoren im Bereich Energiewende Vertrauen in die Bundesregierung haben sollen, so der CDU-Politiker.

Der geplante Lithium-Konverter in Guben, aber auch die beiden Batteriezellenfabriken in Lauchhammer und Schwarzheide spielen für die Landesregierung bislang eine große Rolle für den

Strukturwandel in der Lausitz. Erklärtes Ziel ist es, in Brandenburg eine Wertschöpfungskette der Batteriefertigung aufzubauen und so das Land zu einem bedeutenden Batterie-Standort zu machen. Trotz der Absage von SVOLT und der Unsicherheit um die Porsche-Batteriefabrik hält der Wirtschaftsminister an diesem Vorhaben fest. Im Wirtschaftsausschuss des Landtags in Potsdam räumte Steinbach jedoch ein: „Da ist jetzt ein Glied aus dieser Kette rausgefallen.“ Mit Tesla gebe es zwar noch immer genug Batteriezellhersteller in der Nähe, sodass Rock Techs Rückzug „keinen Einfluss auf den Strukturwandel haben wird“, so Steinbach. Tatsächlich ist aber auch Tesla immer wieder für Überraschungen gut.

Ende vergangenen Jahres verkündete Elon Musk die Absicht, die Produktion im Tesla-Werk Grünheide verdoppeln zu wollen, einige Wochen später überraschte Tesla dann mit der Mitteilung, auch in seinem brandenburgischen Werk Stellen abzubauen zu wollen.

## HOCHSCHULEN

## TU-Präsidentin Rauch in arger Bedrängnis

Antisemitische Entgleisungen und linksradikaler Aktivismus haben das Fass zum Überlaufen gebracht

Die Präsidentin der Technischen Universität Berlin, Geraldine Rauch, hat X-Posts (ehemals Twitter) im Zusammenhang mit dem Gazakrieg mit „Gefällt mir“ markiert. Dort ist ein mit Hakenkreuzen beschmierter Transparent mit Israels Premierminister Netanjahus zu sehen. Die „Jüdische Allgemeine“ zählte drei Tweets, in denen Rauch das Vorgehen Israels im Gazastreifen attackiert hatte. Das Blatt sicherte die Tweets gegen Löschung, indem es Screenshots angefertigt hat.

Rauch tauchte zunächst ab. Nachdem der mutmaßlich antisemitische Tweet öffentlich scharf kritisiert worden war, lenkte die Uni-Präsidentin ein: „Ich habe auf der Plattform X einige Tweets ‚geliked‘, welche die Situation in Gaza und Rafah aufgreifen, die aber antisemitischen Inhalts oder Ursprungs sind.“ Rauch hat in der Vergangenheit mehrfach linksextremistische Bestrebungen unterstützt und

sich damit dem Vorwurf ausgesetzt, sie missbrauche ihr Amt als TU-Präsidentin.

Rauch unterstützt in ihrer Funktion als Präsidentin beispielsweise die Klimabewegung „Fridays for Future“ und hat der Organisation Universitätsräume für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Sie unterstützte auch bereits mehrfach linksradikale Veranstaltungen wie beispielsweise durch einen Aufruf zu einer Demo des „Revolutionären Frauenbündnisses Berlin“. Die Uni-Präsidentin wendet sich öffentlich gegen politische Neutralität und spricht sich für eine Politisierung der Wissenschaft aus.

In diesem Zusammenhang attackierte sie auch das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“. Das Netzwerk, das das Streben nach wissenschaftlicher Objektivität auf seine Fahnen geschrieben hat, stärke „das Narrativ der neuen Rechten, Rechtsextremist\*innen und anderer verfassungs-

feindlicher Organisationen“. Rauch wendet sich gegen „migrations- und genderdiversitätskritische“ Bestrebungen.

## „Sollte sich zurückziehen“

Ihre linksextremen Aktivitäten waren bislang nicht Stein des Anstoßes. Ihre antisemitischen Aktivitäten brachten das Fass jedoch zum Überlaufen. Die Ernennung von Uffa Jensen zum Antisemitismusbeauftragten an der TU sorgte beim Zentralrat der Juden für Fassungslosigkeit. Der Verband wirft dem neuen Beauftragten unter anderem vor, islamistischen Judenhass nicht klar zu benennen. Durch die Personalie rolle Rauch „Linksextremen und Hamas-Sympathisanten den roten Teppich“ aus.

Rauch ist offenbar um Schadensbegrenzung bemüht und versucht, sich im Amt zu halten. Bislang drohen die politischen Entscheidungsträger nur. Wissen-

schaftssenatorin Ina Czyborra hat mit Rauch ein Gespräch geführt. Es wird auf die Hochschulautonomie verwiesen. Das zuständige Gremium ist der Erweiterte Akademische Senat. Der hat vor zwei Jahren die Präsidentin gewählt und wäre auch berechtigt, sie abzuwählen. Felix Klein, der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung: „Wie sollen jüdische Studierende einer Universitätspräsidentin ihre Sicherheit anvertrauen, wenn diese Aussagen ‚liked‘, die genau den Antisemitismus wiedergeben, wegen dessen viele Hochschulen eben keine sicheren Orte für Jüdinnen und Juden mehr sind?“

Der Berliner Senat hofft offenbar auf einen freiwilligen Rücktritt Rauchs. Die Generalsekretärin der Berliner CDU, Ottilie Klein, empfiehlt daher: „Sie sollte weiteren Schaden für das Ansehen der TU abwenden und sich von ihrem Amt zurückziehen.“ Frank Bücker

## KOLUMNE

## Dichtmachen!

VON THEO MAASS

Der antisemitische Vorfall an der Technischen Universität Berlin ist kein Einzelfall. Schlimmer noch war die Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität (HU) vom 22. und 23. Mai durch Sympathisanten der palästinensischen Kriegspartei im Nahen Osten. Dies geschah mit ausdrücklicher Duldung der Präsidentin Julia von Blumenthal. Die Aktivisten verwüsteten Teile der Uni. Zunächst erklärte Blumenthal, auf Anzeigen verzichten zu wollen.

Wie inzwischen bekannt wurde, hatte die Polizei vor der Besetzung Kenntnis von der geplanten Aktion und die Präsidentin gewarnt. Zwar haben nun bürgerlich gesinnte Studenten eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen von Blumenthal gestellt, aber das dürfte zu nichts führen.

In Leipzig, Frankfurt am Main, Berlin und anderswo wird der Nahostkonflikt auch an deutschen Hochschulen ausgetragen. Dabei werden Bundespolitiker nicht müde zu erklären, die Sicherheit Israels sei Staatsräson. Warum werden die entsprechenden Fakultäten nicht einfach geschlossen? Warum werden die Universitätsmitarbeiter – an der Spitze die Präsidenten – nicht aus dem Dienst entlassen?

Melody Sucharewicz, frühere außenpolitische Beraterin des israelischen Ministers Benny Gantz, kritisiert das Verhalten der Uni-Präsidentin scharf. Wie lange kann es sich die Bundesrepublik Deutschland noch leisten, Leute wie Julia von Blumenthal aus Steuereinnahmen ein Gehalt zu bezahlen? Der Sender rbb meldete am 23. Mai: „Der Lehrbetrieb im Sozialwissenschaftlichen Institut wird laut HU-Leitung am Donnerstag ruhen.“ Das sollte zum Dauerzustand werden. Forderungen nach einem akademischen und kulturellen Boykott Israels benötigen wir hier nicht – nicht an der HU, nicht in Berlin und nicht in Deutschland.

## MELDUNG

## Immer mehr vergewaltigt

Berlin – In der deutschen Hauptstadt ist die Zahl von Vergewaltigungen, an denen mehrere Tatverdächtige beteiligt waren („Gruppenvergewaltigungen“), deutlich gestiegen. Wie aus einer Antwort der Senatsinnenverwaltung auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD-Fraktion) hervorgeht, registrierte die Berliner Polizei vergangenes Jahr 111 Vergewaltigungsfälle mit mindestens zwei tatverdächtigen Personen – also im Schnitt etwa alle drei Tage ein Fall. Im Vorjahr hatte die Polizei 89 solcher Fälle erfasst. Gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden im Zusammenhang mit solchen Vergewaltigungsfällen im Jahr 2023 insgesamt 106 tatverdächtige Personen registriert. Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger lag dabei laut der Kriminalstatistik bei 54 Prozent. Mit Bezug auf Vergewaltigungen durch mehrere Tatbeteiligte wies die Berliner Kriminalstatistik für 2023 drei Opfer im Alter von unter acht Jahren aus. H.M.



## ● MELDUNGEN

## Ohne Aussicht auf Ruhestand

Washington D.C. – Laut einer aktuellen Umfrage der American Association of Retired Persons zwingen steigende Lebenshaltungskosten und eine unzureichende Altersvorsorge ältere US-Bürger verstärkt dazu, den Beginn des Ruhestands zu verschieben oder im Ruhestand zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen. Bei der Umfrage zeigten sich 61 Prozent der über 50-Jährigen besorgt, im Ruhestand genug Geld für den Lebensunterhalt zu haben. Mehr als ein Viertel, nämlich 26 Prozent, erklärten sogar, sie würden damit rechnen, aus finanziellen Gründen niemals in den Ruhestand gehen zu können. Die Studie zeigt zudem, dass jeder Vierte in dieser Altersgruppe keine nennenswerten Ersparnisse für den Ruhestand hat. Ein Drittel der älteren US-Amerikaner hat Kreditkartenschulden von mehr als 10.000 US-Dollar, zwölf Prozent sogar Schulden von 20.000 Dollar oder mehr. Sieben Zehntel der über 50-Jährigen zeigten sich besorgt, dass die Preise schneller als ihre Einkommen steigen. H.M.

## Schutzstatus für Wölfe sinkt

Brüssel – Eine Mehrheit der Agrarminister in der EU will den Schutzstatus von Wölfen von „streng geschützt“ auf „geschützt“ absenken. Nachdem die EU-Kommission bereits im Dezember 2023 einen entsprechenden Vorschlag gemacht hat, fordert nun eine Mehrheit der Landwirtschaftsminister, bei ihrem nächsten Ratstreffen am 17. Juni über eine Senkung des Schutzstatus abzustimmen. Offen für eine Änderung zeigte sich auch Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne). Im Vorfeld des letzten Agrarministertreffens am 27. Mai sagte Özdemir, er persönlich halte die von der Landwirtschaft vorgebrachten Argumente für nachvollziehbar. „Es ist schön, dass der Wolf wieder da ist, aber in der Landwirtschaft hat er einfach schlicht und ergreifend meines Erachtens nichts verloren“, so Özdemir. Allerdings deutete der Grünen-Politiker auch an, dass es in der Frage der Absenkung des Schutzstatus noch keine einheitliche Position der Bundesregierung gibt. H.M.

## Umweltzone 3 in Stockholm

Stockholm – Die rot-grün dominierte Regierung von Stockholm hat das zentrale Geschäftsviertel in der Stadt zur Umweltzone 3 erklärt, sodass dort ab dem 1. Januar keine Diesel-, Benzin- und Hybridfahrzeuge mehr fahren dürfen. Zulässig sind dann lediglich noch Elektro-, Brennstoffzellen- oder Gasfahrzeuge, sieht man von Ausnahmen für bestimmte Lkws, Einsatzfahrzeuge, Behindertentransporte und Zweiräder ab. Verstöße gegen das Verbot sollen mit einem Bußgeld von umgerechnet 90 Euro bestraft werden. Angewählter Grund für die Entscheidung ist der Schutz der Gesundheit der Anwohner, von denen es in dem Banken- und Geschäftsviertel aber kaum noch welche gibt. Die Inhaber der Läden befürchten nun starke Umsatzrückgänge. W.K.

## EUROPAWAHL

## Königsmacherin in der EU

Giorgia Meloni könnte den Ausgang der Wahl zum Kommissionspräsidenten maßgeblich entscheiden

VON HERMANN MÜLLER

Als Giorgia Meloni im Jahr 2022 in Italien zur Ministerpräsidentin gewählt wurde, stellten Medien die Frage, ob sie die „gefährlichste Frau Europas“ sei. Im Vorfeld der Europawahl am 9. Juni wird Meloni nun stark umworben, sie gilt sogar als Königsmacherin für die Zeit nach dem Wahltag.

Meloni und ihre Partei „Brüder Italiens“ spielen in den Planungen von Marine Le Pen und offenbar auch bei Ursula von der Leyen eine wichtige Rolle. Gegenüber der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ erklärte Le Pen, sie bemühe sich um Melonis Unterstützung bei dem Vorhaben, im EU-Parlament rechte Parteien zu einer Supergruppe zu vereinigen. Bislang arbeiten die Abgeordneten von Le Pens „Rassemblement National“ (RN) in der Fraktion „Identität und Demokratie“, Melonis „Brüder Italiens“ gehören im EU-Parlament wiederum zusammen mit der

spanischen Vox und der polnischen PiS zur Gruppe der „Europäischen Konservativen und Reformisten“.

Umfragen zur Europawahl sagen Le Pens „Rassemblement National“ in Frankreich inzwischen gut ein Drittel der Stimmen voraus. In Italien spricht vieles für einen klaren Wahlsieg von Melonis „Fratelli d'Italia“. Gelingt Le Pens Plan einer Allianz der europäischen Rechtsparteien, kann im EU-Parlament tatsächlich ein ernstzunehmender Machtfaktor entstehen. Auch Lega-Chef Matteo Salvini arbeitet daran, nach der Europawahl elf rechte Parteien zu einer großen Fraktion im Europaparlament zusammenzuschließen. Diese soll noch vor den Parteien der Europäischen Volkspartei (EVP), die älteste und bislang größte Fraktion im Europäischen Parlament, und den Sozialdemokraten die stärkste Fraktion werden, so die Hoffnung Salvinis.

Unübersehbar bemüht sich auch Ursula von der Leyen um die Unterstützung Melonis. Dabei geht es um ihre an-

gestrebte zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin. Im Wahlkampf bescheinigte von der Leyen Melonis „Brüder Italiens“ bereits, dass ihre Pro-EU-Haltung und ihre Unterstützung für die Ukraine sie in Brüssel zu einem glaubwürdigen Partner gemacht habe. Von der EU-Kommissionsschefin weiterhin strikt abgelehnt wird dagegen die RN-Chefin Marine Le Pen. Von der Leyen bezeichnete die Französin als „Putins Marionette und Stellvertreter“.

## Vor die Wahl gestellt

Viele Beobachter sehen Meloni tatsächlich vor die Wahl gestellt, entweder die Einladung von der Leyens zur Mitarbeit in der EU-Politik anzunehmen oder aber mit Le Pen im EU-Parlament eine rechte Superfraktion zu bilden.

Francesco Nicoli von der Brüsseler Denkfabrik Bruegel hält allerdings auch noch eine andere Variante für möglich. Dabei könnten sich Meloni und Le Pen zu einer gemeinsamen Fraktion zusammen-

tun, anschließend würden dann Teile dieser Fraktion von der Leyen unterstützen.

Die Aussicht, von der Leyen könnte sich ihre Wiederwahl mit Hilfe Melonis sichern, alarmiert inzwischen allerdings Kräfte im EU-Parlament, auf die sich die Kommissionspräsidentin bisher stützen konnte. Schon Anfang Mai hatten Grüne, die liberale Gruppe Renew Europe und die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Darin wurde die Kommissionspräsidentin aufgefordert, „jegliche Normalisierung, Zusammenarbeit oder Allianz mit den Rechtsextremen und radikalen Parteien entschieden abzulehnen“. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) zeigte sich über von der Leyens Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Melonis EU-Abgeordneten „bedrückt“. Wie die Zeitung „Politico“ berichtet, soll Scholz sogar erwägen, eine zweite Amtszeit von der Leyens zu torpedieren. Unter anderem bei Meloni und einigen anderen Regierungschefs hat Frankreichs Präsident Macron ohnehin bereits vorgefühlt, was diese über Mario Draghi als neuen Kommissionspräsidenten denken. Auch in der SPD soll es wachsende Sympathie für die Idee geben, die jetzige Kommissionspräsidentin durch den ehemaligen EZB-Chef zu ersetzen.

## Draghi im Rennen um das Amt des Kommissionspräsidenten

Ebenfalls in „Politico“ war zu lesen, dass in Brüssel sogar spekuliert wird, ob Annalena Baerbock nicht den Spitzenposten in der EU übernehmen könnte. Die Zeitung „Bild“ wies darauf hin, dass innerhalb der Bundesregierung laut Koalitionsvertrag der Ampel das Vorschlagsrecht für den mächtigsten EU-Posten bei den Grünen liegt. Zudem würde Baerbocks Weggang nach Brüssel bei den Grünen auch den Konkurrenzkampf zwischen ihr und Habeck um die Kanzlerkandidatur entschärfen. Schwer vorstellbar ist allerdings, dass Länder wie Italien oder Frankreich nach von der Leyen gleich noch mal eine deutsche Kommissionschefin akzeptieren werden. Baerbock bliebe dann noch immer die Chance, beispielsweise unter einem Kommissionschef Draghi in Brüssel ein Ressort zu übernehmen und einer der EU-Kommissare zu werden.



Europäische Rechtsparteien sollen ihr beim Erreichen einer zweiten Amtszeit behilflich sein: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (r.) mit Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni

Foto: pa

## US-WAHL

## Kennedys Umfragewerte steigen

Der Präsidentschaftskandidat könnte sowohl Demokraten als auch Republikanern Stimmen kosten

Die Nervosität steigt. Als Robert F. Kennedy vor gut einem Jahr ankündigte, sich um die Präsidentschaftskandidatur der US-Demokraten zu bewerben, da erteilte ihm das Lob des republikanischen Herausforderers Donald Trump. Kennedy sei „ein guter, schlauer Kerl“, sagte Trump damals. Ein Jahr später ist die Stimmung abgekühlt, Kennedy ist für Trump nicht mehr als ein „trojanisches Pferd der Demokraten“. Aus dem Rennen der Demokraten stieg der Neffe des ehemaligen Präsidenten John F. Kennedy aus, als ersichtlich war, dass sich Joe Biden erneut zur Wahl stellen würde. Seitdem tourt er als Unabhängiger durch das Land.

Und das mit beträchtlichem Erfolg. Rund zehn Prozent der US-Bürger würden ihn derzeit wählen, was auch mit dem Alter der beiden etablierten Kandidaten zusammenhängt. Der amtierende Präsident ist 81 Jahre alt, Trump auch schon 77.

Mit seinen 70 Lenzen kommt Kennedy junior regelrecht jugendlich daher und zelebriert es auch. Zu Beginn seiner Kampagne präsentierte er sich mit freiem Oberkörper beim Krafttraining.

## Sein Werbefeldzug zeigt Wirkung

Zwar ist „RFK“ nach wie vor krasser Außenseiter, doch die ersten Hürden hat er schon genommen. „Die Meinungsmacher haben zu Beginn unseres Wahlkampfes gesagt, es sei unmöglich für uns, es auf den Wahlschein zu schaffen“, sagte Kennedy, nachdem er im schwierigen Bundesstaat Texas die erforderlichen Unterschriften gesammelt hatte, und fügte hinzu: „Wir werden in allen 50 Bundesstaaten auf dem Wahlschein stehen.“ Noch betrachten ihn Trump und Biden als Zählkandidaten, doch die Nervosität wächst. Sollten Kennedys Werte weiter steigen, dürfte er an den großen TV-De-

batten teilnehmen. Spätestens dann würde sich die Frage stellen, wem der unabhängige Kandidat Stimmen kosten könnte. Von der Herkunft her ist Kennedy durch und durch Demokrat. Sein Vater Robert senior war Senator sowie potentieller Präsidentschaftskandidat und fiel wie Bruder John einem Attentat zum Opfer. Über den Tod der beiden Kennedy-Brüder gibt es bis heute zahlreiche Spekulationen und Verschwörungsmymen. Vielleicht ist Kennedy junior auch deswegen so unberechenbar.

Als Verbraucher-Anwalt und Umwelt-Aktivist wurde er zum linken Spektrum gezählt. In der Corona-Pandemie fiel er als Impfpfeffer auf und behauptete, durch den Lockdown solle die Mittelschicht ausgerottet werden. Die Impfstoffe gegen Corona seien unberechenbar und könnten bei Kindern zu Autismus führen. Antidepressiva seien schuld an Schulmassakern,

und WLAN verursache Krebs. Seitdem gilt er Teilen der US-Medien als Rechter. „Er ist der Parkplatz für alle, die ihre Auswahlmöglichkeiten nicht mögen“, sagte Kyle Kondik, Politologe an der Universität von Virginia, gegenüber „tagesschau.de“. Kennedy agiert nicht ungeschickt.

## Finanziell benachteiligt

Das Heimatschutzministerium sichert nur den Kandidaten der großen Parteien Personenschutz zu. Kennedy muss ihn sich selbst organisieren und sieht daher einen finanziellen Nachteil. Zudem seien prominente Familienangehörige durch Attentate ums Leben gekommen. Die Empörungsmasche des Außenseiters verfängt, die Umfragewerte steigen. Noch rätseln Trump und Biden, wem Kennedy die entscheidenden Punkte abnehmen wird. Fest steht aber, dass er schon jetzt ein Faktor geworden ist. Peter Entinger



VON PETER ENTINGER

Nicht jeder Traum eines Multimanager geht in Erfüllung. Diese Erfahrung muss auch Ola Källenius in diesen Tagen machen. Dem Vorstandsvorsitzenden von Mercedes bläst der Wind schwer ins Gesicht. „Ich bin 1,95 Meter groß“, sagt der Schwede gerne, wenn er sich auf die Rückbank eines neuen E-Mobils aus der Mercedes-Flotte zwängt, „und sitze dennoch bequem.“ Bequem dürfte sich der Chefsessel in der Stuttgarter Zentrale derzeit nicht anfühlen, auch wenn der Koloss aus dem Norden sich äußerlich gelassen gibt. „Gigant auf Schrumpfkurs“, titelte ein großes Nachrichtenmagazin in der vergangenen Woche, und ein Fachjournal fragte: „Kann Källenius Mercedes wieder aus dem Tief holen?“

Källenius war über Jahre Lieblings-Manager der bundesdeutschen Politgrößen. Er hatte das hohe Lied auf das Verbrenner-Aus gerne mitgesungen und die Errungenschaften der grünen Autotechnik in den höchsten Tönen beschrieben. Damit ist es vorläufig vorbei. Ab 2030 wollte Mercedes-Benz nur noch E-Autos bauen. Für das Jahr 2025 waren genauso viele Verkäufe von reinen Elektroautos und Plug-in-Hybride vorgesehen wie von klassischen Verbrennern. Die „Electric Only“-Strategie wurde schon im Februar von Källenius persönlich zurückgenommen. Kürzlich musste er auch eine Entwicklungsplattform abwickeln.

#### Schlechte Geschäftszahlen mahnen zu Flexibilität statt Dogmatismus

Anhänger des Mercedes-Chefs, der seit dem vergangenen Jahr auch deutscher Staatsbürger ist, halten ihm zugute, dass sich die Automobilindustrie im vergangenen Jahrzehnt so stark verändert habe wie nie zuvor. Elektro-Anbieter Tesla ist vom Nischenanbieter zum wertvollsten Autohersteller der Welt aufgestiegen. China, lange Jahre lukrativer Absatzmarkt für europäische Hersteller, ist plötzlich ein ernsthafter Herausforderer. In Sachen E-Mobile befinden sich die Asiaten längst auf der Überholspur.

Zu den externen kommen interne Faktoren. Wegen Problemen in den Lieferketten und bei den Modellwechseln verlief der Jahresauftakt schwer unbefriedigend. Der Umsatz im ersten Quartal ging um 4,4 Prozent auf 35,9 Milliarden Euro zurück. Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern sackte sogar um knapp 30 Prozent auf 3,86 Milliarden Euro ab.

„In den kommenden Jahren wird es beides geben: Elektroautos und hochmoderne elektrifizierte Verbrenner. Wenn



Auf der virtuellen Hauptversammlung der Mercedes-Benz Group am 8. Mai in Stuttgart: Vorstandsvorsitzender Ola Källenius

MERCEDES-BENZ

## Ola Källenius' „Electric Only“-Strategie ist Geschichte

Angesichts der Verkaufszahlen bekannte sich der Vorstandsvorsitzender auf der diesjährigen virtuellen Hauptversammlung in Stuttgart zum Verbrenner

die Nachfrage da ist, bis deutlich in die 2030er Jahre“, sagte Källenius relativ emotionslos zu Monatsbeginn vor den Aktionären des Unternehmens. Beobachter sehen darin ein nüchternes Eingeständnis des Scheiterns der E-Strategie.

#### „Man könnte es auch als unentschlossen beschreiben“

Dabei plante der Autoproduzent bereits für die nahe Zukunft bis zu 100 Prozent Elektroautoabsatz. Erst vor zweieinhalb Jahren rief Källenius die Strategie des „Electric only“ aus, „wo immer es die Marktbedingungen zulassen“. Der schwedische Manager hatte dabei hohe Investitionen in elektrische Antriebsstränge und Batterien vorgesehen. Der Verbrenner-Sektor sollte noch eine Zeit lang nebenbei mit- und irgendwann ganz auslaufen.

Doch Källenius machten die Rechnung ohne den Markt. vielerorts liefen

die Förderprämien für E-Autos aus. Es mangelt nach wie vor an Ladestationen, und generell üben sich die Käufer in Zurückhaltung. Die Folge: Die Entwicklung der großen Elektroplattform MB.EA-Large wurde von Mercedes gestoppt. Nun will sich der Hersteller flexibel aufstellen, was die Verteilung der Produktionskapazitäten auf Verbrenner und Elektroautos angeht. So könnten hohe Investitionen in Produktionsanlagen vermieden werden. Es ergebe keinen Sinn, eine neue teure Plattform für Autos zu entwickeln und zu fertigen, deren voraussichtliche Absatzzahlen den Einsatz der dafür nötigen finanziellen Mittel nicht lohne, hieß es zur Begründung. „Der Kunde entscheidet“, musste Källenius während der Hauptversammlung eingestehen und hinzufügen: „Die Transformation könnte jedoch länger dauern als gedacht.“

Vor zweieinhalb Jahren hat sich der Mercedes-Chef noch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Umwelthilfe (DUH) getroffen, was nicht jedem im eher traditionell ausgerichteten Konzern gefiel. Nun, so berichten es Branchenkenner, bezeichne sich Källenius als taktisch flexibel. „Man könnte es auch als unentschlossen beschreiben“, kommentierte der „Spiegel“ bissig.

Und es drohen weitere Probleme. US-Präsident Joe Biden hat angekündigt, Elektroautos aus China mit Strafzöllen von 100 Prozent belegen zu wollen. Die Chinesen, so die Befürchtung, könnten dann die europäischen Märkte mit Billig-Angeboten fluten. Mit 13 Millionen Euro Jahresgehalt ist der Mercedes-Chef der bestbezahlte deutsche Manager. Nicht nur seine Belegschaft, die gesamte deutsche Industrie wird Antworten von ihm verlangen.

WINDKRAFT

## Lobbyverein fordert mehr Protektionismus

Während Habeck die Energiewende lobt, warnt die Deutsche Umwelthilfe vor Chinas Marktmacht

Mit Hinweis auf Zahlen aus dem ersten Jahresquartal hat das Bundeswirtschaftsministerium von deutlichen Fortschritten beim Ausbau der Wind- und Solarkraft sowie der Stromnetze gesprochen. Der zuständige Minister Robert Habeck lobte: „Deutschland kommt bei der Energiewende richtig voran.“

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die IG Metall haben nun aber eine niederschmetternde Bilanz für den Windkraftstandort Europa gezogen. Dieser ist nach Ansicht beider Organisationen in Gefahr. „Ohne politisches Eingreifen sind Deutschland und Europa bald in hohem Maße vom Import von Windenergieanlagen abhängig“, so Nadine Bethge von der DUH.

Nach eigenen Angaben blickt die DUH mit großer Sorge auf die Zukunft der Windkraft in Deutschland und in Europa. Ihren Angaben zufolge soll die

„Windenergieleistung in der EU bis 2030 mehr als verdoppelt werden“. Trotz dieser guten Geschäftsaussichten fehlt es aus Sicht der DUH an „heimischen Produktionsmöglichkeiten“ und stehen europäische Hersteller von Windrädern wegen „gestiegener Kosten“ und „Abhängigkeiten in den Lieferketten“ unter Druck.

Kritisch sieht die DUH vor allem die Abhängigkeit von China. Als Beispiel führt die DUH die Seltenen Erden an, die zur Produktion von Permanentmagneten gebraucht werden. Verbaut sind die Magnete „in nahezu allen Offshore-Windkraftanlagen und in etwa jeder fünften Anlage an Land“. Die DUH warnt, dass „die Produktion von Permanentmagneten auf Basis Seltener Erden gegenwärtig zu 94 Prozent von China kontrolliert“ werde. Obendrein lasse sich die Produktion von Bauteilen in China „nur einge-

schränkt auf die Wahrung von Umweltschutz und Menschenrechten hin überprüfen“. Gegenüber der chinesischen Konkurrenz seien europäische Hersteller von Windrädern bei den Kosten im Nachteil. Durch geringere Rohstoff- und Arbeitskosten, aber auch durch undurchsichtige Produktionsbedingungen und fehlende Umweltstandards sei die Produktion von Windrädern in China „bis zu 40 Prozent günstiger als in Europa“.

Interessante Details finden sich in einer „Handlungsanweisung“, die von der DUH formuliert wurde. Darin heißt es etwa, Ziel müsse es sein, in Europa pro Tag 20 Windenergieanlagen „umweltverträglich und unbürokratisch an Land und auf See“ zuzubauen. Erreicht werden kann dieses Ziel aus Sicht der DUH auch durch „Vereinfachungen im Naturschutz“. Auch andere Empfehlungen der DUH klingen so, als seien sie für den grü-

nen Wirtschaftsminister und die hiesigen Windanlagenhersteller wie maßgefertigt. Gefordert werden etwa Anschubfinanzierungen, ein „europäischer Fördertopf für grüne Klimaindustrien“ sowie „grüne Leitmärkte und Klimaschutzverträge für verantwortungsvoll hergestellte (Vor-)Produkte“. Erst vor Kurzem hat Robert Habeck ein Konzept für „grüne Leitmärkte“ vorgestellt. Im Konkurrenzkampf mit chinesischen Anbietern will die DUH europäische Hersteller auch durch die „schnelle Einführung des EU-Lieferkettengesetzes“ zudem durch eine „schleunigste“ Ausweitung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems auf verarbeitete Produkte, „wie z.B. Komponenten für Windenergieanlagen“ protegieren. Faktisch könnten beide Maßnahmen auf eine stärkere Abschottung des europäischen Marktes samt höheren Preisen für Windkraftanlagen hinauslaufen. Hermann Müller

● MELDUNGEN

## Keine Batterien in der Lausitz

Jiangsu/Potsdam – Der chinesische Batteriehersteller SVOLT wird in Lauchhammer (Oberspreewald-Lausitz) kein Werk zur Herstellung von Batteriezellen errichten. Wie das Unternehmen mitteilte, habe es seine Standortstrategie neu bewertet. Hintergrund der Neubewertung ist laut SVOLT ein aktuell stark schwankender Automobilmarkt. Außerdem fehle nach wie vor Planungs- und Rechtssicherheit für die Errichtung von Produktionsstätten. Zudem werde ein umfangreiches Kundenprojekt nicht wie geplant realisiert, so das Unternehmen. Im Herbst 2022 hatte SVOLT angekündigt, in Lauchhammer die ehemaligen Liegenschaften des Windkraftherstellers Vestas umbauen und nutzen zu wollen. Vestas hatte 2022 nach 20 Jahren seine Produktion von Rotorblättern für Windkraftträder in Lauchhammer eingestellt. SVOLT wollte auf dem ehemaligen Vestas-Gelände langfristig bis zu 1000 Arbeitsplätze schaffen. H.M.

## Akku-Fertigung wird gestoppt

Dresden – Nachdem Solarwatt bereits im April angekündigt hatte, die Fertigung von Solarmodulen in Dresden zu beenden, verkündete das Unternehmen Ende Mai auch das Aus für die Batterieproduktion in der Elbmetropole. Nach Angaben von Solarwatt wird die Fertigung von Batteriespeichern am Standort Dresden Ende des Jahres eingestellt. Ab kommenden Jahr wird das Dresdner Unternehmen sämtliche Module und Speicher ausschließlich in Asien fertigen lassen. Wie Detlef Neuhaus, der CEO von Solarwatt, erklärte, sei ein Weiterbetrieb in Deutschland über 2024 hinaus aus wirtschaftlichen Gründen auf absehbare Zeit leider nicht mehr möglich. Von der Schließung der Modul- und Speicherproduktion sind in Deutschland rund 170 der 750 Solarwatt-Mitarbeiter betroffen. Das Unternehmen will sich künftig auf Komplettlösungen, Energiemanagement und den Direktvertrieb seiner Solarprodukte konzentrieren. H.M.

## Enttäuschende Studie

Düsseldorf – Seit der Corona-Krise und dem Ukrainekrieg leidet die deutsche Wirtschaft unter unterbrochenen und unsicheren Lieferketten. Dies führte zu der Hoffnung, dass deutsche Unternehmen ins Ausland verlagerte Produktion in nennenswertem Umfang wieder nach Deutschland zurückholen würden. Eine im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung erstellte Studie besagt indes, dass rund drei Viertel aller in die befragten Unternehmen rückverlagerten Leistungen vor dem Insourcing von Dienstleistern in Deutschland übernommen worden waren. Rund elf Prozent davon waren an externe Dienstleister auf dem eigenen Betriebsgelände ausgelagert, 31 Prozent in der Region und 32 Prozent außerhalb der Region, aber in Deutschland. Demgegenüber wurde nur ein Viertel der eingegliederten Leistungen zuvor aus dem Ausland bezogen. P.E.



## KOMMENTAR

## Keine Gnade für die Gröler von Sylt

HERMANN MÜLLER

Fällen Richter Urteile auf der Grundlage des Jugendstrafrechts, ruft dies in Teilen der Bevölkerung oft Fassungslosigkeit bis Zorn hervor. Massiven Anfeindungen war etwa die Richterin ausgesetzt, die das Urteil gegen zehn junge Männer verkündete, die angeklagt waren, im September 2020 im Hamburger Stadtpark ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt zu haben. Die verhängten Bewährungsstrafen für acht der Tatbeteiligten, sorgten für so starke öffentliche Empörung, dass der Hamburger Richterverein sich genötigt sah, die betreffende Richterin öffentlich in Schutz zu nehmen.

Tatsächlich steht beim Jugendstrafrecht das Ziel der Resozialisierung im Vordergrund. Selbst bei Intensivtätern oder in Fällen abstoßender Rohheitsdelikte geht die Justiz davon aus, dass jugendliche Kriminelle irgendwann „die Kurve kriegen“.

## Volle Härte, wo sonst Milde waltet

Im Kontrast dazu steht der Umgang mit den jungen Leuten, die zu Pfingsten auf einer feuchtfröhlichen Party Parolen grölten, die ihnen im nüchternen Zustand wohl nie über die Lippen gekommen wären. Ein öffentlich gewordenen kurzes Video der Party in einem Sylter Lokal hat gereicht, damit einige der beteiligten Jugendlichen extreme Folgen zu spüren bekamen, nachdem in sozialen Medien ihre Namen und teilweise sogar ihre Wohnorte kursierten.

Noch bevor konkrete Ermittlungsergebnisse, geschweige denn ein Gerichtsurteil vorliegen, erhielten mehrere Beteiligte von ihren Arbeitgebern fristlose Kündigungen. Auch die Hamburger Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) meldete, dass sie prüfe, ob gegen die in dem Sylter Video zu sehende Studentin ein Exmatrikulationsverfahren eingeleitet werden könne.

Der renommierte Arbeitsrechtler Arnd Dinger empfahl hingegen denjenigen, die nach der Sylt-Party ihren Job verloren, juristisch dagegen vorzugehen. Versehen war dies mit dem Hinweis, er halte entsprechende Klagen für aussichtsreich. Auch der Hamburger Arbeitsrechtler Michael Fuhlrott stellte klar, dass das Arbeitsrecht am Werkstor

endet: „Das, was der Arbeitnehmer in seiner Freizeit macht, ist grundsätzlich seine Privatsache.“

Folgen wie der Verlust des Arbeitsplatzes und die öffentliche Ächtung, die die Jugendlichen nach dem Sylt-Vorfall ertragen müssen, erinnern in ihrer Überreaktion tatsächlich an Zustände in der DDR. Auch dort reichte mitunter ein einziger unbedachter Satz, um ganze Lebensentwürfe zu ruinieren.

## Nachsicht für Anti-Israel-Hetzer

Auch ein anderer Vergleich drängt sich geradezu auf: der Umgang mit den Jugendlichen, die an den Berliner Universitäten antisemitische Hassparolen skandieren oder gar gegen jüdische Kommilitonen gewalttätig werden. Als in Berlin im Februar ein jüdischer Student krankenhaushausreif geprügelt wurde, teilte die Freie Universität mit, eine Exmatrikulation des mutmaßlichen Täters sei „im Rahmen des Berliner Hochschulgesetzes schon formal nicht möglich“. Und Berlins Wissenschaftssenatorin Ina Czyborra (SPD) erklärte zu Exmatrikulationsforderungen gegen den mutmaßlichen Schläger, freie Berufs- und Studienwahl seien grundgesetzlich geschützt.

Im Fall der Jugendlichen, die auf der Sylter Party Sätze wie „Deutschland den Deutschen“ grölten, gelten derlei Bedenken und differenzierte Betrachtungen offensichtlich nicht mehr.

Als bedenklich muss auch die Reaktion des Politikers Armin Laschet eingeschätzt werden. Mit Blick auf die Kündigungen für mehrere Beteiligte der Sylter Party begrüßte er den Jobverlust für die „reichen, jungen Kinder“: „Ich glaube, die haben aber ihren Preis bezahlt, in kürzester Zeit waren alle Namen öffentlich, sie haben alle ihren Job verloren.“ Derartige Konsequenzen sollte es bei „allen diesen Vorfällen“ geben, so Laschet in einer Sendung der ARD.

Dass die digitale Anprangerung auch gänzlich unbeteiligte Personen treffen kann, bekommt inzwischen eine junge Frau zu spüren. Diese hat das Pech, den gleichen Nachnamen wie einer der verdächtigen Partybesucher zu haben. Obwohl sie an dem Vorfall in Sylt gänzlich unbeteiligt war, trudelten bei der Jugendlichen im Sekundentakt Hunderte hasserfüllte Beleidigungen ein.



Stach wild auf seine Opfer ein: Der Afghane Sulaiman A. am vergangenen Freitag in Mannheim

Foto: Screenshot bpe

## LEITARTIKEL

## Außer Kontrolle

RENÉ NEHRING

Die Szenen sind unerträglich. Am vergangenen Freitag attackiert ein 25-jähriger Afghane auf einem Mannheimer Marktplatz zunächst den Islamkritiker Michael Stürzenberger (siehe unten). Als es unmittelbar darauf zu einem Handgemenge kommt, sticht der Täter mehrfach in den Hals und den Kopf des herbeigeeilten Polizisten Rouven L. Obwohl der Beamte umgehend in einem Krankenhaus notoperiert wird, stirbt er am Sonntag – und rettet als Organspender noch einmal Leben.

## Ein unerträglicher Fall

Unerträglich an diesem Fall ist nicht nur, dass ein Polizist im Alter von gerade einmal 29 Jahren sein eigenes Leben verliert, als er das eines anderen retten will. Unerträglich ist der Fall auch, weil sich die Bilder von der Tat im Zeitalter von Smartphones und Social Media umgehend im Netz verbreiten und der Schrecken ungefiltert in die heimischen Wohnzimmer dringt (wodurch allerdings auch gewährleistet ist, dass das Verbrechen nicht unter den Teppich gekehrt werden kann).

Unerträglich ist der Fall auch, weil es bei Weitem nicht die erste Tat dieser Art ist – und es allen Erfahrungen nach leider

auch nicht die letzte sein wird. Brokstedt, Illerkirchberg, Würzburg – diese und andere Ortsnamen sind Synonyme für Verbrechen geworden, bei denen Menschen durch brutale Messergewalt aus dem Leben gerissen wurden. Erst vor wenigen Wochen wurden die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2023 bekannt, die allein für das vergangene Jahr 8951 (!) derartige Attacken aufweist. Der Journalist Matthias Nikolaidis kommt bei „Tichys Einblick“ in der Addition aller Länderzahlen sogar auf über 22.000 (!) Delikte, bei denen ein Messer zum Einsatz kam.

Unerträglich an diesem Fall sind nicht zuletzt die Reaktionen – von den Jubelrufen muslimischer Sympathisanten, die den Messermörder regelrecht als Helden feiern, bis hin zu den Äußerungen von Politikern und Journalisten, die wahlweise beschämt ihre Betroffenheit äußern (obwohl sie seit Jahren das Problem der Gewalt durch Zuwanderer herunterspielen) oder unsinnige Präventionsvorschläge unterbreiten (wie den von „Messerverbotszonen“, als ob dies auch nur einen Attentäter von seinem Vorhaben abhalte) oder – wie die „taz“ – die Herkunft des Mörders verschweigen, da diese keine Relevanz für die Bewertung derartiger Fälle habe. Andere wiederum warnen davor, dass von einem Fall wie dem in Mannheim „die Falschen“

profitieren könnten. Und viele von denen, die erst eine Woche zuvor angesichts des besoffenen Gegröles von fünf Jugendlichen auf Sylt unsere Demokratie bedroht sahen und höchste Strafen forderten, ziehen es nun vor zu schweigen.

## Das eigentliche Problem

Worüber auffälligerweise nicht gesprochen wird, ist das eigentliche Thema – dass Deutschland längst außer Kontrolle geraten ist. Außer Kontrolle geraten durch eine unkontrollierte Zuwanderung, die nicht nur die Sozialtats, sondern auch die Kriminalstatistiken explodieren lässt.

Dass mehr als die Hälfte der Tatverdächtigen von Gewaltkriminalität im vergangenen Jahr keinen deutschen Pass hatte (und unter denjenigen mit deutschem Pass viele einen Migrationshintergrund haben), zeigt indes nicht nur das Problem, sondern auch die Lösung: Entweder die Verantwortlichen der Bundesrepublik Deutschland beenden die unkontrollierte Zuwanderung – oder die unkontrollierte Zuwanderung beendet die Bundesrepublik Deutschland, wie wir sie kennen.

Sollten sich die Verantwortlichen dieser Aufgabe verweigern und die Dinge weiterlaufen lassen wie bisher, brauchen sie sich jedoch nicht zu wundern, wenn ihnen die Wähler die Gefolgschaft verweigern.

## PORTRÄT

## Riskantes Sendungsbewusstsein

Er hat überlebt. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte: Der Polizist, der Michael Stürzenberger vor dem afghanischen Messerangreifer in Mannheim schützen wollte, musste diese Heldentat mit seinem Leben bezahlen. Wie mitschuldig muss sich nun jemand fühlen, für den ein anderer gestorben ist?

Die Frage muss Stürzenberger mit sich selbst ausmachen. Als Islamkritiker hat er bislang oft genug die Gegenseite provoziert und in Kauf genommen, dass sein eigenes Leben in Gefahr gerät und immer darauf gesetzt, dass die Polizei ihm schützend zur Seite steht. Schon mehrfach wurde der 59-jährige Journalist und Aktivist bei Wahlkampfauftritten für die rechte Kleinpartei Die Freiheit oder für den islamkritischen Verein Bürgerbewegung Pax Europa tätlich angegriffen. Bevor er am 31. Mai in Mannheim den Messerangriff des abgelehnten afghanischen Asylbewerbers überlebte, wurde er 2013

und 2022 mit Faustschlägen von Personen ausländischer Herkunft attackiert.

Eine weitaus größere terroristische Tat hat Stürzenberger überhaupt erst dazu bewegt, sich in diese politische Schlammgrube herabzulassen. Bei den islamischen Terroranschlägen von Mumbai im Jahr 2008 war der mit ihm befreundete CSU-Politiker Ralph Burkei eines der 166 Opfer. Stürzenberger war bis dahin selbst noch Mitglied der CSU und von

2003 bis 2004 sogar Pressesprecher der Münchner CSU unter der Franz-Josef-Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Doch nach der Terrorat von Mumbai geriet er politisch auf Abwege. War Stürzenberger nach einem nicht abgeschlossenen Studium der Politik und Geschichte noch als Sportreporter unter anderem für private Fernsehsender tätig, so verlagerte sich sein Sendungsbewusstsein hin zur Warnung vor dem politischen Islam.

Er trat aus der CSU aus und in die Partei Die Freiheit ein, deren Bundesvorsitzender er bis zu deren Auflösung im Jahr 2016 war. Seitdem engagiert er sich für die Bürgerbewegung Pax Europa, mit der er gegen die drohende Islamisierung Europas zu Felde zieht. Wegen seiner radikalen islamfeindlichen Ansichten geriet er zwischendurch auch ins Visier des Verfassungsschutzes, wohl wissend, dass abweichende Meinungen von allen Seiten bekämpft werden.

H. Tewes



Michael Stürzenberger

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Juli 2024:

Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 4,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



## Avantgarde unterm Hakenkreuz

Komplizenschaft aus Not und Opportunismus – Weimar deckt auf, wie stark das Bauhaus mit dem Nationalsozialismus kungelte

VON VEIT-MARIO THIEDE

Lange stand unbezweifelbar fest, dass die Lehrer und Schüler des Bauhauses allesamt Gegner des Nationalsozialismus waren. Inzwischen ist klar, dass das nicht stimmt. Den Beweis tritt die Weimarer Ausstellung „Bauhaus und Nationalsozialismus“ an. Ihre 450 Exponate sind im Museum Neues Weimar, im Bauhaus Museum und im Schiller-Museum zu sehen.

Die Kuratoren Anke Blümm, Elizabeth Otto und Patrick Rössler haben die Bauhäusler erstmals statistisch erfasst. Die berühmte Avantgardeschule hatte von 1919 bis 1933 insgesamt 1253 Studenten, von denen etwas über ein Drittel Frauen waren. Mehr als die Hälfte der Studenten ging spätestens nach dem zweiten Semester wieder. Unter den 119 Lehrkräften gab es nur neun weibliche. Der NSDAP traten 170 Bauhäusler und 18 Bauhäslerinnen bei, 15 waren Mitglied der SA, 14 der SS. Mindestens 24 Bauhäusler fielen der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten zum Opfer.

Der Rundgang beginnt im Museum Neues Weimar mit den politischen Kämpfen um das Bauhaus. Das von Walter Gropius 1919 in Weimar eröffnete Bauhaus war eine Einrichtung des Freistaats Thüringen. Die bürgerlich-konservative Mehrheit des Landtags kündigte allen Bauhaus-Meistern zum 1. April 1925 die Arbeitsverträge. Die folgten der Einladung der Stadt Dessau. Gropius gab die Leitung des Bauhauses 1928 auf. Seinem Nachfolger Hannes Meyer kündigte das Stadtparlament 1930, weil er an der Schule „kommunistische Umtriebe“ zugelassen habe. Auf ihn folgte Ludwig Mies van der Rohe. Der Dessauer Gemeinderat verfügte auf Antrag der NSDAP die Schließung des Bauhauses zum 1. Oktober 1932.

### Karriere in der SS-Bauzentrale

Mies führte das Bauhaus in Berlin als Privatschule weiter. Aus wirtschaftlicher Not



Vom Bauhäusler Franz Ehrlich entworfener Schriftzug: Replik des Tores vom KZ Buchenwald vor dem Schiller-Museum in Weimar

und auch, um sich nicht den vom NS-Regime gemachten Auflagen beugen zu müssen, entschied Mies im Juli 1933 in Übereinkunft mit seinen Lehrkräften, das Bauhaus aufzulösen.

Der Ausstellungsteil im Bauhaus Museum heißt „Abgehängt – Beschlagnahmte – Angepasst“. Er behandelt traurige Weimarer Ereignisse. In der 1923 im Schlossmuseum eröffneten „Galerie der Kunst der Gegenwart“ waren die Bauhaus-Meister Lyonel Feininger und Paul Klee mit Leihgaben breit vertreten. Nachdem Wilhelm Frick von der NSDAP 1930 Thüringens Innen- und Volksbildungsminister geworden war, verfügte er die Räumung der Galerie der Kunst der Gegenwart. Die Künstler erhielten ihre Arbeiten zurück.

Einige Beispiele sind nun ausgestellt, etwa Feiningers Gemälde „Viadukt“ (1920) und Klees aquarellierte Ölmalerei „Löwen, man beachte sie!“ (1922). Bei der 1937 durchgeführten Aktion gegen die sogenannte „entartete Kunst“ verlor Weimar 460 Werke.

Das Schiller-Museum präsentiert „Lebenswege in der Diktatur“, darunter vielfältige Formen der Komplizenschaft. Und die beginnen schon vor dem Museum. Da steht die Kopie des vom Bauhaus-Schüler Franz Ehrlich entworfenen Eingangstores für das KZ Buchenwald. Dessen Inschrift „Jedem das Seine“ war von der Lagerleitung vorgegeben, die moderne Schrifttypen steuerte Ehrlich bei. Als Mitarbeiter eines kommunistischen Untergrundma-

gazins hatte er drei Jahre Zuchthaus erhalten und war danach ab 1937 Zwangsarbeiter in Buchenwald. Dort machte er seine Arbeit so gut, dass ihn die SS nach seiner Haftentlassung 1939 als zivilen Angestellten engagierte. Zunächst arbeitete Ehrlich weiter im KZ Buchenwald, dann in der SS-Bauzentrale Berlin, die auch für den Aufbau der Vernichtungslager zuständig war.

### Unvorteilhafter Bronzekopf Hitlers

Neben den Bauhaus-Direktoren Gropius und Mies, die sich als Architekten zunächst bei den Nationalsozialisten um Aufträge bemühten, bevor sie in den USA ihre Karriere fortsetzten, stehen von den Nationalsozialisten verfolgte, tolerierte

oder gar geförderte Bauhäusler im Blickpunkt. Der äußerst erfolgreiche Industriedesigner Wilhelm Wagenfeld, dessen gläsernes „Kubus-Geschirr“ (1938) ausgestellt wird, hielt nichts von den „Nazis“. Dennoch ergab sich wegen seiner Ausstellungsbeteiligungen, mit denen er seine neuen Gläser bekannt machen wollte, eine Nähe zur NS-Wirtschaftspolitik.

Die bis heute als führende Textildesignerin gefeierte Margarethe Reichardt eröffnete 1934 in Erfurt ihre Handweberei. Sie irritiert in der Ausstellung mit dem aquarellierten Entwurf (1940–1942) zu einer Tapisserie mit der Botschaft „Dein Leben ist gebunden an das Leben Deines ganzen Volkes“, unterlegt mit grünem Reichsadler und Hakenkreuz im Ehrenkranz. Katalogautorin Miriam Krautwurst hält solche Entwürfe keineswegs für ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sondern sie seien „zweifelsfrei ein Ausdruck von Opportunismus und Anbiederung an das Regime, um weiterhin Aufträge zu erhalten“.

Erstaunt entdeckt man einen vom renommierten Bildhauer und Bauhaus-Meister Gerhard Marcks geformten Hitler-Kopf. Dabei hegte er große Abneigung gegen den Nationalsozialismus. Der 1949 gegossene Bronzekopf ist ein Gegenbild zu den heldenhaften Hitler-Darstellungen der NS-Zeit. Entsprechend unvorteilhaft sieht er aus: übergroße Nase, schmale Lippen, herabgezogener linker Mundwinkel, bekümmertes Blick. Den 1941 angefertigten Gipsentwurf hielt Marcks bis zum Ende der NS-Zeit versteckt.

Katalogautor Arie Hartog berichtet, dass Marcks einer der wenigen Bildhauer war, die Distanz zum Nationalsozialismus hielten. Daher sei er „ein Modell für kunsthistorische Kontinuitäten über politische Bruchlinien hinweg“.

● Bis 15. September. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet in der Ausstellung 37 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro [www.klassik-stiftung.de](http://www.klassik-stiftung.de)

### AUSSTELLUNG

## Als würde Gott über allem leuchten

„Die Sonne in Schwarzweiß“ – Museum Wiesbaden entdeckt ostpreußische Motive im Werk Max Pechsteins

Einem Expressionisten mit besonderer Beziehung zu Ostpreußen widmet sich noch bis zum 30. Juni das Hessische Landesmuseum Wiesbaden. Max Pechstein, 1881 in Zwickau geboren, absolvierte eine vierjährige Lehre als Dekorationsmaler, besuchte danach die Kunstgewerbeschule sowie die Königliche Kunstakademie in Dresden und wurde Mitglied der Künstlervereinigung „Die Brücke“. Bei Aufenthalten in Italien und Paris lernte er die Kunst der Fauvisten kennen, die den Impressionismus zu mehr Farbig-, Flächigkeit und Abstraktion weiterentwickelten.

Diese Begegnung ebnete ihm den Weg in den Expressionismus. Bereits 1909 hatte Pechstein die Ostseeküste für sich entdeckt und verbrachte fortan viele schaffensreiche Sommermonate im ostpreußischen Nidden, dessen Künstlerkolonie er beeinflusste. Nach 1918 und der deutsch-litauischen Grenzverschiebung wanderte er in den pommerschen Seeort Leba ab.

Die Schau macht die Kontinuitäten und zeitlichen Brüche in Pechsteins Werk deutlich. Scheinbar magisch angezogen

war er stets von der Meeresküste. Und so beginnt die Ausstellung mit einer Reihe von Gemälden ähnlicher Sujets, wenn auch in unterschiedlichen Jahrzehnten seines Schaffens entstanden. Es sind Bilder von Booten, Fischerhütten und Schilfgras in kräftigen Farben, über denen eine menschenleere Ruhe liegt. Und über dieser Welt des Friedens thront stets die Sonne wie ein Wächter und sendet ihre Strahlen bisweilen so, als wäre es Gott selbst, der dort über allem leuchtet.

Das Sonnenmotiv setzt sich – in Schwarz-Weiß – in seiner Druckgraphik fort. Das Thema des Meeres findet sich auch in einer Holzschnitt-Reihe mit knorrigen Fischer-Porträts. Ebenso in den Gemälden, die eine 1914 erfolgte Reise in das damalige deutsche Kolonialgebiet Palau in der Südsee verarbeiten. Zu satten Orange- und Grün-Tönen tummeln sich nackte Eingeborene unter Palmen oder unternehmen Kanu-Fahrten, als wären sie Ölskizzen Paul Gauguins entflohen.

Die Ausstellung offenbart, dass Pechstein kein Sonderfall und keine Ausnah-



Max Pechstein: „Fischerboot“ (1913)

meerscheinung war, sondern stark den künstlerischen Moden seiner Zeit unterworfen blieb. Das geht zulasten der Originalität, der künstlerischen Qualität seiner Arbeiten tut das aber keinen Abbruch. Man begegnet bei ihm dem zeittypischen Reigen-Motiv von Badenden am See, den häufig gemalten Balletttänzern, den Bühnenfiguren Pierrot und Harlekin.

Selbst eine Reihe von Radierungen über Granateinschläge und Schützengräben ist Teil einer weit verbreiteten Kriegsverarbeitung nach 1918. Auch dass Pechsteins Malerei ab Mitte der 1920er Jahre traditioneller wurde, war kein Einzelfall, sondern ein allgemeines Anzeichen der Ermüdung der Moderne. Es rettete ihn nicht davor, in der NS-Zeit teils als „entartet“ drangsalisiert zu werden. Kurz vor seinem Tod im Jahr 1955 erhielt er als erster Maler das Bundesverdienstkreuz und kam somit in der frühen Bundesrepublik noch zu späten Ehren. *Claus-M. Wolfschlag*

● [www.museum-wiesbaden.de/max-pechstein](http://www.museum-wiesbaden.de/max-pechstein)

### MELDUNGEN

## Andy Warhols Pop-Art

Berlin – Dem wohl bekanntesten Künstler der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts widmet die Neue Nationalgalerie am Kulturforum die Ausstellung „Velvet Rage and Beauty“. Vom 9. Juni bis 6. Oktober sind dort mehr als 250 Gemälde, Drucke, Zeichnungen, Fotografien, Polaroids, Filme und Collagen des US-Künstlers Andy Warhol zu sehen. *tws*

## Eine „Glühende Zukunft“

Berlin – Vom 13. Juni bis 8. September stellt das Bröhan-Museum mit der Ausstellung „Glühende Zukunft“ Grafikdesign der „Produktionsgenossenschaft des Handwerks“ der DDR, kurz PGH, vor. In den Plakaten wehrte man sich mit satten Farben und aufmüpfigem Humor gegen die konformistische Langeweile. *tws*



## ISLAND

## Eine stolze Nation wird unabhängig

Dänemarks Herrschaft über die Insel aus Eis und Feuer endete vor 80 Jahren

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Wenn der Panzer Kriechdrache heißt, die Pizza Flachgebäck und der Computer Zahlenprophetin, so wollen die Isländer ihre Sprache isländisch halten. Der Stolz auf ihre Nationalität führte nicht nur zu ihrem Sprachpurismus, sondern auch zur Unabhängigkeit, die am 17. Juni 1944 am Thingvellir ausgerufen wurde.

An diesem Ort trafen sich schon die einst aus Norwegen kommenden Stammesführer, um den Althing einmal jährlich zwei Wochen lang abzuhalten und im Jahre 930 den isländischen Freistaat auszurufen. Dieses Parlament war das erste weltweit und hatte legislative wie judikative Funktionen.

Mit der Christianisierung änderte sich viel, nicht nur, dass die nordischen Götterstatuen der Legende nach einen Wasserfall hinuntergeworfen wurden, der seitdem Goðafoss also „Wasserfall der Götter“ heißt, sondern es änderte sich auch das Leben. Uneinigkeiten und schlechter werdende Lebensbedingungen führten 1264 dazu, dass Island unter norwegische Hoheit fiel, da die Ruhe und Ordnung nach der Sturlungenzeit (1180/1220–1264) nicht wiederhergestellt werden konnte. Zur Sicherung des Friedens unterwarf sich Island dem Herrschaftsanspruch der norwegischen Krone. Der Althing hatte nach der Einführung neuer Gesetze nur noch die Funktion eines Gerichts.

#### Island stand erst unter Norwegens, dann unter Dänemarks Herrschaft

Gut hundert Jahre später, 1380, standen Norwegen und damit auch Island unter dänischer Herrschaft. Die nie offiziell ratifizierte Union von Kalmar, die bis 1523 mehr oder minder hielt, wurde von Dänemark geführt. Dieses Bündnis zwischen den drei skandinavischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen war lediglich als Personalunion und Verteidigungs-



Stünde dort keine Fahne, könnte man diesen wichtigen Versammlungsort glatt übersehen: Am Thingvellir versammelte sich das älteste Parlament der Welt, und am 17. Juni 1944 wurde hier die Unabhängigkeit Islands ausgerufen  
Foto: shutterstock

bündnis angelegt gewesen. Von den Kriegen, Angriffen, Friedensschlüssen und -brüchen sowie Sonderfrieden kam in Island nicht viel an, abgesehen von Steuereinnahmen, Handelsmonopolen und der Reformation, denn seit Christian III. ist das Land lutherisch.

Die Pest und so mancher Vulkanausbruch rafften viele Bewohner Islands dahin, sodass Dänemark überlegte, die Überlebenden aufs Festland umzusiedeln, was allein aus logistischen Gründen schwierig gewesen wäre. Die Isländer wollten in Island bleiben, berappelten sich und bildeten einen Nationalstolz aus, der die Reformation, das Handelsmonopol Dänemarks von 1650 unter Friedrich III. und die schwere Hungersnot von 1783 nach dem Ausbruch des Laki-Kraters, der zum Vulkansystem der Grímsvötn ge-

hört, und selbst das dänische Verbot von 1800, das besagte, dass kein Althing mehr abgehalten werden dürfe, überstand.

Isländer studierten nach dem Frieden von Kiel im Jahr 1814 – Norwegen fiel an Schweden, Island blieb bei Dänemark – in Kopenhagen und brachten einen Nationalismus mit, der auf der vulkanreichen Insel schnell anschluss. Friedensbewegungen bilden sich, besonders um Jón Sigurðsson (1811–1879). Ihm gelang 1843 die Wiedereinführung des Althings in beratender Funktion sowie 1854 die Aufhebung des dänischen Handelsmonopols. 1873 feierte Island den tausendsten Jahrestag der Landnahme. 1874 erhielt das Althing begrenzte legislative Rechte zurück. König Christian IX. überreichte Island eine eigene Verfassung, der Althing besaß aber nach wie vor keine eigene Exekutive.

Auch im Frauenwahlrecht bewegte sich etwas, so hatten Frauen ab 1882 bei der Teilnahme an lokalen Wahlen ein beschränktes Wahlrecht. Der dänische König stimmte zu, dass Witwen und andere unverheiratete Frauen, die einem Farmhaushalt vorstanden oder sonst einen unabhängigen Haushalt führten, das aktive und passive Wahlrecht bei Lokalwahlen erhielten.

#### Symbiose von Sprache und Politik

1903 akzeptierte Dänemark Islands Forderung nach einer eigenen isländischen Regierung, Reykjavík wurde ein Jahr später Regierungssitz und Hannes Hafstein der erste Ministerpräsident des Landes – ein Poet. Die Verbindung von Sprache und Politik gab es schon bei Snorri Sturluson (1179–1241) aus dem Geschlecht der Stur-

lungar, das zu den mächtigen Familien Islands zählte. Die Sturlungenzeit ist nach diesem Geschlecht benannt. Snorri selbst hatte zwei Mal das Amt des Gesetzessprechers im Althing inne, war Vertreter des norwegischen Königs in Island und verfasste die Snorra-Edda.

Einen poetischen Anspruch verfolgte der 1918 von Island unterzeichnete Unionsvertrag mit Dänemark nicht, dafür bestätigte er die Unabhängigkeit Islands offiziell. Allein die Außenpolitik wurde von Dänemark weitergeführt.

Am 9. April 1940 besetzte die Wehrmacht Dänemark. Einen Monat später, am 10. Mai, besetzten britische Truppen Island. Noch vor dem Kriegseintritt der USA wurden diese 1941 von GI verstärkt und größtenteils ersetzt. Die US-amerikanischen militärischen Bauvorhaben und Islands enorme Fischfänge verhalfen dem Inselvolk zu einem wirtschaftlichen Aufschwung. Als 1943 der Unionsvertrag von 1918 mit dem kriegsgeschwächten und von Deutschland besetzten Dänemark auslief, ergriffen die Isländer ihre Chance zur vollständigen Loslösung von Dänemark. Im Mai 1944 entschieden sich die Isländer bei einer Volksabstimmung, an der sich 98,61 Prozent der Abstimmungsberechtigten beteiligten, mit 97,35 Prozent gegen den Unionsvertrag von 1918 und mit 95,06 Prozent für eine republikanische Verfassung.

Vor 80 Jahren am 17. Juni, dem heutigen isländischen Nationalfeiertag sowie dem Geburtstag des Vorkämpfers der Unabhängigkeit Islands – und Philologen – Jón Sigurðsson, wurde in Thingvellir die Unabhängigkeit Islands verkündet; Sveinn Björnsson hieß der erste Präsident, der bis zu seinem Tod 1952 das Amt ausübte. 1946 wurde Island Mitglied der Vereinten Nationen und war 1986 Gastgeber des Gipfeltreffens zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow. Die damalige Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir war 1990 zum ersten weiblichen Staatsoberhaupt gewählt worden – und auch sie unterstützte die isländische Sprache.

## ALAN TURING

## Britisches Mathegenie knackte den deutschen Enigma-Code

Der Homosexuelle half seinem Land, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen – Dieses dankte es ihm, indem es ihn in den Selbstmord trieb

Alan Mathison Turing wurde am 23. Juni 1912 in London geboren. Sein Vater war Kolonialbeamter in Indien. Extra für die Geburt des Jungen war die Familie für einige Zeit nach England übersiedelt. Danach wuchs das Kind hauptsächlich bei Pflegeeltern sowie an Privatschulen auf. Er fiel früh durch sein unkonventionelles Wesen, sein besonderes Interesse für Chemie und Biologie sowie seine ungewöhnliche mathematische Begabung auf. Dazu glänzte er als Marathonläufer.

Seine Hinwendung zur Mathematik führte ihn als Student am Kings College in Cambridge zur pionierhaften Beschäftigung mit der mathematischen Logik bis hin zur Beantwortung von „Hilberts dritter Frage“, die das sogenannte Entscheidungsproblem behandelt. Dafür entwickelte Turing die Konzeption für seine „Turing-Maschine“ zur Überprüfung der Berechenbarkeit einer mathematischen Funktion. Diese Überlegungen vervollkommnete der geniale Vordenker später zu einer „Universalmaschine“, welche die theoretischen Grundlagen für die moderne Computertechnik bildet. Ihn faszinierte die Theorie, dass sich menschl-

ches Denken maschinell nachbilden lasse. Zu den heutigen Folgen zählt auch die „Künstliche Intelligenz (KI).“

Turings frühe Erkenntnisse trugen ihm 1938 an der Universität von Princeton die Promotion ein, die Diskussion mit berühmten Gelehrten und nach Kriegsbeginn die Berufung ins britische Dechiffrier-Zentrum von Bletchley Park, in dem über 10.000 Mitarbeiter geheime Entschlüsselungsaufgaben zu erfüllen hatten. Turing war der Chef-Entschlüsseler, knackte den deutschen Enigma-Code und konnte so dem militärischen Chef der Einrichtung sowie Premierminister Winston Churchill persönlich Informationen liefern, deren operative Nutzung den Sieg der Alliierten erleichterte. Die diesbezüglichen Nachwirkungen reichten vom Seekrieg über die Wende auf dem Kriegsschauplatz in Nordafrika bis hin zum Ausgang der Schlacht am Kursker Bogen. Britische und US-amerikanische Befehlshaber sowie selbst der sowjetische Diktator Josef Stalin staunten immer wieder über den Kenntnisstand Churchills, der sich gern bestaunen und Turing zum absoluten Schweigen



Alan Turing Foto: mauritius

verpflichten ließ. Erst nach Jahrzehnten drangen erste Informationen über die Rolle von Bletchley Park und Alan Turing im Zweiten Weltkrieg scheinbarweise an die überraschte Öffentlichkeit.

Nach dem Sieg der Alliierten über das Deutsche Reich, an dem Turing großen Anteil hatte, ohne dass darüber zunächst

etwas bekannt wurde, blieben dem genialen Wissenschaftler nur noch wenige Jahre für eine zivile Karriere. Er übernahm eine Aufgabe im National Physical Laboratory, fungierte dann als Direktor des Computer-Labors der Universität in Manchester, traf sich in Göttingen mit dem deutschen Computererfinder Konrad Zuse und wurde 1951 in die Royal Society berufen. Turing war nicht rühmbesessen. Er ist als idealistischer Forschertyp überliefert, der viele Felder bestellte, auf denen dann andere ernteten. Die Vielfalt seiner Pionierleistungen reicht weit über die Turing-Maschine und die Entschlüsselung der Enigma-Funksprüche hinaus. Turing entwickelte die Software für den ersten echten Computer, gab mit seinen Veröffentlichungen den Anstoß für die weltweite Beschäftigung mit der Frage der Künstlichen Intelligenz, sorgte für eines der ersten Computer-Schachprogramme und gab zwischen 1952 und 1954 mit seinen Überlegungen der chemisch-biologischen Strukturbildungstheorie maßgebliche Impulse.

Der Privatmann Alan Turing unterhielt 1952 eine gleichgeschlechtliche Be-

ziehung zu einem jungen Mann, der Informationen über seine Wohnung an einen Komplizen weiterleitete, der dann bei Turing einbrach. Turing zeigte den Einbruch bei der Polizei an. Deren Ermittlungen führten zur Aufdeckung von Turings Homosexualität. Die anschließende Behandlung Turings mit triebhemmenden Hormonen hatte beträchtliche Nebenwirkungen, die von der Brustvergrößerung bis zu ausufernden Depressionen reichten. Letztere ließen ihn am 7. Juni 1954 einen mit Zyankali vergifteten Apfel verzehren. Amtlich war danach von „Selbsttötung“ die Rede.

Erst in den letzten Jahrzehnten drangen Wissenschaftler verstärkt auf eine nachträgliche Anerkennung Turings. So wurden ab 2001 nacheinander in Manchester und Bletchley Park Statuen aufgestellt, Gedenktafeln an verschiedenen Gebäuden mit Turing-Bezug angebracht und die weltweit bedeutendste Auszeichnung in der Informatik nach ihm „Turing-Award“ benannt. Dazu gesellte sich eine wachsende Zahl von Fachschriften und Belletristik, zahlreiche Musikstücke, Filme und Comics. Martin Stolzenau



LUDWIG ROSELIUS

# Schillernder Tausendsassa aus Bremen

Der umtriebige Unternehmer und Mäzen machte Kaffee koffeinlos und die Böttcherstraße zum Kunstwerk

VON MANUEL RUOFF

Ludwig Roselius passt in keine Schublade. Politisch ist er schwer zu verorten. Von seinem Bekanntenkreis auf seine politische Ausrichtung zu schließen, ist kaum möglich. Anschaulich formulierte es der sozialdemokratische Journalist Alfred Faust 1925 zu Roselius' 50. Geburtstag in der „Bremer Volkszeitung“: „Er ließ sich von verschuldeten Königen und von notleidenden Kommunisten anpumpen; er korrespondierte mit dem Hakenkreuz-Grafen Reventlow und mit dem Juden Rathenau, mit Wilson und König Ferdinand, mit Stresemann und Kakowski (als die rumänischen Delegierten vom Internationalen Hamburger Sozialistenkongress zurückkehrten, besuchten sie nicht die Partei, sondern Roselius). Hatte er in Holland Geschäfte, so lud ihn der tennisspielende Exkronprinz zu sich, und als er in Bremen zurück war, lud er den roten Präsidenten Ebert zu Gast. Der Sozialdemokrat und Bodenreformer Emil Felden war ihm ein ebenso erwünschter Gesprächspartner wie der deutschnationale Hilfstrompeter Freiherr v. Hünefeldt.“

Ludwig Gerhard Wilhelm Roselius spiegelt die Vielfalt der Interessen und das hohe Engagement in seiner Familie wider. Sein Bruder Friedrich war Kaufmann, sein Neffe Ernst Kommunikationswissenschaftler und Autor, seine Cousine Marie Pädagogin, seine Tochter Hildegard Zeichnerin und Schriftstellerin, sein Vater Dietrich Friedrich Rennig Kaffee-Importeur. Und durch die Bank haben sie sich in ihrem Metier einen Namen gemacht.

## Kaffee HAG folgte Kaba

Konventionell war an dem am 2. Juni 1874 geborenen Bremer wenigstens, dass er beruflich in die Fußstapfen seines Vaters trat. Wie in diesen Kreisen üblich, machte Roselius nach dem Besuch der Handelsschule eine Lehre bei einem Geschäftsfreund des Vaters. In diesem Falle war das Ernst Grote, der in Hannover eine Kolonialwarenhandlung und Kaffeerösterei betrieb. Nicht unbedingt typisch war, dass Roselius neun Jahre nach Aufnahme der Lehre die zweite Tochter seines Lehrherrn heiratete, Anna Grote.

Wiederum typisch war, dass er nach dem Abschluss der Lehre 1893 im väterlichen Geschäft zu arbeiten begann und nach ein paar Jahren Teilhaber wurde. Letzteres geschah 1897. Ein halbes Jahrzehnt später starb der Vater. Dessen frühen Tod mit erst 59 Jahren führten die Ärzte vor allem auf starken Koffeingenuss zurück. Der Sohn entwickelte daraufhin ein Verfahren, Kaffee zu entkoffeinieren. 1906 ließ er es sich patentieren und gründete zu dessen kommerzieller Nutzung

mit anderen Bremer Großhändlern die Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft (Kaffee HAG).

Das Namenskürzel der Gesellschaft ging auf dessen Produkt über. Roselius hatte mit dem koffeinfreien Kaffee HAG nicht nur ein modernes Produkt entwickelt, er führte mit Fließbandfertigung auch moderne Produktionsweisen und mit Kinowerbung schon zu Stummfilmzeiten auch moderne Werbemethoden ein. Für die Produktion von Werbemitteln

gründete er 1921 einen eigenen Verlag, den Angelsachsen-Verlag, der sich allerdings auch Roselius' Hobby und Leidenschaft widmete, der Kunst. Es entstanden moderne Werbesprüche wie „Stahlharte Nerven durch Sport und Kaffee HAG“ oder „Immer unschädlich! Immer köstlich!“ Roselius' Kaffeereich expandierte enorm, und das auch international.

Einen entsprechenden Schlag ins Kontor bedeutete der verlorene Erste Weltkrieg samt der Enteignung des deutschen

Auslandsvermögens durch die zahlreichen Feindstaaten. Roselius gelang jedoch der Wiederaufstieg, und sein Kaffee HAG ließ ihn in der Zwischenkriegszeit zum größten Kaffeeröster der Welt aufsteigen.

## „Ein Versuch, deutsch zu denken“

1929 kam Roselius mit einem weiteren neuen Produkt auf den Markt: Kaba. Das Instant-Kakaopulver war zwar nicht so innovativ wie Kaffee HAG, doch wurde es ähnlich berühmt und existiert bis heute. Der Tausendsassa engagierte sich auch im Flugzeugbau. 1923 gründete er mit zwei weiteren Bremer Kaufleuten sowie Heinrich Focke als Konstruktionsleiter, Georg Wulf als Erprobungsleiter und Werner Naumann als kaufmännischem Leiter die Focke-Wulf-Flugzeugbau AG. Er selbst übernahm den Aufsichtsratsvorsitz.

Mit seinen Gewinnen engagierte sich der Unternehmer als Mäzen, wobei er sein kulturelles Engagement als Werbung verstanden wissen wollte. Das berühmteste Werk des Förderers von expressionistischen Künstlern wie Paula Modersohn-Becker und Bernhard Hoetger ist sicherlich der Aufbau der Böttcherstraße in seiner Heimatstadt Bremen als Kunstwerk.

Sein Kunstverständnis hatte auch Einfluss auf das Verhältnis zwischen ihm und den ab 1933 in Deutschland herrschenden Nationalsozialisten. Roselius hielt sein Kunstverständnis mit dem nationalsozialistischen für kompatibel, die Nationalsozialisten taten es nicht. „Die Wiedererrichtung der Böttcherstraße“ war für Roselius „ein Versuch, deutsch zu denken“. Für Adolf Hitler war die Böttcherstraße ein Beispiel für „entartete Kunst“. Die Nationalsozialisten verzichteten jedoch darauf, den in der Weltwirtschaft gut vernetzten und ihnen ja grundsätzlich positiv gegenüberstehenden Unternehmer zu verfolgen oder die Böttcherstraße zu vernichten. So konnte es passieren, dass 1936 Hitler auf dem Reichsparteitag erklärte, dass „der Nationalsozialismus diese Art von Böttcherstraßen-Kultur schärfstens“ ablehne, aber deren Förderer Roselius zur Eröffnung der Großen Deutschen Kunstausstellung im Münchner Haus der Deutschen Kunst als Ehrengast eingeladen wurde. Mitten im Zweiten Weltkrieg, am 15. Mai 1943, starb Ludwig Roselius in der Reichshauptstadt.

Vor 150 Jahren  
in Bremen geboren:  
Ludwig Roselius

Foto: Wikimedia/  
Nicola Perscheid



SIEGFRIED LOWITZ

# Der erste „Alte“ war ein Preuße

Der Kriminalbeamte war seine Paraderolle, aber für andere Rollen bekam er die Goldene Kamera – Vor 25 Jahren starb der Mime

Der „Alte“ ermittelt in München. Und in München ist der erste und bislang einzige nicht mehr lebende Darsteller des „Alten“ auch gestorben. Aber geboren wurde Siegfried Lowitz in Preußen. Am 22. September 1914 kam er als Siegfried Wodolowitz in Berlin zur Welt. Auch seine Eltern hatten künstlerische Berufe. Der Vater war Bildhauer, die Mutter Modeschneiderin.

Als Lowitz sechs Jahre alt war, zog er mit seiner Mutter nach Amsterdam. Nachdem sie an Magenkrebs gestorben war, lebte er ab dem siebten Lebensjahr bei seinem Vater und dessen zweiter Ehefrau in Mainz.

Bereits während der Schulzeit zeigte sich sein Interesse für das Theater. Nach dem Abitur besuchte er die staatliche Schauspielschule in Frankfurt am Main. Der Ausbildung folgten Auftritte auf Bühnen in Frankfurt, Mainz, Gießen und Breslau. Der Zweite Weltkrieg unterbrach

die 1934 begonnene Theaterkarriere. 1941 wurde er als Grenadier ins Schützen-Regiment 6 der 7. Panzer-Division eingezogen, allerdings 1943 wegen eines Motorradunfalls als frontuntauglich entlassen.

Nach der Gründung des Münchner Kabarets „Die Schaubude“ im Sommer 1945 wurde Lowitz dessen Mitglied. Bei einer Aufführung fiel er dem Schauspieler, Theaterregisseur und Intendanten Heinz Hilpert auf. Dieser war 1947 Intendant des Schauspiels Frankfurt und holte Lowitz dorthin. Als Hilpert erst nach Konstanz und 1950 nach Göttingen wechselte, folgte ihm Lowitz. Dann trennten sich jedoch bald ihre Wege. Lowitz zog es wieder nach München. Ab 1950 war er Ensemblemitglied der Münchner Kammerspiele und von 1968 bis 1978 des Bayerischen Staatsschauspiels.

1950/51 stand Lowitz das erste Mal vor der Kamera für den Spielfilm „Unsterbliche



Siegfried Lowitz als der „Alte“

che Geliebte“. Ein halbes Jahrzehnt und acht Filme später spielte er in „Das Sonntagskind“ erstmals einen Kriminalinspektor, seine Paraderolle. Als Kriminalbeam-

ter war er denn auch meist in den Edgar-Wallace-Filmen der 60er Jahre zu sehen.

Den leitenden Kriminalbeamten spielte er auch in der 1966 erstmals ausgestrahlten Fernsehserie „Die Gentlemen bitten zur Kasse“. Für das Fernsehen arbeitete Lowitz neben dem Kino und dem Theater bereits ab 1954.

Spätestens das Fernsehen machte Lowitz landesweit bekannt, wenn nicht gar berühmt. Ab 1977 begann der Wahlmünchner, in der von der Neuen Münchner Fernsehproduktion für ZDF, SRF und ORF produzierten Krimiserie „Der Alte“ zur besten Krimisendezeit in der Tradition von „Der Kommissar“ und „Derrick“ zu ermitteln. 100 Folgen lang – und damit länger als Erik Ode den „Kommissar“ Herbert Keller – spielte Lowitz den „Alten“ Erwin Köster. Der Abschied war 1986 endgültig und unwiderruflich. In der letzten Folge starb der Kriminalhauptkommissar den Filmtod.

Wenn der Kriminalbeamte auch Lowitz' meistgespielte Filmrolle war, so lässt sich der Schauspieler doch nicht hierauf reduzieren. So erhielt er die Goldene Kamera 1968 für die jeweilige Titelrolle in den gleichnamigen Verfilmungen des Romas „Der Trinker“ von Hans Fallada und des Dramas „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch.

1972 drehte Lowitz mit „Dr. Marbuse schlägt zu“ seinen letzten Spielfilm. Im Jahr 1997 entstand mit „Mein Freund Harvey“ der letzte Fernsehfilm und endete mit „Anna Maria – Eine Frau geht ihren Weg“ die letzte Fernsehserie mit ihm. Zwei Jahre später zog sich der mittlerweile an Anämie leidende Schauspieler beim Sturz aus einem Sessel einen doppelten Oberschenkelhalsbruch zu. Vier Wochen später, am 27. Juni 1999, starb Siegfried Lowitz in einem Klinikum der bayerischen Hauptstadt. M.R.



VON WOLFGANG KAUFMANN

Organspenden sind ethisch und medizinisch umstritten. Vorbehalte entzündeten sich etwa an der problematischen Gleichsetzung des Hirntodes mit dem unumkehrbaren physischen Tod eines Menschen, dessen Organe zur „Verwertung“ anstehen. In der Diskussion über die Organspenden und -transplantationen fällt ein wichtiger Punkt meist unter den Tisch: die Kosten für die Eingriffe, welche spätestens seit dem Göttinger Organspende-Skandal von 2012 viel häufiger und intensiver thematisiert werden müssten.

Damals trat zutage, dass etliche Transplantationszentren in Deutschland nicht regelkonform vorgingen und weswegen die Boni der beteiligten Ärzte sowie die Einnahmen der Kliniken über Gebühr stiegen. Allerdings winken auch im Falle der Einhaltung sämtlicher Vorschriften satte Gewinne, die aus zwei Quellen stammen. Zum einen gibt es die Möglichkeit, Geld für die Organentnahme beziehungsweise -bereitstellung zu erhalten, und zum anderen ist die Verpflanzung der Spenderorgane ausgesprochen lukrativ.

Die Organisation der Organentnahme und die Koordination der Vergabe der Organe von für tot erklärten Spendern erfolgt durch die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO), deren Budget jedes Jahr zwischen den gesetzlichen und privaten Krankenkassen, der Bundesärztekammer (BÄK) und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) sowie Vertretern der DSO ausgehandelt wird.

#### Hohe Verwaltungskosten

Dabei erfolgt eine Vorab-Schätzung der Zahl der zu verpflanzenden Organe. Im Jahr 2024 soll diese bei 3040 liegen. Hieraus ergeben sich die nachfolgenden Pauschalsummen pro Organ. Die Klinik, in der die Entnahme erfolgt, erhält für die Feststellung des Hirntodes, die Erhaltung der Organe im Körper des Spenders sowie die schließlich dann durchgeführte Organentnahme gut 8200 Euro. Dazu kommen weitere rund 13.500 für den Transport des Organs, wenn dieser mit dem Flugzeug erfolgen muss. Zum Vergleich: Eine Bypass-Operation am Herzen kostet etwa 19.000 Euro.

Außerdem wird für jedes zu Transplantationszwecken entnommene Organ eine Organisationspauschale in Höhe von gut 15.600 Euro fällig, welche ausschließlich der Finanzierung der DSO und ihrer Zweigstellen in den Ländern dient. Doch damit erschöpfen sich die Verwaltungskosten keineswegs. Nochmals knapp 12.400 Euro gehen an das Entnahmehospital als Entschädigung für die Bereitstellung eines Transplantationsbeauftragten.

Des Weiteren wäre da noch die Pauschale für den Betrieb der Geschäftsstelle



Kräftig die Werbetrommel gerührt: Reklame für Organspende

Foto: imago/Guido Schiefer

#### GESUNDHEITSWESEN

## Das Riesengeschäft mit den Organspenden

Zahlreiche Stellen verdienen an der Transplantation – wobei die enorme Steigerung der Kosten Fragen aufwirft. Zahlen müssen es am Ende die Bürger über ihre Beiträge für die Krankenkassen

Transplantationsmedizin durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen sowie die BÄK und die DKG, welche 423 Euro pro Spenderorgan beträgt und der Finanzierung der laufenden Aktivitäten der unabhängigen Überwachungs- und Prüfungskommission im Bereich Transplantationsmedizin und der gemeinsam betriebenen Vertrauensstelle dient. Ebenso erhält die DSO noch rund 350 Euro pro Organ für die Führung ihres Transplantationsregisters und weitere fast 300 Euro je Organ zur Unterhaltung eines neurochirurgischen und neurologischen konsiliarärztlichen Rufbereitschaftsdienstes, der die Entnahmekliniken bei der Feststellung des Hirntodes unterstützen soll.

Alles in allem wird die Bereitstellung von Spenderorganen die Krankenkassen in diesem Jahr also mehr als 154 Millionen Euro kosten – das sind rund 50.800 Euro pro entnommenem Organ. 2023 lagen diese Summen noch bei 119 Millionen be-

ziehungsweise 43.000 Euro. Dabei dient das Geld zu rund zwei Dritteln der Abdeckung von angeblich nötigen Verwaltungskosten.

Sollten 2024 mehr als die im Vorfeld veranschlagten 3040 Organe für Transplantationen bereitgestellt werden, können die Beteiligten die zusätzlichen Kosten in Rechnung stellen, bekommen dann aber nur 50 Prozent davon erstattet. Umgekehrt erhalten die DSO und die Kliniken einen Ausgleich in Höhe der Hälfte der fehlenden Erlöse, wenn weniger als 3040 Organe entnommen werden.

#### Seit 2010 mehr als verdoppelt

Zu den bislang aufgeführten 154 Millionen kommen die Kosten für das Wiedereinpflanzen. Dabei berechnen die Krankenhäuser Fallpauschalen, welche – je nach Art der Operation – unterschiedlich hoch ausfallen. Die Pauschalen sollen die Personal- und Sachkosten sowie die Aufwendungen für die medizinische

und nichtmedizinische Infrastruktur abdecken. Im Fall einer Lebertransplantation samt nachfolgendem Klinikaufenthalt zur Nachsorge wären dies 94.000 Euro. Im Jahr 2010 schlug ein solcher Eingriff noch mit knapp 38.600 Euro zu Buche. Das wirft die Frage auf, inwieweit derartig starke Kostensteigerungen zulasten der Versicherten eigentlich gerechtfertigt sind. Auf jeden Fall erhalten die beteiligten Ärzte umsatzbezogene Prämien, wenn sie viele Transplantationen durchführen.

Nun ist es aber keineswegs so, dass die Pauschale für eine Organbereitstellung in Höhe von 50.800 Euro pro Organ und die Vergütung für die Transplantation, welche bei einer Leberverpflanzung beispielsweise rund 94.000 Euro beträgt, alle Kosten abdeckt. Denn neben diesen 144.800 Euro sind weitere finanzielle Aufwendungen nötig. Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für die Medikamente, die der Organempfänger einnehmen

muss, um die Abwehrreaktionen seines Immunsystems zu unterdrücken, da ansonsten eine Abstoßung des neuen Organs droht. Die jährlichen Beträge liegen hier im Bereich zwischen 20.000 und 30.000 Euro pro Patient. Daher erwirtschaften Pharmaunternehmen mit der Herstellung von Immunsuppressiva für die prophylaktische Anwendung nach Transplantationen Jahr für Jahr Milliardengewinne.

Aus all dem ergibt sich, dass Organtransplantationen für manche Arzneimittelhersteller sowie die beteiligten Kliniken und Ärzte eine lukrative Einnahmequelle darstellen. Dazu kommt die Schaffung gut dotierter Planstellen im Umfeld der DSO. Dagegen wenden die Krankenkassen und damit letztlich deren Beitragszahler erhebliche Summen für die Verpflanzung von Organen auf, welche ununterbrochen steigen, während parallel dazu die Werbetrommel für noch deutlich mehr Organspenden gerührt wird.

#### SOZIALES

## Experten warnen vor der „Betreuungs-Mafia“

Hilflose, meist ältere Menschen werden allzu oft Opfer zwielichtiger Absahner – Gesetzgeber hat 2023 eingegriffen

In Deutschland gibt es immer mehr Menschen, welche aufgrund körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht mehr eigenständig handeln beziehungsweise entscheiden können und deshalb einen gerichtlich bestellten Betreuer benötigen. Die Zahl der Betreuten liegt mittlerweile bei rund 1,3 Millionen – das sind dreimal so viele wie zu Beginn der 1990er Jahre.

Dieser Zuwachs resultiert zum einen daraus, dass die Menschen immer älter werden. Zum anderen könnte aber auch das 1992 eingeführte Betreuungsrecht zu einer deutlichen Zunahme der Fälle geführt haben. Denn die Möglichkeit, an unter Betreuung stehenden Personen zu

verdienen, rief etliche schwarze Schafe auf den Plan. Deshalb sprechen Betroffene wie Patientenschutzler von einer „Betreuungs-Mafia“.

So wird durch wissentlich falsche Angaben über den Gesundheitszustand dafür gesorgt, dass Alte und Kranke unnötig oder zu früh unter Betreuung gestellt werden. Gleichzeitig übernehmen manche Betreuer aus Geldgier viel zu viele Klienten, deren Angelegenheiten sie dann aus Zeitmangel vernachlässigen. In einem Fall aus Trier, der vor Gericht landete, waren es genau 98 Personen, die dem Betreuer 188.000 Euro im Jahr bescherten. Andere bereichern sich auch ganz direkt am Ver-

mögen der ihnen anvertrauten Menschen. Teilweise geht dies so weit, dass Häuser oder Wohnungen verkauft und die Betreuten dann gegen ihren Willen in Heime eingewiesen werden. Dabei kassieren die Betreuer unter Umständen sogar noch Prämien für die Unterbringung ihrer Klienten in bestimmten Einrichtungen.

Bis vor Kurzem waren die Möglichkeiten zur Gegenwehr recht beschränkt. Hierzu schrieb der Münchener Fachanwalt Volker Thieler: „Es ist sehr schwierig, das anzufechten. Die Macht ist unglaublich. Ein Betreuer kann sämtliche Entscheidungen treffen. Er kann entscheiden, dass der Betreute nicht mehr telefo-

nieren kann, keine Post mehr entgegennehmen darf, nicht mehr aus dem Haus gehen darf ... Die sogenannte Betreuung ist in Wahrheit ein enormer Eingriff in die Menschenrechte. Der Betreute verliert eigentlich sämtliche Rechte.“

Um solchen Missständen abzuwehren, wurde das Betreuungsrecht im vorigen Jahr reformiert, damit der Wille der betreuten Personen künftig stärkere Berücksichtigung finden kann. Der beste Weg, gar nicht erst in die Mühlen des Betreuungssystems zu geraten und einen Betreuer vom Gericht zugeteilt zu bekommen, ist allerdings die Ausstellung einer Vorsorgevollmacht. Denn dann

kann eine vom Betroffenen selbst benannte Person für diesen entscheiden, was die Betreuung oftmals überflüssig macht.

Andererseits sind aber auch Fälle bekannt, in denen sogar nahe Angehörige nicht als Vorsorgebevollmächtigte anerkannt wurden, weil sie angeblich schon zu alt oder krank waren. Eine unruhliche Rolle spielten dabei Gutachter, die den Betroffenen allerlei Gebrechen attestierten. Wobei derselbe „Experte“ zuvor vielleicht auch schon der Person, die unter Betreuung gestellt werden sollte, bescheinigt hatte, ihre Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln zu können. W.K.



OSTPREUSSENTREFFEN

# Scharfe Kritik an der Bundesregierung

Redner bei dem Treffen in Wolfsburg nahmen vor allem Claudia Roth ins Visier – Sorge wegen Krieg

VON HANS HECKEL

Der CDU-Politiker Philipp Amthor hat auf dem diesjährigen Ostpreußentreffen scharfe Kritik an Bundeskulturstaatsministerin Claudia Roth geübt. In den Fokus nahm er hierbei besonders die Umbenennung des „Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ in „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“. Statt die Geschichte des eigenen Volkes an den Rand zu drücken, brauche das Land mehr Bildung über deutsche Nationalgeschichte als noch mehr „Wokes“ und „Buntes“.

Zu dem Treffen, das alle zwei Jahre stattfindet, waren am 1. Juni wieder mehr als 1000 Besucher nach Wolfsburg gekommen. Der Sprecher (Vorsitzende) der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, unterstützte Amthors Kritik am verfehlten Umgang offizieller bundesdeutscher Stellen mit der Geschichte der ostdeutschen Vertriebenen und Flüchtlinge. Mit dem „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin habe man ursprünglich ein sichtbares Zeichen für Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten setzen wollen. Doch „dieses Ziel ist verfehlt worden“, so Grigat. Nur ein Viertel der Ausstellung widme sich dem Thema Vertreibung. Die historische Einordnung der alten deutschen Ostprovinzen sei zudem überaus zweifelhaft ausgefallen. So werde die Behandlung der in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen durch die polnische Regierung als Beispiel für eine „funktionierende Ausländerverwaltung“ dargestellt.

Der Grund für diese „schönfärbische“ Darstellung habe einen Namen: Claudia Roth. Die Politikerin habe einmal unter der Parole „Nie wieder Deutschland!“ demonstriert. „Das setzt sie um“, so Grigat. Das „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“ der Ampelregierung umfasse ganze 53 Seiten, in denen sich nur zehn Zeilen den deutschen Vertriebenen widmeten.

Beunruhigt blickt der LO-Sprecher auf die Lage im heute russischen Teil Ostpreußens, dem Königsberger Gebiet. Die über lange Jahre sehr guten Verbindungen



Voller Saal: Die Ostpreußen bei ihrem Treffen in Wolfsburg

Foto: Jörn Pekrul

der Ostpreußen in die Region seien „von oben“, also von Moskau, „gekappt“ worden. Sorge äußerte Grigat hinsichtlich der russischen Bedrohung und der mangelnden eigenen Verteidigungsfähigkeit. Zu seiner Militärzeit habe die Bundeswehr noch über 36 einsatzfähige Brigaden verfügt, „jetzt ist es noch eine“, so Grigat. Er fürchtet weitere Aggressionen aus Moskau: An den in Wolfsburg anwesenden Botschafter Litauens, Ramūnas Misiulis, gerichtet, warnte Grigat: „Herr Botschafter, der nächste sind Sie!“

Misiulis, der schon zum dritten Mal am Ostpreußentreffen teilnahm, äußerte sich dankbar dafür, dass Deutschland bis 2027 einen permanenten Bundeswehrstandort in seinem Land einrichte, und unterstrich die beträchtlichen militärischen Anstrengungen seines Landes. Er hob zudem die langen, engen Beziehun-

gen zwischen Litauern und Ostpreußen hervor, die viel Verbindendes hervorgebracht hätten, das bis heute wirke.

Als Vertreter der Deutschen Minderheit im heute polnischen Teil Ostpreußens betonte Heinrich Hoch, wie sich die Lage der Deutschen nach dem jüngsten Regierungswechsel in Polen wieder verbessert habe. So werde der von der PiS-Regierung auf nur noch eine Wochenstunde gekürzte Unterricht von Deutsch als Muttersprache wieder auf drei Stunden erhöht: „Die Zeit der Diskriminierung scheint vorbei zu sein“, so Hoch.

Bernd Fabritius, der Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), wehrte sich in Wolfsburg gegen die Vermengung der Vertriebenengeschichte mit aktuellen Migrationsdebatten. Hier gebe es keine Schnittmengen. Gerade in unseren „verampelten Zeiten“ sei die Erinne-

rungsarbeit der Vertriebenenverbände besonders wichtig.

Der traditionell zum Ostpreußentreffen verliehene Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen ging in diesem Jahr an den Schweizer Wissenschaftler Andreas Gautschi für dessen langjährige Forschungsarbeit zur Forst- und Jagdgeschichte Ostpreußens. Der Preis ist mit 5000 Euro aus Mitteln der Bayerischen Staatskanzlei dotiert.

Mehrere Redner nahmen Bezug auf den ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant und dessen 300. Geburtstag in diesem Jahr. Domherr André Schmeier, dem die Seelsorge der deutschen Katholiken in Süd-Ostpreußen obliegt, hob dabei die enge Anbindung von Kants Menschenbild an die Lehren des Christentums hervor.

Ein ausführlicher Bericht über das Ostpreußentreffen folgt in der nächsten Ausgabe.

MELDUNGEN

## Gebiet ohne Windräder

Landsberg – In der Woiwodschaft Ermland-Masuren gibt es aufgrund eines neuen Gesetzes immer mehr Windräder. Gegen ein bereits länger geplantes Bauvorhaben auf dem Natura 2000 Refugialgebiet Ermland bei Landsberg regen sich jetzt Proteste. Für den Bau von 40 Windrädern liegt seit 2010 eine Erlaubnis vor, jetzt will der Investor aber wesentlich höhere Windräder aufstellen. Am geplanten Standort östlich von Landsberg im Raum der Ortschaften Eichhorn, Sand und Neukrug leben einige bedrohte Vogelarten wie der Seeadler, der Schwarzstorch, der Schlangenadler oder die Wiesenralle. Die Zuständigkeit für Änderungen der Erlaubnis schieben sich das Landratsamt Bartenstein und das Woiwodschaftsamt gegenseitig zu. Das durch die Einwohner auf den Fall aufmerksam gemachte regionale Umweltschutzamt in Allenstein ist hingegen der Meinung, dass ein so wertvolles Naturgebiet nicht der Ort einer solchen Investition sein sollte, und hat die Bauaufsicht der Woiwodschaft um eine Analyse der bestehenden Genehmigungen gebeten. U.H.

## Importe aus drei Ländern

Königsberg – Die Hauptlieferanten für Aprikosen, Nektarinen, Pfirsiche, Pflaumen und Kirschen ins Königsberger Gebiet sind die Türkei, Serbien und Chile. Im Mai dieses Jahres kamen doppelt so viele Früchte in der Region an wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Laut Angaben des Föderalen Dienstes für Veterinär- und Pflanzenschutz des Gebiets hat sich der Import von Pfirsichen aus der Türkei mit 54 Tonnen vervierfacht. Auch die Einfuhr von türkischen Nektarinen und Aprikosen hat mit 122 Tonnen zugenommen. 24 Tonnen Kirschen aus Serbien sowie drei Tonnen chilenische und türkische Pflaumen wurden eingeführt. Kirschen werden auch vor Ort angebaut, stehen aber zurzeit nicht zur Verfügung. MRK

ALLENSTEIN

# Ein neues Einkaufszentrum im Südwesten

Zahlreiche Fachmärkte und eine Tankstelle – Gute Erreichbarkeit für Käufer aus der Umgebung der Woiwodschaftshauptstadt

In Allenstein gibt es einige Einkaufszentren, darunter die Ermländische Galerie (Galeria Warmińska), Aura oder Dekada, die zu den größten der Stadt zählen. Die bisherige Einkaufslandschaft dürfte sich jedoch bald erheblich verändern. Grund dafür ist ein Einkaufspark, der derzeit in der Nähe des Flughafens gebaut wird.

Die Bauarbeiten am neuen Einkaufszentrum haben im vergangenen Juli begonnen. Das Fachmarktzentrum, das derzeit in der Nähe der Wohnsiedlung Deuthen und sehr nah am Zivil- und Sportflughafen Deuthen entsteht, wird voraussichtlich zwischen Juli und September fertiggestellt. Es liegt im südwestlichen Teil der Stadt an der Kreuzung der Straßen 16 und 51, einem Verkehrsknotenpunkt, der Allenstein mit Osterode und

von dort aus weiter mit Warschau und Danzig verbindet. Das bedeutet eine schnelle und bequeme Route für Men-



Bauarbeiten sind in vollem Gang: Entstehendes Einkaufszentrum in Deuthen

schen von außerhalb Allensteins, die im südlichen Ostpreußen einkaufen wollen. Die Fläche des Einkaufskomplexes be-

trägt beeindruckende 52.000 Quadratmeter, die Verkaufsfläche wird bis zu 15.000 Quadratmeter erreichen.

Im Inneren werden 20 Geschäfte mit einer Fläche von 100 bis 1950 Quadratmeter untergebracht sein. Neben den Läden wird sich auch eine Tankstelle auf dem Gelände befinden. Für die Investition ist die in Danzig ansässige Firma RWS Investment Group zuständig.

Der Investor rühmt sich, dass die Investition bereits in der Planungsphase auf so großes Interesse bei den Bauherren gestoßen sei, dass bereits vor Baubeginn alle zur Verfügung stehenden Flächen vermietet worden seien. Zu den künftigen Mietern gehören bekannte Unternehmen aus der Lebensmittel-, Fernseh- und Haushaltswarenbranche sowie Geschäfte be-

liebter Tier-, Bekleidungs- und Drogeriemarktketten.

In unmittelbarer Nähe entstehen verglaste Gebäude, in denen Autohäuser bekannter Marken untergebracht werden. Wie der Bauträger kürzlich berichtete, schreiten die Arbeiten am Bau der Tankstelle planmäßig voran, der gesamte Gebäudekomplex für die Geschäfte nimmt Gestalt an. Auch der Bau des Fußgänger- und Radweges entlang der Sielskastraße kommt schrittweise voran.

Gleichzeitig werden Arbeiten an der Überdachung, den Außenanlagen oder den befestigten Flächen durchgeführt. Ein Kreisverkehr wird gebaut, der sowohl den Kunden als auch den Autofahrern, die in Richtung Osterode fahren, zugute kommen wird. Dawid Kazanski



## Wir gratulieren...



## ZUM 101. GEBURTSTAG

Kraska, Hanna, geb. Heise, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juni

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Rebmann, Edeltraut, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni  
Schmidt, Anna Elisabeth, geb. Tresp, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni  
Vosgerau, Hildegard, geb. Meya, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Czabania, Lieselotte, geb. Hasenpusch, aus Morgenstraße 34, Lyck, am 10. Juni  
Hallwaß, Martha, geb. Rattay, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni  
Ilbertz, Herta, geb. Reichert, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni  
Thiede, Erika, geb. Hoffmann, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Trautmann, Ruth, geb. Will, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Both, Gertrud, geb. Jeromin, aus Ortelsburg, am 8. Juni  
Kossmann, Dietrich, aus Ortelsburg, am 10. Juni

Lapschies, Werner, aus Ebenrode, am 9. Juni  
Markert, Margarete, geb. Kurtborski, aus Neidenburg, am 7. Juni  
Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni  
Pilath, Herta, geb. Domanski, aus Ortelsburg, am 12. Juni

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Borawski, Gerhard, aus Groß Laschen, Kreis Lyck, am 9. Juni  
Jucknat, Günther, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Juni  
Könemann, Ilse, geb. Perkuhn, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni  
Kruse, Erika, geb. Kuhn, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juni  
Mühlbach, Inge, geb. Solkowski, aus Wilhelmsthal, Kreis Mohrunge, am 6. Juni  
Rohde, Reinhold, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Juni  
Sadowski, Helmut, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. Juni  
Schumann, Edeltraut, geb. Grieser, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni  
Selack, Heinz, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 7. Juni  
Spott, Frida, geb. Luckau, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 11. Juni  
Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Dunkel, Veronika, geb. Beck, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. Juni  
Gordon, Gisela, geb. Knisch, aus Lötzen, am 7. Juni  
Handke, Ingrid, geb. Gröbert, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Juni  
Hansen, Jens, aus Cranz, Kreis Fischhausen und Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Juni  
Harden, Edeltraut, geb. Soppa, aus Kielen, Kreis Lyck, am 9. Juni  
Herold, Rosemarie, aus Cojehnen, Kreis Fischhausen, am 10. Juni  
Kargoll, Erika, geb. Rausch, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni

Kolwe, Horst-Günter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. Juni  
Lange, Leo, aus Paulken, Kreis Mohrunge, am 10. Juni  
Liebetruth, Erika, geb. Breitmayer, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juni  
Nowinski, Käthe, geb. Meyer, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 13. Juni  
Palme, Edith, geb. Kasper, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. Juni  
Seemann, Edith, geb. Jacksteit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juni  
Wetterling, Lotte, geb. Chlebusch, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. Juni

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Berg, Fritjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. Juni  
Feyerabend, Ilse, geb. Schäfer, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 7. Juni  
Höfert, Gertrud, geb. Mallwitz, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni  
Jesseit, Marie, geb. Sulimma, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 12. Juni  
Kulik, Otto, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, am 12. Juni  
Michalzik, Irmhild, geb. Haut, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 12. Juni  
Scharfe, Hildegard, geb. Czieslick, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 7. Juni  
Schubien, Elfriede, geb. Schweda, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Juni

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Bonawitz, Edith, geb. Laup, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 13. Juni  
Ebi, Gertrud, geb. Zachrau, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni  
Matkowski, Waltraud, geb. Abramowski, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. Juni  
Milbrandt, Robert, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 7. Juni  
Salecker, Klaus, aus Wehlau, am 11. Juni

Schaffrinski, Albert, aus Parlösen, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni  
Schwiderek, Herbert, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 8. Juni  
Seefeld, Prof. Dr., Gert H.A., aus Neidenburg, am 10. Juni  
Sentek, Werner, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 12. Juni  
Weissert, Gertraud, geb. Bomdzio, aus Lötzen, am 13. Juni  
Ziltener-Frischknecht, Harold, aus Lötzen, am 10. Juni

## ZUM 91. GEBURTSTAG

Abel, Gisela, geb. Hensel, aus Soldauer Weg 11, Lyck, am 9. Juni  
Czylwik, Manfred, aus Markau, Kreis Treuburg, am 8. Juni  
Funk, Josef, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni  
Gorlo, Renate, geb. Osterloh, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 8. Juni  
Gülzow, Elfriede, geb. Paßberg, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 10. Juni  
Jotzo, Johann, aus Funken, Kreis Lötzen, am 8. Juni  
Kergel, Else, geb. Schiweck, aus Sausgirken, Kreis Rastenburg, am 11. Juni  
Knorbin, Horst, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 12. Juni  
Krugly, Gertrud, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juni  
Kyewski, Ewald, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni  
Lindner, Hildegard, aus Neumalcken, Kreis Lyck, am 8. Juni  
Paulat, Herbert, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 11. Juni  
Putzicha, Lothar, aus Ortelsburg, am 11. Juni  
Ritter, Käte, geb. Duschnit, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. Juni  
Rosenkranz, Karin, geb. Pelludat, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 12. Juni  
Scharnowski, Herta, geb. Mallek, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 7. Juni  
Teweleit, Manfred, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 9. Juni  
Will, Hildegard, geb. Brack, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 11. Juni

## ZUM 90. GEBURTSTAG

Christochowitz, Hans-Dieter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Juni  
Derscheid, Edelgunde, geb. Makowka, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni  
Evers, Grete, geb. Albrecht, aus Reichertsvalde, Kreis Mohrunge, am 10. Juni  
Haar, Elisabeth, geb. Zielke, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 13. Juni  
Hohertz, Klaus, aus Ebenrode, am 12. Juni



Kaminski, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. Juni  
Kattelat, Elli, geb. Rieben, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 7. Juni  
Kornmesser, Ilse, geb. Schwellenkamp, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 12. Juni  
Lumma, Kurt, aus Neidenburg, am 9. Juni  
Niederhaus, Helmut, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Juni  
Rosenbusch, Erna, geb. Kupzyk, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 9. Juni  
Sawitzki, Christel, geb. Marzey, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni  
Schmidt, Elfriede, geb. Pielke, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 10. Juni  
Van Lyrop, Inge, geb. Beba, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 13. Juni  
Werners, Renate, geb. Borbe, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juni

Zimmermann, Renate, geb. Eckert, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Juni

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomeit, Renate, geb. Hermann, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Juni  
Grabowski, Irmgard, geb. Freitag, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 7. Juni  
Nierhoff, Ida Heidi, geb. Woyzicjowski, Kreis Lyck, am 9. Juni  
Nowotsch, Horst, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 7. Juni  
Klein, Ewald, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 10. Juni  
Kreienzen, Christel, geb. Lindemann, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juni  
Lipka, Martin, aus Ortelsburg, am 11. Juni  
Luszbek, Hilmar, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 12. Juni  
Perrey, Erhard, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, am 13. Juni  
Schwartz, Inge, geb. Bilitza, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 10. Juni  
Schwöbel, Anneliese, geb. Kopp, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 11. Juni  
Wendland, Krystyna, aus Lyck, am 7. Juni  
Wiethaus, Else, geb. Jorzik, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 12. Juni

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Janke, Gisela, geb. Bersick, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. Juni  
Zietlow, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Juni

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Künnecke, Rosemarie, geb. Gemballa, aus Orlowen, Kreis Lötzen, am 10. Juni  
Grever, Monika, geb. Herrmann, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 13. Juni  
Kargoll, Klaus, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 11. Juni

## Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: groddeck@paz.de

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

## Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-09-R



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Altmühlfranken** – Sonnabend, 15. Juni, 15.30 Uhr, Karlshalle am Karlsplatz, Ansbach: Vortragsveranstaltung aus Anlass seines 300. Geburtstages „Immanuel Kant in Königsberg – Der Weltgelehrte in seiner Welt“ mit Jörn Pekrul, Berlin.



**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

**70 Jahre Heimatgruppe der Insterburger, Darmstadt am 11. Mai Darmstadt/Dieburg** – Der Einladung zur Gedenkfeier waren 33 Heimatfreunde gefolgt.

Die begrüßenden Worte sprach Jürgen Pantel, mit besonderem Gruß an Gerlinde Groß Vorsitzende der LOW Kreisgruppe Frankfurt, sowie an Gerhard Schröder, Vorsitzender der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg.

Besonders begrüßt wurde Pfarrer Martin Diehl aus Egelsbach. Pfarrer Diehl erinnerte mit seinen Worten an die Zeit der

Flucht und Vertreibung der Menschen aus dem ostpreußischen Land. In Gedanken an Ostpreußen stimmte Pfarrer Martin Diehl das Lied „Ännchen von Tharau“ an, und wir sangen gemeinsam vier Strophen.

Gruß- und Dankesworte überbrachte die BdV Vorsitzende der Gruppe Darmstadt/Dieburg Frau Gisela Greiner zum 70-jährigen Bestehen der Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt und einem Dankeschön mit Blumen an Renate Buslaps und Gisela Keller. Die LOW-Gruppe Darmstadt/Dieburg erfreute die Gäste mit Königsberger Marzipanherzen.

Die Festansprache „70 Jahre Heimatgruppe Darmstadt der Insterburger“ hielt Reiner Buslaps.

Auszug aus der Festansprache: Nach 70 Jahren zu feiern ist auch ein Anlass zurückzublicken, und das macht deutlich, dass wir vor fast 80 Jahren unsere Heimat verlassen mussten.

Bei der Gründungsversammlung 1954 wurde zur Orientierungshilfe in der neuen Heimat durch Herrn Herbert Stoepel die Heimatgruppe Darmstadt der Insterburger gegründet. Aus der Gründungszeit ist Jürgen Pantel der einzige Zeitzeuge, der die Aktivitäten der Heimatgruppe Darmstadt bis heute unterstützt. Gute Verbindungen in die alte Heimat Insterburg bestehen heute noch, so trat der Kammerchor Harmonia aus Insterburg [Tschernjachowsk] in der Vergangenheit auf seinen Deutschlandtournéeen drei

Mal in der Ev. Kirche in Egelsbach auf. Erfreulicherweise wurden vor zirka 35 Jahren die Grenzen nach Ostpreußen geöffnet, und die Heimatgruppe Darmstadt konnte insgesamt 35 Reisen (Flug oder Bus) nach Insterburg durchführen. Leider ist dies heute nicht mehr möglich. Die heutige Gedenkfeier zeigt uns in besonders anschaulicher Weise durch die Anwesenheit der Mitglieder der LOW Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg die heimatliche Verbundenheit und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Heimatvertriebenen mit den einzelnen örtlichen Heimatgruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Mein Dank gilt all denen, die uns bei der Vorbereitung der Veranstaltung unterstützt haben. Ein ganz besonderer Dank geht an meine Frau Renate.

Rainer Buslaps bedankte sich mit einem Buch-Geschenk bei Pfarrer Martin Diehl für die nachdenklichen Worte an die feiernde Runde.

Im Anschluss sangen wir gemeinsam das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“.

Dankes- und Erinnerungsworte sprachen Gerlinde Groß von der LOW Kreisgruppe Frankfurt, Gerhard Schröder von der LOW Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg und Gisela Greiner von der BdV-Gruppe Darmstadt.

Ganz besonders zu erwähnen ist, dass uns auch Grußworte per E-Mail aus Insterburg [Tschernjachowsk] erreichten, von dem Museum im Alten Schloß und von der ev. luth. Kirchengemeinde.

Zum gemeinsamen Königsberger Klopse-Essen waren alle Gäste von der Heimatgruppe Darmstadt der Insterburger eingeladen. Man ließ es sich schmecken. Auch das „Schlubberchen“ selbstgemachten Bärenfangs von Renate Buslaps wurde freudig begrüßt.

Plachandern und Schabbern gehörte selbstverständlich zur Feier dazu.

ANZEIGE

## Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

**Schreibunterlage** mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss  
Format: 65 x 45 cm  
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift

29,95 €  
inkl. Versand

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.  
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg  
Tel. 040/41 40 08 0  
selke@ostpreussen.de

Der Vortrag „Erinnerungen an Insterburg“ von Reiner Buslaps, wurde von allen sehr aufmerksam verfolgt:

„Mein Name ist Reiner Buslaps. 1940 wurde ich in Insterburg, dem heutigen Tschernjachowsk geboren. Zur damaligen Zeit betrug die Einwohnerzahl der Stadt Insterburg 48.711 Personen, des Landkreises Insterburg 43.028 Personen.

Insterburg hat eine sehr interessante Geschichte und Vorgeschichte.

Hier einige der wichtigsten Daten:

1336 Der deutsche Ritterorden erbaut das „Haus Insterburg“

1583 Verleihung der Stadtrechte durch Markgraf Georg Friedrich von Ansbach.

1610-1612 Bau der Lutherkirche, Wahrzeichen der Stadt Insterburg.

1975 wurden die Ruinenreste der Lutherkirche abgetragen.

Im 16. Jahrhundert blühte die Stadt dank des Marktrechtes und Getreidehandels auf. Die günstige Lage am Wasser und an wichtigen Handelsstraßen trug dazu bei, dass Insterburg zu einem Wirtschafts- und Kulturzentrum des ganzen Gebietes wurde.

1700-1709 das durch die Schwedenkriege und Missernte Pestzeiten und Landflucht.

1711-1732 unter König Friedrich Wilhelm dem I. siedelten Salzburger, Nassauer, Schweizer und andere Einwanderer in Ostpreußen an.

1758-1762 Besetzung der Stadt durch russische Truppen während des Siebenjährigen Krieges.

Insterburg erhält als eine der ersten preußischen Städte eine Selbstverwaltung.

Erste Stadtverordnetenversammlung war am 9. Januar 1809.

1815 Insterburg wurde Verwaltungssitz des gleichnamigen Landkreises im Regierungsbezirk Gumbinnen.

Nach 1850 entwickelt sich die Stadt schnell, es gab hier eine Textil- und Maschinenfabrik, eine Eisengießerei, Mühlen, Brauereien, mehrere Schulen und Behörden, einen Flugplatz und eine große Garnison.

Dank der Eisenbahn ab 1860 wurde Insterburg zu einem wichtigen wirtschaftlichen und militärischen Verkehrsknotenpunkt, wo sich die zwei wichtigsten ostpreußischen Eisenbahnlinien kreuzten: Königsberg-Eydtkunnen und Allenstein-Tilsit.

Fortsetzung auf Seite 16

**Vertretung**

Bis einschließlich Ausgabe 25 (Erstverkaufstag 21. Juni) wird Frau Rinser-Schrot durch Frau Renker vertreten. Bitte senden Sie in dieser Zeit Ihre Texte an: [renker@paz.de](mailto:renker@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

**Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024**

- 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg
- 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
- 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
- 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
- 2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

- 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)
- Auskünfte:** Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Hinweis**

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen**

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Ostpreußisches Landesmuseum**

**Künstlerkolonien im Vergleich: Ahrenshoop – Nidden – Schwaan: Studienreise nach Ahrenshoop, Schwaan und Ribnitz-Damgarten** vom 8. bis 10. Oktober: Wissenschaftliche Begleitung: Dr. Jörn Barfod, Autor des Buches „Nidden: Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“: Kostenbeitrag: 410 Euro im Doppelzimmer (Einzelzimmer-Zuschlag 110 Euro)

Als Künstler am Ende des 19. Jahrhunderts das Land für sich entdecken, stießen sie an der Ostseeküste auf das Fischerdorf Ahrenshoop. Zu den ersten, die sich ab 1892 dort ansiedelten, gehörte Paul Müller-Kaempff (1861-1941), der als Begründer der Malerkolonie gilt. Im Jahr 1894 errichtete er die erste Malerschule, das heutige Künstlerhaus Lukas. Aus der Malerkolonie entwickelte sich ein Künstlerort mit besonderer Ausstrahlung, der bis heute Künstler und Künstlerfreunde in seinen Bann zieht. Die Künstlerkolonie Nidden entwickelte sich wiederum ab etwa 1880 im Fischerdorf Nidden um das Gasthaus von Hermann Blode. Hier traf sich im Sommer ein Kreis von Künstlern mit dem Maler Ernst Bischoff-Culm (1870-1917) und weiteren. Hieraus er-

wuchs der später weithin bekannte Ruf als Künstlerort auf der Kurischen Nehrung.

Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einer Reise nach Ahrenshoop und Schwaan ein. Erfahren Sie mehr über die Geschichte der Künstlerkolonien in Deutschland. Welche Faktoren trugen zu ihrer Entstehung bei? Wie hat die Landschaft die Künstler in ihrem Schaffen beeinflusst und wie prägten die Künstler ihrerseits das Erscheinungsbild der Orte? Welche Kunststile und -techniken waren besonders populär? Während der Exkursion haben Sie die einzigartige Möglichkeit, Parallelen und Unterschiede der Künstlerkolonie Ahrenshoop zur ostpreußischen Künstlerkolo-

nie Nidden festzustellen, da das Kunstmuseum Ahrenshoop vom 21. September bis zum 30. März 2025 die Ausstellung „Künstlerkolonie Nidden“ zeigt. Auf dem Programm steht auch eine Besichtigung des Kunstmuseums in Schwaan, das ausdrucksstarke Landschaften der Künstlerkolonie Schwaan im 19. und 20. Jahrhundert zeigt. Diese Künstlerkolonie wird oft als Worpswede von Mecklenburg bezeichnet. Die Besichtigung des Bernsteinmuseums in Ribnitz-Damgarten rundet das Programm ab. Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum; Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg; Telefon (04131) 7599515; E-Mail: [a.kern@ol-ig.de](mailto:a.kern@ol-ig.de)



FOTO: OSTPREÜßISCHES LANDESMUSEUM



## Heimatkreisgemeinschaften

## Fortsetzung von Seite 15

Insterburg war die bekannteste Reit- und Turnierstadt in Ostpreußen und bekannt für seine weltberühmte Trakehner Pferdezucht.

1902 wird Insterburg eigenständiger Stadtkreis und scheidet aus dem Landkreis aus.

Vom 24. August -11. September 1914 erfolgt die Besetzung der Stadt durch die russische Armee während des 1. Weltkrieges. Nach der Vertreibung der russischen Armee wird Insterburg zum Hauptquartier von General Feldmarschall von Hindenburg.

Im Jahre 1936 gehörte Insterburg zu den ersten deutschen Städten in Deutschland, die zwischen 1930 und 1937 für den öffentlichen Personenverkehr ein O-Bus-Netz erhielt. Bis 1940 gab es hier bereits sechs O-Buslinien.

Während im ersten Weltkrieg die Stadt weitgehend verschont blieb, erlitt sie im Zweiten Weltkrieg durch Luftangriffe der russischen Armee (27. Juli 1944) und Bodenkämpfe schwere Schäden. Am 20. und 22. Januar 1945 erfolgte der Räumungsbefehl der Stadt Insterburg und am 21. und 22. Januar 1945 die Besetzung der Stadt durch die rote Armee der Sowjetunion. Trotz der kriegsbedingten Zerstörung sind heute noch über 60 Prozent der historische Bausubstanz des ehemaligen Insterburgs erhalten.

Nach der politischen Wende 1990 war es den vertriebenen Insterburgern wieder möglich, Ostpreußen und den Landkreis Insterburg zu besuchen. In den ersten Jahren nach der Wende gab es mehrere humanitäre Transporte, um die Lebenssituation der heutigen Bewohner der Stadt Tschernjachowsk zu verbessern. Der in Georgenburg (Majewka) aufgewachsene Pfarrer Claus Burmeister brachte mehrere gebrauchte Omnibusse für den öffentlichen Personenverkehr nach Tschernjachowsk.

Weitere Aktivitäten, Initiativen und Projekte der Heimatgruppe Darmstadt Insterburg/Tschernjachowsk.

– Restaurierung des Stadtwappens im Wasserturm der Belostaße (Sportwnaka)

– Aktivitäten im Pädagogischen Lehrercollege, z.B. durch Besuch von Deutschseminaren.

– Feierliche Enthüllung der Ehrentafel deutsch/russisch für die ostpreußische Dichterin Frieda Jung, der Ehrenbürgerin der Stadt Insterburg, an ihrem Wohnhaus in der Friedrichstraße (Teatralnaja).

– Freundschaftliche Beziehungen zum Chor Harmonia mit Auftritten u.a. in Deutschland, und bei Besuchen der Reisegruppen in Tschernjachowsk.

– Teilnahme an deutschen Kulturtagen der Stadt Tschernjachowsk.

– Hilfe bei der Erstellung des Stadtplanes deutsch/russisch der Stadt Insterburg/Tschernjachowsk des Blochplan-Verlages in Berlin

– Materialfindung und Bereitstellung zur wissenschaftlich-praktischen Konferenz.

– „Ausbildung von Lehren von der Tradition zur Moderne“ in Insterburg/Tschernjachowsk, gewidmet dem 200. Geburtstag des Lehreseminars in Karalene/Luisenberg (Zelenyi Bor).

– Kulturhistorische Zusammenarbeit mit der Bibliothek und dem Museum für historische-heimatkundliche Information der Stadt Tschernjachowsk im Alten Schloss.

– Unterstützung der kulturellen Veranstaltung im Alten Schloss.

Wir hoffen, im Sinne der Völkerverständigung die Kontakte zu vielen Bürgern der Stadt Tschernjachowsk, zur Evangelisch-lutherischen Kirche, zum Chor Harmonia und zur Bibliothek unserer Heimatstadt, trotz der politischen Turbulenzen, weiterhin aufrecht erhalten zu können.

Anlässlich des Besuchs von Präsident Kennedy am 26. Juni 1963 in Berlin, hat er am Ende seiner Rede gesagt: „Ich bin ein Berliner“.

Ich, Reiner Buslaps, sage am Ende meiner Rede 'Ich bin ein Insterburger'."

Am Ende des Vortrages erhielt jeder Teilnehmer und Heimatfreund eine von Renate und Reiner Buslaps erstellte Mappe mit den wichtigsten historischen Daten und weiteren Informationen über Insterburg.

Die Zeit war mittlerweile sehr weit fortgeschritten und bei Kaffee und Kuchen (der Kuchen wie immer von den Gästen gespendet) war lebhaftes Plachandern und Schabbern überall in der Tischrunde zu hören.

So ging eine schöne Veranstaltung zu Ende und man freute sich schon auf das nächste Wiedersehen nach der Sommerpause am 14. September.

Christian Keller

## Film „Sudentenland“

**Wetzlar** – Dienstag, 11. Juni, Gaststätte „Zum Matchball“, Tennisplatz, Bodenfeld: Kuno Kutz zeigt den Film „Sudentenland wurde es genannt“.

## Tag der Heimat

**Wiesbaden** – Sonnabend, 8. Juni, 11 Uhr, Gedenkstein der Landsmannschaften im BdV, Wi-Kohlheck, Kranichstraße: Leitwort: „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“



## Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

**Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Untertüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

## Einladung

Zu einem großen Ostpreußischen Markttag, in Winsen (Luhe) beim Rathaus. Rathausstraße, 21423 Winsen (Luhe), am 8. Juni von 9 Uhr bis 13.30 Uhr.

Angeboten wird: Ostpreußisches Kulturgut wie; Bernstein (Schmuck & Bilder), Literatur zum Spendenpreis & kostenlos, Ostpreußische Maler (Bilder klein & groß), Ostpreußische Skulpturen (vom Elch bis Ännchen von Tharau), Ostpreußens Medizin (Bärenfang, Meschkinnes & Trakehner Blut,

Fahnen, Karten, Singebücher, Erntekrone mit Ständer & diverses mehr.

Unser zusätzliches Veranstaltungsprogramm:

Von 10 Uhr bis 11 Uhr spielt die Feuerwehr Blaskapelle Roydorf.

Ansprache zum Markttag durch den 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft der Ost und Westpreußen Winsen (Luhe), „Ostpreußen was ist das?“

Von 11.30 Uhr bis 12. 30 Uhr wird ein freies Singen (für Jedermann) mit einem Akkordeonspieler, zum Mitsingen angeboten.

Hans-Dieter Kossack

1. Vorsitzender



## Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

## Monatsveranstaltung:

**Bonn** – Dienstag, 11. Juni, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Bonn-Beuel, Elsa-Brändström-Straße 74, Monatsveranstaltung mit Waldemar Moscicki. Danzigs weltliche Kantaten von Johann Balthasar Christian Freislich als ein einmaliges Zeugnis des Selbstverständnisses der Danziger Bürgerschaft im 18. Jahrhundert und ihrer Auffassung der Geschichte. Ein musikalischer Abend mit historischen Kommentaren.

Dieses Thema ist eine Wiederholung der Monatsveranstaltung vom Februar 2023, an der nur drei Personen teilnahmen.



## Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

## Bericht zum Themenabend: „Flucht, Vertreibung und Beheimatung im Spiegel der Zeit“

Am Mittwoch, den 15. Mai fuhren wir, Liane Labuhn, Ingrid Labuhn und Alexander Schulz auf Einladung nach Berlin, in die ständige Landesvertretung Sachsen. Die Veranstaltung begann um 19 Uhr, mit der Begrüßung des Staatssekretärs des Hauses Herr Conrad Clemens und Herrn Frank Hirche, Vorstandsvorsitzender von Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen.

Im Anschluss hielt Frau Dr. Heike Amos einen Impulsvortrag: „Vertriebene in der DDR“ Sie sprach von 2,8 Millionen Auswanderern, davon waren 2/3 Vertriebene und 700.000 Menschen blieben in Sachsen. In der DDR wurden sie als Umsiedler bezeichnet.

ANZEIGE

## Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln



Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung



**Historisches Bild** Bernsteinwäscherei Palmnicken: Die aus dem Holzrohr abfließende blaue Erde wird von Kindern nach Bernsteinstückchen durchsucht. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Da in der DDR kein Gesetz die Versammlung von Umsiedlern verbot, konnten sich die Vertriebenen unter dem Deckmantel von Familienfeiern, Sporttreffen und anderen Vorwänden treffen und versammeln. Die größten Versammlungen gab es in der Nähe von Leipzig, von bis zu 2000 Vertriebenen. Später wurden diese Versammlungen im Leipziger Zoo durchgeführt. Am Ende der Ausführungen von Frau Heike Amos beklagte sie, dass bis heute noch kein Lehrstuhl gegen Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik zu finden ist.

Bevor Dr. Jens Baumann das Projekt: „Transferraum Heimat“ in Knappenrode vorstellte, lief ein Film über fünf geflüchtete Frauen aus dem Irak. Sie erzählten, wie froh sie seien, hier in Deutschland angekommen zu sein, die Sprache zu erlernen, eine Berufsausbildung abzuschließen und sich in Deutschland einbringen zu wollen.

In den Ausführungen von Dr. Jens Baumann gab er bekannt, dass am 8. Juni der „Transferraum Heimat“ von Ministerpräsidenten Michael Kretschmer für die Öffentlichkeit in einer Feierstunde eröffnet wird.

An der Podiumsdiskussion nahmen Frau Dr. Gundula Baven-damm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und Herr Bernhard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in Polen und Herr Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, teil. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Joachim Klose, Leiter des Politischen Bildungsforums Berlin Konrad Adenauer Stiftung.

In dieser Diskussion wurde gesagt, dass man Flucht und Vertreibung nicht miteinander vergleichen solle, da es Unterschiede gäbe, wie den Verlust der Heimat als Ort oder den Verlust des gleichberechtigten Lebensrechtes.

In der Fragerunde an das Auditorium wies Herr Alexander Schulz darauf hin, dass die Geschichtsbücher in den Schulen überarbeitet werden müssen. Es solle weniger Römisches Reich und mehr Neuzeit Geschichte in den Lehrbüchern stehen, so for-

mulierte es in einer Videokonferenz der Kultusminister von Sachsen, Herr Christian Piwarz.

Da dieses Thema ein Bundesweites ist, sollte sich die Kultusministerkonferenz damit beschäftigen. Material über die Flucht und Vertreibung schlummert immer noch bei den Geschichtsvereinen, wie Heimatkreisen, Landesgruppen und Ortsgruppen.

## PAZ wirkt!

## Zusendungen für die Ausgabe 25/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 25/2024 (Erstverkaufstag 21. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 11. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Dittchenbühne

## Stricktreff an der Dittchenbühne

Die Handfärberin Heike vom Wollkenschaf lädt einmal im Monat einen Tag lang Strickfreundinnen und -freunde ins Elms-horner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ ein. Bei dieser Veranstaltung handelt es sich nicht um einen Strickkurs, sondern um eine Möglichkeit, beim Stricken miteinander ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen sowie Tipps zu bekom-

men und Tricks zu erlernen, die dieses Hobby noch interessanter machen. Die Leitung hat Heike Rehfeldt.

Verbleibende Termine in diesem Jahr: 22. Juni, 20. Juli, 17. August, 21. September, 19. Oktober und 23. November – jeweils von 10 bis 16 Uhr. Strick-Utensilien sind mitzubringen.

Anmeldung unter Telefon (04121) 89710 oder E-Mail buero@dittchenbuehne.de



Heimatkreisgemeinschaften



Immanuel Kant Denkmal in Kaliningrad (Königsberg)

mit Programm zum Jahrestreffen am 24.08.-25.08.2024 in Hagen... Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. www.kreis-lyck.de

Neuer Heimatbrief Der neue Hagen-Lycker Heimatbrief ist da und kann ab sofort bezogen werden Foto: Kreisgemeinschaft

Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. Patenschaftsbüro: Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Immanuel Kant - Jubiläumsbriefmarke Jubiläen - erst recht 300-jährige Geburtstage - sind meist auch

besondere Ereignisse für die Philatelie. Aus Anlass des 300-jährigen Geburtstags des Weltphilosophen Immanuel Kant am 22. April können sich die Philatelisten über eine weitere - neben der von der Deutschen Post herausgegebenen - Sondermarke freuen. Die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) bringt ihre Verehrung für einen der größten Söhne ihrer Stadt mit einem eigenen Postwertzeichen zum Ausdruck. Die „Briefmarke Individuell“ hat

einen Wert von 85 Cent und ist selbstklebend. Das verwendete Motiv beruht auf dem Schattenriss „Kant am Schreibtisch“ aus dem Jahre 1926 des Königsberger Künstlers Heinrich Wolff (1875 -1940). Diese Sondermarke können Sie über das Patenschaftsbüro, Frau Valentina Fischer, Telefon (0203) 2832151 zum Selbstkostenpreis (zirka 1,48 Euro/Marke auf Bögen zu je 6, 9 oder 18 Marken zuzüglich Porto) erhalten. Rudolf Junger

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Neuer Heimatbrief

Der Hagen-Lycker Brief 2024 wurde inzwischen versandt. Er ist wohl nach uns zugegangenen Rückmeldungen wieder gut angekommen. Wir haben dazu auch diesmal gute Beiträge, nicht nur aus unserem Kreis erhalten, die unser Redakteur ansprechend umgesetzt hat. So wollen wir es auch künftig halten und bitten um willkommene Zuschriften. Dazu wenden Sie sich bitte an Redakteur Herr Andreas Schenkewitz, Telefon: (03342) 36 41 13, Mail: Ritter-rausslitz@kabelmail.de Unser Hagen-Lycker Brief ist auch über ihn erhältlich. Bärbel Wiesensee Kreisvertreterin

Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgen-dorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen Wesel - Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus: 68. Rastenburger Hauptkreistreffen.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

Forum Baltikum - Dittchenbühne

Infos zum Reparatur-Ser-vice am Elmshorner „Fo-rum Baltikum - Dittchen-bühne“ unter Telefon (04121) 898710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können. Jean Paul

Waltraud Keller

geb. Büttner \* 11. Dezember 1924 † 7. April 2024 in Königsberg in Berlin

In großer Dankbarkeit und Liebe nehmen wir Abschied Sibylle Celinder, geb. Keller und Maximilian Bettina Keller und Dr. Ulrich Woelk und Lina

Der Trauergottesdienst fand am Freitag, den 3. Mai 2024 um 10.30 Uhr in der Ostkrypta im St. Petri Dom zu Bremen, statt. Kondolenzanschrift: Familie Keller, Bieselheider Weg 1, 13465 Berlin

Ostpreußisches Landesmuseum

Noch bis 13. Oktober 2024 Kant 300. Ein Leben in Königsberg. Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung. Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

PAZ-Abo vertrieb@paz.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 'Magisch' section with a 3x3 grid and a 'So ist's richtig' section with a 10x10 grid.

Schüttelrätsel

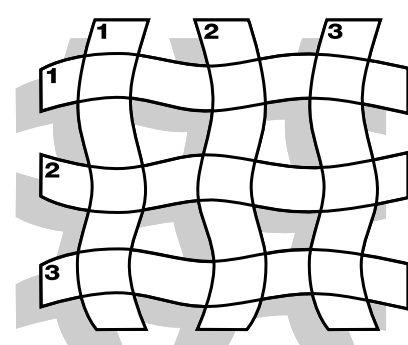
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Grid for Schüttelrätsel with letters in question marks and some filled cells.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für großer Könnner, Künstler.

Grid for Mittelworträtsel with words in the corners and a central word.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Kirchengesangswerk für Chöre
2 Gerüst, Skelett
3 Schwärmer, Fantast



## BERGENTHAL

## Die Geschichte eines großen Besitzes

Der frühere Gutshof in einem Allensteiner Stadtteil beherbergte eine LPG und eine Pelztierzucht – Heute ist der Ort ein Museum

VON UWE HAHNKAMP

Einem etwas versteckt liegenden historischen Gebäude, einem Kleinod der Allensteiner Architektur widmete sich Rafal Bętkowski vom Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein in einem Vortrag. Er beleuchtete vor mehr als 100 Gästen im früheren Trolleybusdepot die Geschichte des „Allensteiner Gutshofs Bergenthal“, der heute das Naturkundliche Museum beherbergt.

Der Vortrag begann deutlich vor dem Entstehen des eigentlichen Guts Bergenthal. Anhand alter Landkarten erläuterte Bętkowski die Lage des Gebiets, Hügel, Täler und andere Landschaftsformen sowie die bereits bestehenden Siedlungen. Eine damals schon existierende Straße führte von Allenstein am Vorwerk Posorten [Pozorty] vorbei in Richtung Jomendorf [Jaroty], eine zweite oben an den Hügeln entlang Richtung Groß Kleeberg. Manche dieser Strukturen sind bis heute gleich geblieben.

**Gutsbesitzer und reicher Fabrikant**

Von dieser zweiten Straße aus führte später eine Stichstraße zum späteren Gut Bergenthal an den Rand der Hügel, die in Richtung Posorten ins Tal abfallen. Heute ist das die ulica Metalowa zum Naturkundlichen Museum, und das Gelände unterhalb des Hügels bis zur Ausfallstraße zum heutigen Jaroty ist mit einem Schrebergartengelände bedeckt. Erstmalig erwähnt wird das damals noch namenlose Terrain 1832, als der Ratsherr Andreas Bogatzki für die Rettung der Stadt vor einem Feuer dieses Anwesen am südöstlichen Rand der Stadt erhielt. Auf einer amtlichen Landkarte erscheint es offiziell erstmals 1840/1841; darauf wird die Verteilung



Beherbergt heute das Naturkundliche Museum: Gutshaus Bergenthal

Foto: U.H.

des Landes an namentlich genannte Bürger dargestellt. Die Benennung seines Guts mit dem Namen „Bergenthal“ im April 1848 erlebte Bogatzki nicht mehr. Er verstarb am 16. März 1848. Der Name ist der Geographie des Ortes entlehnt, es ist schlicht und einfach ein von Hügeln umgebenes Tal. Im polnischen heißt der Stadtteil, in dem das frühere Gut liegt, entsprechend „Nagórki“.

„Bogatzki war nicht nur Gutsbesitzer. Er besaß eine Ziegelei, an der Alle bei der heutigen Jakobsbrücke eine Mälzerei und spätere Brauerei und war außerdem Postmeister der Alten Post ebenfalls an dieser Stelle“, führte der Referent aus und ergänzte „das erbten Andreas' Tochter Anna Bogatzki und ihr Mann Carl Rhode.“ Das Gut Bergenthal sah damals noch deutlich anders aus als heute. Sicher ist aber, dass

die beiden dort gelebt haben, es muss also ein repräsentatives Gebäude gegeben haben.

Das Gutshaus, in dem sich heute das Naturkundliche Museum befindet, sowie der große Wagenschuppen stammen vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Der damalige Besitzer war der bekannte Allensteiner Max Lion (1861–1938). Er war Schlossermeister, Fabrikant, Stadtrat, Mitbegrün-

der der Ostpreußischen Industrie- und Handelskammer sowie Freimaurer und Stadtältester. Mit der Übernahme von Gut Bergenthal ließ er die bestehende Bebauung abreißen und neue Gebäude im Jugendstil errichten, von denen nur die beiden erwähnten erhalten sind.

**Ein wechselhaftes Schicksal**

Nach dem Ersten Weltkrieg begann für Gut Bergenthal ein wechselhaftes Schicksal. Es beherbergte die Landwirtschaftsschule eines Ausbildungsbataillons, bis 1945 wieder einen Landwirt. Mit Kriegsende wurden die Hauptgebäude nicht zerstört. Nach dem Abzug der Roten Armee wurde das Gut zu einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) mit einer Nutria-Zucht, dann zu Wohnzwecken verwendet. Das alles tat dem Zustand der Bausubstanz nicht gut, die bei der Überschreibung an das Museum von Ermland und Masuren im Jahr 1975 kläglich aussah.

Der damalige Direktor des Museums Wladyslaw Ogrodziński bemühte sich sofort um eine Eintragung des Parks und der beiden Gebäude ins Denkmalverzeichnis. Für den Park gelang das 1978, für das Gutshaus 1979, jedoch konnten die Bewohner nicht ausquartiert werden, was eine museale Nutzung unmöglich machte. Deswegen sind Magazin und Verwaltung bis heute in der Remise untergebracht, die 1989 einen Platz im Register erhielt, renoviert wurde, und seit 1995 genutzt werden kann.

Das Gutshaus konnte erst Ende der 90er Jahre revitalisiert werden, das Naturkundliche Museum nahm seinen Betrieb nach insgesamt 25 Jahren, am 1. Januar 2000, auf. Das Gebäude selbst erstrahlt heute wieder, wenn auch nicht ganz so glänzend wie vor 120 Jahren.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Ein Veto gegen den Dialekt

Präsident Duda stellt sich gegen die Anerkennung der (ober-)schlesischen Sprache als Regionalsprache

Den Befürwortern einer (ober-)schlesischen Nationalität wurden gute Chancen zugesprochen, im neuen polnischen Parlament eine Anerkennung des (ober-)schlesischen slawischen Dialekts als Regionalsprache zu erreichen. Allein die Unterschrift des Staatspräsidenten fehlte. Doch Andrzej Duda (PiS) sprach sich am 29. Mai gegen das Gesetz aus, das dem (Ober-)Schlesischen den Status einer Regionalsprache verleihen sollte.

Die (Ober-)Schlesier seien keine ethnische Minderheit und ihr Ethnolekt sei keine eigenständige Sprache, begründete Duda. Expertenmeinungen, insbesondere von Linguisten, auf die sich Duda stützt, vertreten die Meinung, dass der (ober-)schlesische Dialekt, „ein Dialekt der polnischen Sprache ist wie beispielsweise das Kleinpolnische, Großpolnische und Masowische“ und damit seien die Kriterien der Erhebung dieses Ethnolekts zur Regionalsprache nicht erfüllt. Duda befürchtet, dass die Anerkennung des schlesischen Ethnolekts als Regionalsprache und damit seine Aufnahme in den durch diesen Status gewährleisteten Schutz ähnliche Erwartungen bei Vertretern anderer regionaler Gruppen hervorrufen könnte – „insbesondere in der aktuellen sozialen und geopolitischen Situation. Unvorhersehbare hybride Aktionen, die im Zusammenhang mit dem Krieg an der östlichen Grenze gegen die Republik Polen unter-

nommen werden könnten, erfordern eine besondere Sorgfalt im Erhalt der nationalen Identität. Ein Schutz der nationalen Identität dient vornehmlich der Pflege der Muttersprache“, so Duda.

Die Reaktion der Betroffenen Organisationen der (Ober-)Schlesier lautete einvernehmlich: Die äußere Bedrohung sei für den Präsidenten leider kein Impuls zur Achtung der (ober-)schlesischen Identität, was die Oberschlesier stärker an den polnischen Staat hätte binden können, sondern sie sei ein „Vorwand zur kulturellen Uniformierung. Die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr werden daher in Oberschlesien zum Plebiszit für oder gegen unsere Identität.“

So wolle man demnächst erst recht die Anerkennung der (Ober-)Schlesier als ethnisch-nationale Minderheit fordern, zumal diese „nicht nur die Unterstützung der (ober-)schlesischen Sprache gewährleisten, sondern auch zusätzliche Möglichkeiten für den Unterricht der schlesischen Geschichte und Kultur schaffen“ würde, kommentiert der Vorstand der Bewegung für die Autonomie Schlesiens (Ruch Autonomii Śląska, RAŚ). Diese Bewegung kämpft seit 28 Jahren für ihr Recht auf Selbstbestimmung als ethnische Minderheit, eine wirtschaftliche und kulturelle Autonomie Oberschlesiens und die Anerkennung der (ober-)schlesischen Sprache. 1996 stellte eine Gruppe von

Mitgliedern der RAŚ beim Woiwodschaftsgericht in Kattowitz einen Antrag auf die Registrierung des Verbandes der Bevölkerung Schlesischer Nationalität (Związek Ludności Narodowości Śląskiej, ZLNŚ), mit dem Ziel „das nationale Bewusstsein der (Ober-)Schlesier zu wecken und zu festigen“. Gegen die ein Jahr später erfolgte Registrierung des Verbandes legte nur neun Tage danach der Kattowitzer Woiwode Berufung ein und bekam Recht.

1998 reicht der ZLNŚ eine Beschwerde bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte ein, die an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte weitergeleitet wurde. 2001 entschied die

Kammer der vierten Sektion des Gerichtshofs, dass keine Verletzung der Konvention vorliege. 2002 beantragte der ZLNŚ die Überweisung der Sache an die Große Kammer des Gerichtshofs. 2003 erfolgte eine öffentliche Anhörung vor der Großen Kammer in Straßburg, die 2004 ein Urteil erließ, in dem die Beschwerde des ZLNŚ mit der Begründung abgewiesen wurde, es sei nicht die Aufgabe des Gerichtshofs, über die Existenz einer schlesischen nationalen Minderheit zu entscheiden.

2005 verabschiedete die Regierung der Republik Polen das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten sowie über regionale Sprachen und ratifizierte die Europäische Charta der Regional- oder

Minderheitensprachen. 2011 wurde in Oppeln der Verein Menschen Schlesischer Nationalität (Stowarzyszenie Osób Narodowości Śląskiej, SONŚ) registriert. Ein Jahr später legte die Bezirksstaatsanwaltschaft in Oppeln Berufung beim Bezirksgericht in Oppeln ein und focht die Entscheidung der ersten Instanz an. 2015 entschied das Amtsgericht Oppeln, SONŚ aus dem Vereinsregister zu streichen, weil sich die Vereinigung weigere, den Vereinsnamen zu ändern und die Bezugnahme auf eine schlesische Nationalität aus der Satzung zu entfernen. 2017 legten die Gründer des SONŚ Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Sieben Jahre später kam der langersehnte Durchbruch: Am 14. März urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Republik Polen den Artikel 11 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte gebrochen habe.

„Wir haben nun das Recht auf Vereinigungsfreiheit“, so der Verleger und Mitbegründer des SONŚ, Pejter Długosz. Vom Veto des Präsidenten lässt er sich nicht entmutigen. Man gebe nicht auf, daran zu arbeiten, dass „unsere Sprache anerkannt wird. Sie ist wie ein Berg, der keine Anerkennung der Politiker bedarf, um existieren zu können. Gebt Acht auf diesen Berg!“, spätestens beim Marsch für die Autonomie am 13. Juli in Kattowitz.

Chris W. Wagner



Sie wird bleiben: die Forderung nach Anerkennung als ethnische Minderheit



## SEHENSWÜRDIGKEIT

## Ein „geheimnisvoller Ort“

Stettiner schauten einst vom neunstöckigen und 45 Meter hohen Quistorp-Turm über Stadt und Odertal

VON KARL-HEINZ ENGEL

Wohin an den Wochenenden? Für Stettiner hieß das dereinst häufig, raus ans Wasser, hinaus in Wald und Heide, denn die Oderregion bietet davon eine Menge. Auf dem Sonntag und Feiertagsprogramm „ganz in Familie“ stand aber auch gern, die Aussichtspunkte am Stadtrand zu besteigen und den ungewohnten Panoramablick zu genießen. Unübertroffen in der Besuchergunst soll ab 1904 der Quistorp-Turm in Stettin-Westend gewesen sein. Allerdings brauchte der sich der Konkurrenz des später ähnlich beliebten Bismarck-Turms im Norden der Stadt noch nicht zu erwehren. Der wurde erst 17 Jahre später seiner Bestimmung übergeben.

Der 45 Meter aufragende, schlanke Quistorp-Rundbau, entworfen vom bekannten Berliner Architekten Franz Schwechten, erhob sich von einem 70 Meter hohen Hügel im Eckerberger Wald unweit der Falkenwalder Straße [al. Wojski Polskiego]. Er verfügte über drei Aussichtsebenen. Der Blick vom obersten Rondell auf die damals 200.000 Einwohner zählende Stadt mit der Nadelspitze der Jakobikirche mittendrin, sorgte immer wieder für staunende Gesichter. Erst recht aber sollen Turmkieker die Fernsicht auf das Oderland genossen haben. Stettin liegt in der Tat in einer reizvollen Umgebung.

Der Quistorp-Turm bot auch das, was nicht fehlen darf, um Ausflügler zufrieden zu stimmen: Cafés und Restaurants. Die luden in den Gewölbekaden des aus hellem Granit ausgeführten Untergeschosses zu Speis, Trank und Geselligkeit ein. Das zinnenbesetzte und mit anderem Zierrat versehene Turmbauwerk selbst bestand aus rotem Backstein. Das Terrain ringsum mit seinen Wegespalieren, Skulpturen und vornehmen Treppenaufgängen war zudem gärtnerisch gestaltet worden. Turm nebst Drum und Dran werden in Schilderungen aus jener Zeit als wirklich gepflegte Örtlichkeit am Stettiner Stadtrand beschrieben.

**Engagement für Mitarbeiter**

Aber das ist Geschichte. Seit den Kämpfen um die Oderstadt im Frühjahr 1945 liegt der Aussichtsturm in Trümmern nieder. Doch selbst das, was in den vergangenen acht Jahrzehnten von ihm blieb, nötigt noch Achtung ab.

Quistorp-Turm – woher kommt eigentlich der Name? Das Bauwerk ist dem Stettiner Großunternehmer Johannes Quistorp (1822–1899) gewidmet, der den enormen wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mitbestimmte.

Quistorp, gebürtiger Greifswalder und gelernter Kaufmann, betrieb ab 1855, ähnlich der Toepffer-Familie im benachbarten Finkenwalde, eine Portlandzementfabrik. Diese lag jedoch nahe den Dörfern Kalkofen [Wapnica] und Lebbin [Lubin] auf der Insel Wollin. Beide Fabrikanten begründeten damals europaweit den erstklassigen Ruf des begehrten Baustoffs von der unteren Oder, was ihnen enormen Wohlstand bescherte.

Vor allem die Quistorps engagierten sich dafür aus christlicher Überzeugung, wie man weiß, beispielhaft auf sozialem Gebiet. So wurden in Kalkofen 150 Werkwohnungen für 600 Arbeiter und Angestellte gebaut, außerdem eine Schule, Kindergarten, Bibliothek, Einkaufsladen – in dem es aber keinen Alkohol gab –, Witwen- und Waisenhäuser sowie ein Arbeiterbildungsinstitut. Die Beschäftigten kamen zudem in den Vorzug, sich in einer



Die Ruine des Quistorp-Turms: Auch heute trotz allem Anziehungspunkt für zahlreiche Besucher

Foto: Engel

Kranken-, Witwen-, Sterbe- und Unterstützungs-kasse versichern zu lassen.

Als weitsichtiger und einflussreicher Industrieller, der ab 1867 den Titel „Königlich preußischer Commerzienrath“ trug und der Zugang zu höchsten Kreisen hatte, erweiterte Quistorp seine Betätigungsfelder fortwährend. Er besaß Ziegeleien, so auch die in Berndshof bei Ueckermünde, und er eröffnete in Wolgast, wo er seine Jugendjahre verbrachte, eine Soda- und Pottaschefabrik. Ihm gehörten Schamottewerke und eine Reederei. Schließlich stieg die Familie auch ins Immobilien- und Bauerschließungsgeschäft ein, denn Stettin platzte in jener Zeit aus allen Nähten.

Quistorp erwarb die vor der Stadtgrenze liegenden Güter Friedrichshof und Eckerberg und erschloss die Felder als Wohnbauland, aus dem alsbald der Stadtteil Westend [Lekno] mit seinerzeit moderner Infrastruktur wie Klinik, Pflegeheim, Diakonissenzentrum, Kirche, Schulen, Plätzen und Parkanlagen, darunter die Quistorp-Aue, entstand. Auch sonst unterstützte der angesehene Kommerzienrat fortwährend eine Vielzahl sozialer und kultureller Projekte.

**Sohn ließ Gedächtnisturm bauen**

Den Quistorp-Turm aber ließ nicht die Stadt errichten, etwa um ihrem verstorbenen Gönner Ehre zu erweisen. Es war sein Sohn Martin (1861–1929), der den Bau des Aussichtsturms auf dem Eckerberg zum Gedächtnis an seinen Vater initiierte und finanzierte. Er hatte die Leitung des Firmenverbands bereits 1888 übernommen und erwies sich, ähnlich wie sein Vater, als tüchtiger Geschäftsmann mit ausgeprägtem Gemeinsinn aus christlicher Überzeugung. Das weitläufige, ineinander gewobene Parkgelände, Quistorp-Aue genannt, das sich im Prinzip von der Pommerischen Provinzialverwaltung, heute Stettiner Rathaus, bis hinauf zum Aussichtsturm ausdehnte, übereignete Martin Quistorp als ein Vermächtnis seines Vaters 1908 der Stadt.

Bei dem feierlichen Akt vor dem Stadtparlament sollen sich die Abgeordneten und der Magistrat, lange Beifall spendend, erhoben haben. Der inzwischen umgestaltete Park gehört auch heute zu den beliebtesten innerstädtischen Erholungsräu-

men der Stettiner. Als Papst Johannes Paul II. 1987 die Stadt besuchte, soll er in der einstigen Quistorp-Aue vor einer Million Gläubigen gepredigt haben. Dort befindet sich nun auch ein Denkmal des Papstes. Die einstige Oase trägt aber den Namen des polnischen Dichters Jan Kasprowicz. Andere Bereiche heißen heute Jasne Blonia und Las Arkonski.

Im Übergabevertrag der Quistorpschen Besitzungen an die Stadt wurde seinerzeit ein Passus fixiert, wonach der Park nur der öffentlichen Erholung zu dienen hat und keiner Bebauung geopfert werden darf. Daran haben sich bisher alle gehalten. Ein überaus markantes Detail fehlt der Anlage jedoch. Es ist der Aussichtsturm.



So kannten ihn die Stettiner: Der Quistorp-Aussichtsturm, Ausflugsziel seit 1904. Der Sohn Martin Quistorp ließ ihn zu Ehren seines Vaters von dem bekannten Berliner Architekten Franz Schwechten erbauen

Foto: Postkarte aus Privatsammlung

## ● MELDUNGEN

## Wahlendspurt, Jagdmusik und Weizenkrieg

**Stettin** – Am letzten Sonntag kam es um Stettin zu Staus bis zu zehn Kilometern. Bedingt durch das verlängerte Wochenende, welches mit Fronleichnam begann, nutzten viele Reisende die Tage zu einem Kurzurlaub. Betroffen war auch Gollnow mit der Anschlussstelle der Schnellstraße 6. TS

**Prerow** – „Tau de Plattdütschen Wochen“ wird vom 10. bis 14. Juni in das Fischer- und Seefahrdorf Prerow eingeladen. Bei der Themenwoche dreht sich natürlich alles um die „platte“ Muttersprache – mit einem „Schnack“ sowie „Kortwieliges ut de egen Fedder“. TS

**Stargard** – Anlässlich des 560. Jahrestages des Endes des Weizenkrieges mit Stettin (1454–1564) veranstaltete das Museum einen Umzug. Zu den dabei dargestellten Persönlichkeiten der Stadtgeschichte gehörten auch der Stargarder Bürgermeister Peter Gröning, der Architekt David Gilly und Königin Luise. TS

**Stralsund/Greifswald** – Wahlendspurt bei den Kommunalwahlen in Vorpommern. Auffällig ist: Viele verschiedene parteiunabhängige Wählergruppen machen den Parteien Konkurrenz, nicht nur in den Gemeinde- und Stadtvertretungen, sondern auch bei den Wahlen zu den beiden pommerischen Kreistagen. TS

**Stettin** – Am vergangenen Sonnabend erinnerte Katarzyna Ganczarska mit dem Trio Animato mit einer musikalischen Reise in der ehemaligen Garnisonkirche an die Stettiner Orgelbauerfamilie Grüneberg. Die Veranstaltung am Weltkindertag gedachte auch der Opfer der Kriege. TS

**Bütow** – Letztes Wochenende war im „Blauen Ländchen“ das musikalische Jagdfieber ausgebrochen: Bütow wurde zur Hauptstadt der Jagdmusik. Zum 28. Mal traf man sich zu einem landesweiten Jagdmusikwettbewerb und stieß dabei mächtig ins Horn – auch am Rathaus und Schloss. TS

**Greifswald** – Nach dem sechsten Triumph in der UEFA Champions League steht der pommerische Mittelfeldspieler Toni Kroos nun mit der Nationalmannschaft ab dem 14. Juni in seinem wohl letzten großen Turnier. Der Rekordspieler zählt bereits vor der EM zu den Fußball-Legenden. TS

**Swinemünde/Heringsdorf** – Nach zweimonatiger Vorbereitung begannen am 1. Juni die deutsch-polnischen Patrouillen auf der Insel Usedom. Die Vereinbarung dazu war bereits 2023 zwischen den Polizeipräsidenten Neubrandenburg und Stettin getroffen worden. TS

**Wolgast** – Am 3. Juni wurde auf der Peene-Werft die erste von insgesamt vier Fregatten der Klasse 126 auf Kiel gelegt. Entstehen sollen in den nächsten Jahren damit die größten Kampfschiffe der Marine. Die auf den Namen „Niedersachsen“ getaufte Fregatte ist über 160 Meter lang. TS

**Stralsund** – Die südliche Kirchen-schiffwand im Johanniskloster wird zur statischen Sicherung dieses Teils der historischen Klosteranlage aus dem 13. Jahrhundert saniert. Fertigstellung soll Ende des Jahres sein. BS



# „Das kann für eine Demokratie nicht gut sein“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Straub: immer wieder gerne gelesen. Solche Geister sind sehr selten geworden in diesen Zeiten. Requiescat in pace“

**Chris Benthe, Dresden**  
zum Thema: Trauer um Eberhard Straub (Nr. 22)



Ausgabe Nr. 21

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## GÖTTLICHE HOFFUNG BLEIBT ZU: NATO UND EU ERÖFFNEN EINE BRANDGEFÄHRLICHE DEBATTE (NR. 21)

Den deutlichen Worten des PAZ-Chefredakteurs René Nehring über die große Gefahr einer weiteren Eskalation des Ukrainekrieges durch NATO und EU wird man leider zustimmen können. Seltsam, wie sehr sich die EU „verlaufen“ hat, und vielleicht sogar ihrem „Untergang“ entgegen-eilt. Eine Bonner Politikwissenschaftlerin, der das Wohl Europas und der Europäischen Union immer sehr am Herzen lag, schrieb mir: „Ja, an dem Krieg kommen wir nicht mehr vorbei, der ist jetzt einfach gewollt.“ Dennoch bleibt „Hoffnung“ (eine der drei göttlichen Tugenden). *Ottfried Wallau, Siegburg*

## NICHTS WIRD AUSDISKUTIERT ZUM WOCHENRÜCKBLICK: DER TEUFEL TRÄGT HOLZPANTINEN (NR. 21)

Mehr als die Hälfte meines Lebens habe ich in der DDR verbracht. Manchmal denke ich, das habe ich doch schon einmal so oder so ähnlich gehört oder erlebt: Klassenstandpunkt/klare Haltung; Sozialismus verteidigen/Demokratie verteidigen; Klassenfeinde/Demokratiefeinde; Verfassungsfeinde; Boykotthetze/Hass und Hetze; Antifaschistischer Schutzwall /Brandmauer; Nationale Front (Zusammenschluss aller Antifaschisten)/Zivilgesellschaft; Bonner Ultras, Bonner Kriegstreiber, Revanchisten, Ausbeuter/Rechtsextremisten, Rassisten; Kampf für den Sozialismus/Kampf für den Rechtsstaat; der Friede muss bewaffnet sein/Wehrhafte Demokratie; Die Partei hatte immer recht/...; Wahr ist, was der SED nützt/...

Wer damals in der Deutschen Demokratischen Republik die Wahlkabine benutzte, musste mit Konsequenzen rechnen. Heute erklärt der Chef der Diakonie, wer die AfD wählt, wird entlassen. Woher weiß er eigentlich, welche Partei seine Mitarbeiter wählen?

Nach Gregor Gysi war der Grund für den Untergang der DDR, dass die Probleme nie ausdiskutiert wurden. Sobald jemand sich auf Marx berief, war die Diskussion beendet.

Auch heute ist ein Ausdiskutieren der Probleme nicht möglich. Wer sich kritisch äußert, muss mit Nachteilen rechnen beziehungsweise wird als Rassist oder Rechtsradikaler abgestempelt. Das kann für eine Demokratie nicht gut sein.

„Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“: Dieser Satz von Immanuel Kant hat auch nach 300 Jahren noch seine Gültigkeit. *Karl Hahn, Bad Salzungen*

## ALLES GEHT DEN BACH RUNTER ZU: MUT- UND RATLOS BEGLEITEN DIE DEUTSCHEN DAS TOHUWA-BOHU IN BERLIN (NR. 20)

Der Leitartikel war wieder einmal ein realistisches Meisterstück und hat die zerrissene Ampel blank gelegt: keine Übereinstimmung innerhalb der Koalition, nichts für die Bürger, Meineide auf der ganzen Linie, dazu links-grüne Ideologienpolitik. Asylbewerber überschwemmen das Sozialsystem, die aber keine qualifizierten Facharbeiter sind. Hinzu kommen hohe Abgaben und Steuern, die andere abschrecken, hier zu investieren.

Was ist das für eine Regierung, die Steuergelder deutscher Bürger für Radwege in Peru und Afrika verschwendet, und eine Ministerin, die allen Ernstes meint, dass dies dem Klimaschutz dient? Dazu kommen Milliardensubventionen an Landwirte in aller Welt, die unseren eigenen Bauern verweigert werden (siehe Steuer für Agrardiesel).

Irrsinnig sind auch Ausgaben für windige Unternehmen wie das Recherche-Team Correctiv oder die „Seenotretter“ im Mittelmeer (es gibt einen Unterschied, ob man unverschuldet in Seenot gerät oder absichtlich seeuntüchtig in See sticht), die unsinnige Cannabis-Legalisierung oder das gegen die Bürger gerichtete Gebäudeenergiegesetz, das eine Folge des

Klimaschutzgesetzes ist, wobei das Klima kein Mensch bestimmen kann.

Unmöglich ist auch die Deindustrialisierung, die zum Niedergang der Wirtschaft beim Exportweltmeister führt. Warum gibt es keine Förderung entsprechender Firmen? Somit gehen die Firmen ins Ausland, um günstiger produzieren zu können. Dafür gibt es trotz desolater Haushaltslage und teurer Energiewende ein Bürgergeld, welches den Arbeitsanreiz senkt. Stattdessen müssen Bürger, die mit ihrer Schaffenskraft den Staat erhalten, gefördert werden.

Fazit: eine Regierung ohne fehlendes Charisma, farblos und ohne Entschlusskraft. Wir verabschieden uns von den Wurzeln unseres Gemeinwesens, von Glaube und Tradition. Weil auch der Wert von Sprache und Bildung verschwindet, verletzt der Staat seine elementare Schutzpflicht. *Günter Algner, Berlin*

## LANGWEILE KOMMT NICHT AUF ZU: MUT- UND RATLOS BEGLEITEN DIE DEUTSCHEN DAS TOHUWA-BOHU IN BERLIN (NR. 20)

Mit Entsetzen habe ich wahrgenommen, was alles an Intrigen gegen einen Mann in Thüringen bei einer Kommunalwahl aufgeboden wird. Die Sätze von Maximilian Kraus waren mehrere, einer wurde herausgerissen. Eine Gruppe von jungen Menschen, die aussehen wie von der Jungen Union, singt auf Sylt ausländerfeindliche Lieder. Beides geht um die Welt.

Frau von der Leyen diktiert in Brüssel den Kurs. Mitspielen darf nur, wer für den Krieg ist, sagt sie. Und die Rechten Europas sprechen sich gegen die AfD aus. Die wirklich rechten Volksverhetzer aus Österreich stellen sich hinter die AfD – ungebeten. Aus der Schweiz kommt eine Medienkampagne.

Es ging um eine Wahl im Land, eine Kommunalwahl, nicht um die Kanzlerfrage. Das ist doch keine Demokratie, da können die schwadronieren über die Verfassung, solange sie wollen. Das beginnt mit dem Recht auf sein eigenes Bild bei

den Syltern. Damit hat die CDU sich erhofft, Stimmen von der AfD abzuluchsen. Hat funktioniert.

Der Bauer von den Freien Wählern kann sich auf etwas gefasst machen. Mal sehen, was die gegen Trecker alles aufbieten, ich bin gespannt. Langweilig ist es jedenfalls nicht. *Valentina Selge, Jork*

## GRUNDGESETZ FÜR TRIZONE ZU: DIE UNVOLLLENDETE REPUBLIK (NR. 20)

Warum sollte man Demut vor einem Grundgesetz und den Politikern haben, die sich von den USA, Großbritannien und Frankreich zu einer nicht vom Volk beschlossenen Gesetzessammlung überreden ließen, um sich ein Diktat aufzwingen zu lassen und damit das Recht des deutschen Volkes auf seinen völkerrechtlichen Nationalstaat bis heute zu untergraben?

Wer sich ohne Scheuklappen die Staatsgründung der Bundesrepublik anschaut, der weiß, dass der parlamentarische Rat nicht die Aufgabe und Befugnis hatte, einen neuen deutschen Staat auf dem Boden des besetzten Deutschen Reiches zu gründen, sondern nur ein Grundgesetz zur Verwaltung der damaligen Trizone, die dann 1990 durch Mitteldeutschland erweitert wurde.

*Walter Meier, München*

## KEIN VERTRAUEN MEHR ZU: DIE AUFARBEITUNG DARF NICHT ZUR VERSCHLEIERUNG FÜHREN (NR. 14)

Zum Thema Pandemie hatte ich schon zuletzt zur Regierung Merkel wenig Vertrauen, zur jetzigen Ampel-Regierung ist dies auf dem Tiefpunkt angelangt. Es ist erschreckend, mit welcher Ignoranz die derzeitige Regierung mit der Gesundheit unserer Bürger umgeht. Aber auch hier ist es so wie zu vielen anderen Themen auch, wichtig ist es, dass es allen anderen gut geht. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



## Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## ALTERNSWISSENSCHAFT

## Der Weg zur Unsterblichkeit

Wie Forscher den Traum vom langen Leben erfüllen wollen – Neue Technologien sollen den Alterungsprozess umkehren

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der Club der 100-jährigen wächst und wächst. Etwa 25.000 Menschen gibt es in Deutschland, die 100 Jahre oder älter sind. Rund 80 Prozent von ihnen sind Frauen. Vor zehn Jahren waren die Zentnaren noch um die 10.000 weniger. Fast alle Forscher stimmen darin überein, dass sich die Alterung eines Tages allgemein verlangsamten lassen wird. Manche sehen sogar gar kein Verfallsdatum des Menschen mehr. Aktuell liegt der Lebenszeitrekord bei 122 Jahre.

Schon jetzt geben Ärzte Empfehlungen, was man selbst tun kann, um möglichst lange gesund zu bleiben. Krankenkassen belohnen entsprechendes Verhalten mit Boni und anderen Vergünstigungen. Tina Ernst, niedergelassene Gynäkologin im baden-württembergischen Kurort Bad Mergentheim, zählt mit zu der Ärzteschaft, die das Thema des gesunden Alterns beschäftigt. Im Mai lud sie zu einem Vortrag ein.

„Nur 20 Prozent des Alterns ist wirklich genetisch bedingt, den Rest können wir durch unseren alltäglichen Lebensstil beeinflussen“, ist sich die Medizinerin sicher. Dabei setzt sie auf einen gesunden Lebenswandel mit gesunder Ernährung, Bewegung, Stressreduktion, Verzicht auf Suchtmittel und ausreichend Schlaf. Schon kleine Schritte in diese Richtung könnten nach ihrer Ansicht eine große Wirkung haben.

Außerdem setzt sie auf Mikronährstoffe, also auf jene Mittel, die der Körper in kleinen Mengen für die Gesundheit des Herzens, des Gehirns und der Gelenke benötigt und die im Alter schlechter aufgenommen und verarbeitet werden. Dazu gehören bestimmte Vitamine, Mineralstoffe oder Omega-3-Fettsäuren. So sollen Antioxidantien wie Vitamin C, Vitamin E, Beta-Carotin und Selen helfen, freie Radikale zu bekämpfen und oxidative Schäden in den Zellen zu reduzieren.

Das, kurz gesagt, Lebensstil-Modell ist – mit Variationen und Ergänzungen – in-



Ob man dank Spritze mit 80 Jahren bald so aussehen kann? Wer älter wird, träumt von einer faltenfreien jugendlichen Erscheinung

zwischen weitverbreitet. Doch wie alt kann man damit werden und wie gesund kann man damit wirklich altern? Dazu verfolgt die Alternsforschung seit einigen Jahren ein ganz anderes Konzept: den sogenannten Reparaturansatz. Damit hält sie sogar die irdische Unsterblichkeit nicht mehr für unmöglich. Was auf den ersten Blick als billige Science-Fiction erscheint, ist bei näherer Betrachtung zwar immer noch unglaublich utopisch, entbehrt aber nicht einer gewissen Logik. Es ist also nicht völlig abwegig, einen zweiten Blick auf das Thema zu wagen.

Bereits 2007 erschien der Bestseller „Ending Aging: The Rejuvenation Breakthroughs. That Could Reverse Human Aging in Our Lifetime“. Im Jahr 2010 kam die deutsche Übersetzung auf den Markt: „Niemals alt!: So lässt sich das Altern umkehren. Fortschritte der Verjüngungsfor-

schung“. Darin entmystifiziert der britische Bioinformatiker und theoretische Biogerontologe Aubrey de Grey, Jahrgang 1963, zusammen mit seinem Assistenten Michael Ray als Co-Autor die bis heute letzte Gewissheit, dass der Tod ein unabhängiges Schicksal sei. Nach Grey sind jene Biotechnologien, die den körperlichen Verfall nicht nur hinauszögern, sondern periodisch rückgängig machen, bereits in Reichweite.

## Verjüngungspartei bei Europawahl

Seit 2019 ist de Grey Mitglied im Beirat der 2015 gegründeten Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung (bis 2022 Partei für Gesundheitsforschung) mit Sitz in Berlin, die den Reparaturansatz des vermutlich bekanntesten Alternsforschers der Welt in Deutschland weiterverfolgt. Als eine der Kleinparteien

auf der Wahlliste zum Europäischen Parlament 2024 rückt sie derzeit vermehrt ins Rampenlicht. In ihrem Programm erklärt die Ein-Themen-Partei Schritt für Schritt das medizinische Konzept.

Ziel ist es, das Altern zu besiegen. Schlaganfall, Herzinfarkt, Immunschwäche, Demenz, Krebs treten verstärkt mit steigendem Alter auf. Würde man den Körper eines Menschen auf dem Stand eines 20-Jährigen halten oder den eines 90-Jährigen wieder in den eines 30-Jährigen verwandeln können, gäbe es die altersbedingten Probleme gar nicht, die in letzter Konsequenz zum Tod führen.

Altern wird dabei als Anhäufung schädlicher Veränderungen im Körper definiert. Je länger man lebt, je mehr irreparable Schäden sammeln sich an. Sie entstehen unter anderem durch den ganz normalen Stoffwechsel, da es keinen Pro-

zess gibt, der fehlerfrei abläuft. Dazu kommen unvermeidliche Umwelteinflüsse wie Strahlung und aggressiver Luftsauerstoff, durch welche die Zellen beschädigt und das umliegende gesunde Gewebe in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Da wir alleine ohne Sauerstoff nicht leben können, ist Schadensvermeidung unmöglich. Es bleibt nur die Option, Techniken zu entwickeln, mit denen man Schäden regelmäßig reparieren kann, damit sich ihre Gesamtzahl nicht erhöht und im besten Fall sogar verringert.

Dazu hat der Buchautor de Grey alle möglichen Alternsgründe in nicht mehr als sieben Schadensklassen eingeteilt. Für alle darin enthaltenen Probleme soll es schon theoretische Lösungen geben. Einige dieser theoretischen Lösungen wurden angeblich bereits erfolgreich an Mäusen angewendet. Entscheidende Experimente am Menschen stehen noch aus.

Bleibt die Frage: Wie schnell schreitet die medizinische Entwicklung voran? Darauf geben Verjüngungsforscher eine verblüffende Antwort. Tina Ernst fasst zusammen: „Bei genauerer Betrachtung brauchen wir keine Gesamttechnologie, die erst in Jahrzehnten so weit sein wird. Dafür ist das Thema zu kompliziert. Wir brauchen überhaupt keine Technologie für Unsterblichkeit. Es reicht aus, die erste Technologiewelle der Lebensverlängerung mitzunehmen, die zum Beispiel 25 Jahre extra schenkt. In diesen 25 Jahren wird weiter geforscht und werden neue Technologien entwickelt, die einem, sagen wir, 50 weitere Jahre geben. Und dadurch erlebst du die nächste Technologiewelle, die 100 Jahre schenkt, und so weiter.“

Zur schnelleren Entwicklung von Verjüngungstherapien fordert die Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung zusätzliche 40 Milliarden Euro des EU-Haushalts pro Jahr für den Bau und Betrieb zusätzlicher Forschungseinrichtungen und den Ausbau der relevanten Fachbereiche an den Universitäten – wie zum Beispiel Medizin, Biochemie, Bioinformatik und Molekularbiologie – sowie die Ausbildung von mehr Menschen.

## BOTANIK

## Blütenduft und Farbenpracht

Auf der Berliner Pfaueninsel blühen wieder 200 verschiedene historische Rosensorten

Die inmitten der Havel im Südwesten Berlins gelegene Pfaueninsel stößt wieder betörende Düfte aus. Auf der Insel, die ihren Namen von den dort frei herumlaufenden Pfauenvögeln hat und die mit den Schlössern und Parks von Sanssouci zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, erblühen wieder mehr als 1000 Rosen. Gegenwärtig können zirka 200 verschiedene historische Sorten bewundert werden.

Die kugelförmigen Rosenhochstämme sorgen zusammen mit den Rosenbüschen für eine einzigartige Blumenpracht. In diesem Jahr begann die Rosenblüte, bedingt durch die milde Witterung in den vergangenen Monaten, ungewöhnlich früh. Die historischen Rosen zeichnen sich durch einen Blütenduft aus, der bei den modernen Rosenarten in dieser Intensität nicht vorhanden ist.

Die Gärtner der zur Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) gehörenden Pfaueninsel sorgen dafür, dass sich die Rosen von ihrer schönsten Seite zeigen. Die Rosenpflege zählt zu den aufwendigsten gärtnerischen

Kulturen, da die Pflanzen auf Trockenheit, zu hohe Feuchtigkeit, Schädlinge und Frost sehr empfindlich reagieren.

Der preussische Gartenkünstler Peter Joseph Lenné (1789–1866) legte 1821 den Rosengarten auf der Pfaueninsel an. Er

war der erste seiner Art in Preußen. Die mit labyrinthartig verschlungenen Wegen gestaltete Anlage galt im 19. Jahrhundert als eine der eindrucksvollsten in Europa. Sie wurde 1989 umfangreich restauriert. Im selben Jahr entstand anlässlich des

200. Geburtstages Lennés ein weiterer Rosengarten auf der Pfaueninsel. In diesem Schaugarten wurden die bis 1870 verfügbaren Rosen nach Klassen und Züchtungsjahr jeweils paarweise als Hochstamm und Busch gepflanzt. Hier sind rund 300 Rosensorten zu bestaunen. Im Rosen-Ergänzungsgarten wurde 2007 außerdem eine Wildrosensammlung von mehr als 50 Arten angelegt, um die Vielfalt der Vorfahren der heutigen Kulturreisen zu präsentieren.

Die Rosengärten auf der Pfaueninsel zählen zu den bedeutendsten gärtnerischen Anlagen der SPSG. Der Bestand an historischen Rosen gehört zu den wichtigsten in Deutschland. 2023 hat man in der gusseisernen Rosenlaube des Lennéschen Rosengartens die halbrunde Sitzbank aufgestellt. Sie wurde in der Tischlerei der SPSG in Anlehnung an ein historisches Modell angefertigt und vervollständigt seither das Ensemble. H. Tews/SPSG



Sie blühen wieder: 200 historische Rosensorten gedeihen auf der Berliner Pfaueninsel

## SANSSOUCI

## Römische Bäder dicht

Im Potsdamer Park Sanssouci werden gegenwärtig die Römischen Bäder verschönert. Die Restaurierungsmaßnahmen in und an dem Gebäudeensemble werden bis 2027 andauern, ehe die an antike Thermen erinnernden Bäder im Mai 2028 wiedereröffnet werden sollen. Noch in seiner Kronprinzenzeit gab der spätere Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. zuerst Schloss Charlottenhof und anschließend die Römischen Bäder in Auftrag. Stilistisch an römischen und altitalienischen Vorbildern orientiert, wurden die Römischen Bäder von Karl Friedrich Schinkel und seinem Schüler Ludwig Persius zwischen 1829 und 1841 erbaut. Das Ensemble spiegelte in besonderer Weise die „Italiensucht“ des Bauherrn wider, der mit zahlreichen Ideen und Entwurfszeichnungen großen Einfluss auf die Pläne der Architekten genommen hatte. Selbst schwimmen darf man später in den Bädern allerdings nicht. Das Ensemble wird rein museal genutzt. tws



## ● FÜR SIE GELESEN

## Traurig und schön zugleich

Sein Roman „Stadt der Klingen“ ist der erste, den der irakische Germanist, Journalist und Buchautor Najem Wali in deutscher Sprache verfasst hat. Der Roman erzählt von einer seltsamen und geheimnisvollen Verflechtung einer deutschen und einer irakischen Familie.

Der arbeitslose Behördendolmetscher Nuri Mohsen, der bei einer bewussten Fehlübersetzung erwischt und deshalb entlassen wurde, lernt in einem Pub der Messer-Stadt Solingen einen rätselhaften Deutschen kennen, der ihn mit einer ebenso undurchsichtigen Suche nach einem in den 1960er Jahren verschwundenen Dolch beauftragt. Bei der Suche lernt er neben einer soeben über die Türkei nach Deutschland geflüchteten Irakerin eine alte Dame kennen, deren Schicksal, wie sich später herausstellt, aufs Engste mit seinem verbunden zu sein scheint. In reichlich konstruierten Nebensträngen tauchen ein rechter Ideologe und ausländerfeindlicher Verwandter der Dame auf sowie dessen hörige Ehefrau und Pub-Besucher, die bei der Aufklärung des Rätsels helfen.

Am Ende wird die Geschichte des Dolchs geklärt, die mit einer unglücklichen Liebe verbunden ist. Der traurige Grundton und eine schöne Sprache ziehen den Leser in den Bann. **MRK**



**Najem Wali: „Stadt der Klingen. Roman“**, Seccession Verlag, Berlin 2024, gebunden, 191 Seiten, 25 Euro

## Fröhlich und ereignisreich

Als der Jugendliche Robert im Sommer 1988 seine neue Schule betritt, fällt ihm sofort Frederika auf. Sie läuft zwar wie eine Ente, wie Robert findet, hat aber ein wunderschönes Zahnlücken-Lächeln. Die beiden freunden sich an und verbringen eine ereignisreiche und fröhliche Teenager-Zeit zusammen. Robert verliebt sich in sie, doch als er ihr endlich nach dem Abitur seine Liebe gestehen will, erzählt sie ihm zuvor, dass sie als Au-pair-Mädchen nach Australien gehen will. Robert spricht deshalb nichts von seinen Gefühlen und leidet ein paar Monate vor sich hin.

Als Frie, wie sie sich nennt, zurückkommt und sie da weitermachen will, wo beide aufgehört hatten, zeigt er ihr jedoch die kalte Schulter. Nach vielen Jahren erst sehen sie sich wieder und empfinden immer noch etwas füreinander.

Julia Karnicks wundervoller Roman „Man sieht sich“ beschreibt in flüssigem Stil die Gefühle der Jugendlichen und erzählt einfühlsam die Zeit des Erwachsenwerdens. Es ist eine äußerst spannende und sehr zu empfehlende Lektüre. **Angela Selke**



**Julia Karnick: „Man sieht sich“**, dtv, München 2024, gebunden, 480 Seiten, 23 Euro

## REISEFÜHRER DER WOCHE



## Barock und Natur

Auf einer Reise zur sächsischen Hauptstadt Dresden und in die umliegende Sächsische Schweiz gibt es viel zu entdecken und zu erleben

FOTOS: SHUTTERSTOCK

**Elbflorenz** wird Dresden wegen seiner reizvollen Lage am Fluss und seiner barocken Prunkbauten gerne genannt. Informationen darüber, was es in der Stadt zu besichtigen gibt, und über Freizeitaktivitäten enthält die Neuauflage des Dumont Reise-Taschenbuchs

„Dresden & Sächsische Schweiz“, das neben vielen praktischen Tipps eine herausnehmbare Reisekarte enthält. Aufgrund seiner Sprache, der Leser wird durchgehend geduzt, und der Aufmachung richtet sich das Buch eher an ein jüngeres Publikum. **MRK**



**Siiri Klose: „DuMont Reise-Taschenbuch Dresden & Sächsische Schweiz“**, DuMont Reiseverlag, 2., aktualisierte Auflage, Ostfildern 2024, broschiert, 311 Seiten, 19,95 Euro

## IRAN

## Wie der Gottesstaat mit Frauen umgeht

Die Autorin Jasmin Taylor hat einen erschütternden Bericht über die Grausamkeit und Gräueltaten verfasst, derer sich das islamische Land bedient

VON BODO BOST

Jasmin Taylor gewährt in „Im Namen Gottes“ anhand mehrerer Einzelschicksale von Frauen im Iran einen grausamen Einblick in die Realität des Gottesstaates, der Mädchen und Frauen systematisch mithilfe des Islams demütigt, entwürdigt und erniedrigt. Mit neun Jahren endet für Mädchen im Iran die Kindheit, dann beginnt die Ehe- und Strafmündigkeit. So etwas wie Jugend ist für Mädchen im Iran nach der Vorgabe des Koran nicht vorgesehen. Sie können also im Alter von neun Jahren zwangsverheiratet und vom Gericht verurteilt und sogar hingerichtet werden.

Der Iran ist der einzige Staat, in dem mehr Frauen hingerichtet werden als Männer. Wenn Jungfrauen hingerichtet werden sollen, so Taylor, deren beste Freundin Soraya im Alter von 15 Jahren getötet wurde, weil sie regimekritische Flugblätter in ihrem Schulranzen trug, müssen sie vor der Hinrichtung von Gefängniswärtinnen entjungfert werden. Als Jungfrauen hätten sie Anspruch auf einen Platz im Paradies, auch wenn sie dort nur den Männern als Paradiesjungfrauen (Huris) zur Verfügung stehen müssten.

Viele dieser Mädchen, die vor ihrer Hinrichtung entjungfert werden, fürchten sich mehr vor Letzterem als vor dem Sterben, schreibt Taylor in dem erschütternden Zeitzeugenbericht. Auch Taylor kam mit 15 Jahren ins Gefängnis.

Acht Einzelschicksale stehen stellvertretend für über 40 Millionen von Irane-

rinnen. Taylor berichtet als eine der Protagonistinnen von ihren verstörenden Erfahrungen bis zu ihrer Flucht nach Deutschland. Alle geschilderten Einzelschicksale werden auf der Grundlage des islamisch-iranischen Rechts sachlich erläutert. Damit wird demonstriert, wie Frauenhass und Gräueltaten durch gezielte radikalislamische Gesetzgebung legitimiert werden. Darüber hinaus wird ein Vergleich zwischen der iranischen Gesetzgebung und internationalem Recht gezogen, das oft vom Iran zwar anerkannt wurde, aber an das sich die Mullahs nicht halten, weil sie ihr radikalislamisches Recht als höherwertig ansehen.

Dennoch ist Taylor durchaus stolz auf ihr Land und seine alten Kulturen und Traditionen, bis hin zu Kochrezepten, von denen es im Buch auch einige gibt. Die Autorin entwirft der iranischen Theokratie ihren Heiligenschein und erzählt schonungslos bittere Wahrheiten über eine staatlich verordnete halbe Wertigkeit der iranischen Frau gegenüber dem Mann. Damit beschreibt sie die brutale Realität eines Landes, das die gesamte Welt zwar schockiert, aber dennoch kaum zum Handeln zwingt.



**Jasmin Taylor: „Im Namen Gottes. Die Unterdrückung der Frauen im Iran“**, Europa Verlag, München 2023, gebunden, 240 Seiten, 25 Euro

## GESELLSCHAFT

## Generation Y will eigene Arbeitswelt

David Gutensohn spricht sich in seinem Buch „Generation Anspruch“ gegen die traditionelle Art und Weise der Erwerbstätigkeit aus

VON SILVIA FRIEDRICH

Der preisgekrönte Autor David Gutensohn richtet sich auf der Titelseite seines Buches „Generation Anspruch“ mit einer provokanten Behauptung an seine Leserschaft: „Arbeit ist nicht alles – und das ist auch gut so“. Die sogenannte Generation Y, also die der jetzt 30-Jährigen, sei nicht mehr bereit, wie ihre Großeltern und Eltern Arbeit über alles zu stellen. Das habe nichts mit Faulheit zu tun. Er selbst sei Teil dieser Generation, die Arbeit radikal hinterfrage. Er habe erlebt, wie seine Mutter sich als Pflegekraft kaputtgearbeitet habe.

Arbeit, die Sinn ergebe, sei das Ziel, ebenso eine Viertagewoche, Aus- und Elternzeiten sowie echte Feierabende. Für alle, die älter sind und viele Jahre Arbeit hinter sich haben, klingt das danach, sich sein ganzes Leben lang „einen faulen Lenz“ machen zu wollen. Doch beim zweiten Blick sieht die Sache anders aus.

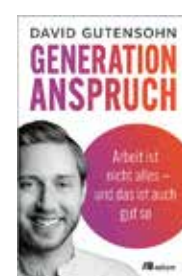
In einem Interview sagt Gutensohn, der Beweggrund, dieses Buch zu schreiben, sei sein Ärgernis darüber, dass Politiker seine Generation für arbeitsunwillig hielten. Sie sei nicht mehr bereit, etwas zu leisten. Nach eingehender Studienrecherche zeige sich aber, dass junge Menschen sehr wohl dazu bereit seien, vor allem auch, um mit ihren Jobs etwas zu bewirken und anders und besser zu arbeiten, als es ihre Eltern und Großeltern je konnten. Ihr Anspruch sei es, die Arbeitswelt für alle zu verbessern. Erstmals in der Ge-

schichte, so der Autor, hätten junge Menschen auch die Macht und die Möglichkeiten dazu.

In acht Kapiteln zeigt der Autor, wie sich die Arbeit von der Jungsteinzeit bis heute entwickelt hat, dass Arbeit in Deutschland historisch immer über allem anderen stand und so zu krankmachenden Auswirkungen bei Arbeitnehmern führte. „Niemand sollte sich kaputtarbeiten“, heißt es in Abschnitt drei.

In Deutschland leiden etwa 18 Millionen Menschen unter psychischen Problemen, viele davon durch Dauerstress am Arbeitsplatz. Sich krank zur Arbeit zu schleppen, sollte ein Relikt aus vergangenen Zeiten sein. Arbeit, die krank mache, gehöre abgeschafft, fordert der Autor.

Eine überalterte Gesellschaft, Fachkräftemangel – auch durch die in Rente gehenden geburtenstarken Jahrgänge –, zu wenig Nachwuchs und künstliche Intelligenz, die Jobs ersetzen oder ergänzen wird, ändere vieles auf dem Arbeitsmarkt, was die „Generation Anspruch“ in ihren Forderungen bestätige und unterstütze. Wie eine solche Umwälzung funktionieren kann, ist eingehend und nachvollziehbar geschildert.



**David Gutensohn: „Generation Anspruch. Arbeit ist nicht alles – und das ist auch gut so“**, Oekom Verlag, München 2024, Softcover, 192 Seiten, 22 Euro



## SELBSTBESTIMMUNG

## Zurück in die Kolonialzeit?

Warum ein Volksstamm in Namibia wieder nach einem deutschen Reichskanzler benannt werden möchte

VON WOLFGANG REITH

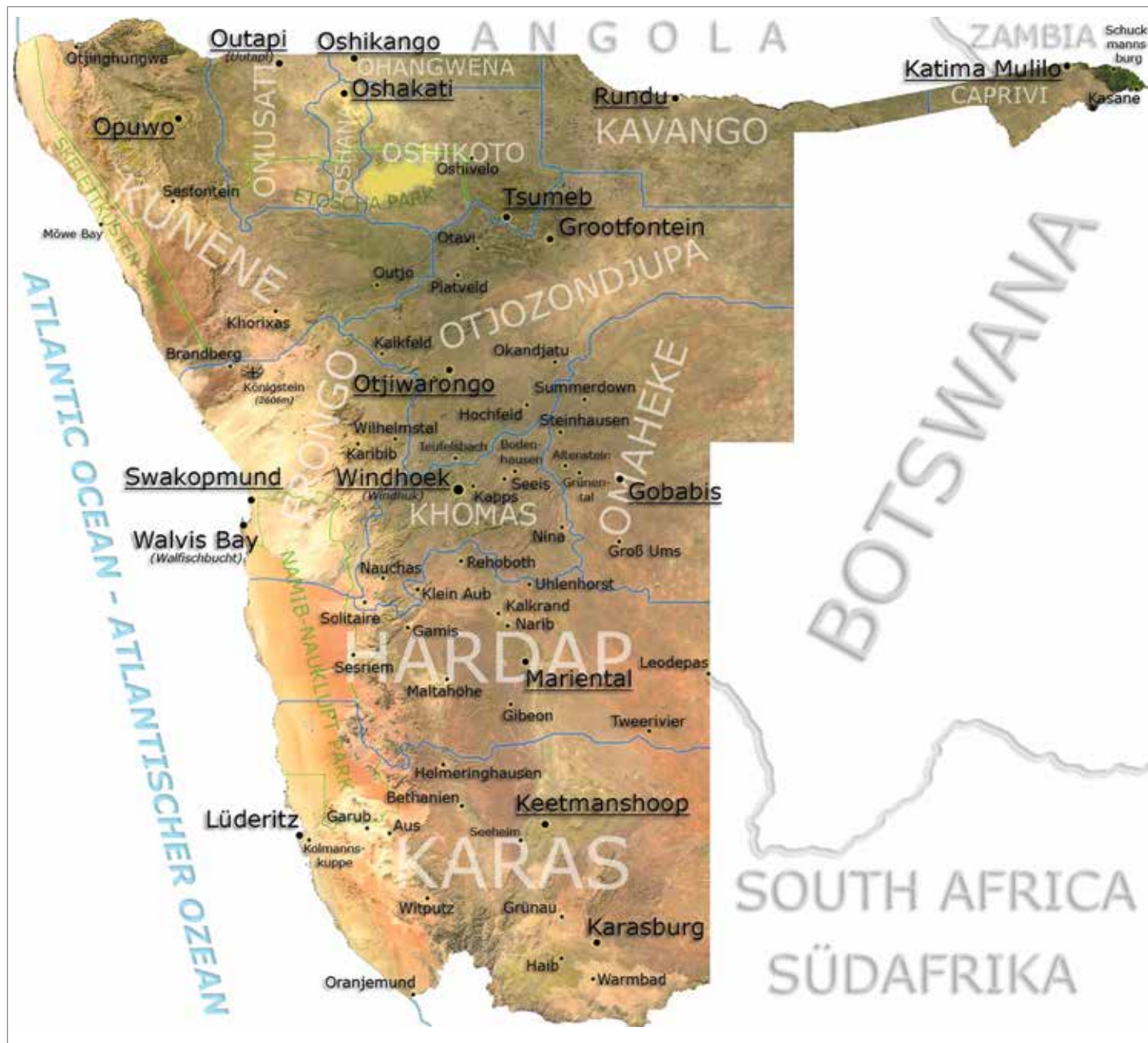
Es mutet wie ein Anachronismus an: Während die Regierung Namibias seit Jahren im Rahmen eines Entkolonialisierungsprogramms immer mehr Straßen und vereinzelt auch Ortschaften umbenennet, die aus der deutschen Kolonialzeit und der Ära der südafrikanischen Administration herrühren, wollen die Angehörigen des Volkes der Lozi partout weiterhin als stolze „Caprivianer“ gelten und damit diese Bezeichnung aus den Tagen der deutschen Herrschaft beibehalten. Die Lozi oder Caprivianer setzen sich hauptsächlich aus vier Stämmen (Clans) zusammen, nämlich den Mafwe, den Mashi, den Masubia und den Mayeyi. Beheimatet sind sie im äußersten Nordosten Namibias, dem Caprivizipfel. Der trägt diesen Namen seit dem Jahre 1890, in dem Leo von Caprivi als Reichskanzler mit den Briten den Helgoland-Sansibar-Vertrag abschloss.

In jenem Abkommen vom 1. Juli 1890 erhielt das Deutsche Reich die Insel Helgoland, die seit 1807 britische Kronkolonie gewesen war, und verzichtete dafür auf den Schutzvertrag mit dem Sultanat Wituland (Wituland) in Ostafrika sowie Ansprüche auf die Insel Sansibar. Außer Helgoland erwarb das Reich mit dem Caprivizipfel – den Anstoß zu dieser Bezeichnung soll der seinerzeitige Gouverneur Deutsch-Südwestafrikas, Theodor Leutwein, gegeben haben – einen rund 450 Kilometer langen und zwischen 50 und 100 Kilometer breiten Landstreifen im Nordosten der Kolonie mit einem Zugang zum Sambesi. Anfänglich war die Region, die durch die Flüsse Okavango, Kwando und Sambesi begrenzt wird, auch als Deutsch-Barotse-land oder Deutsch-Sambesiland bekannt.

Um den deutschen Herrschaftsanspruch durchzusetzen und abzusichern, entsandte Gouverneur Bruno von Schuckmann im November 1908 eine Expedition unter der Leitung des Hauptmanns der Schutztruppe Kurt Streitwolf in das Gebiet. Anfang 1909 wurde der Ostteil des Caprivizipfels erreicht, und am 27. Januar des Jahres – Kaisers Geburtstag – erfolgte die administrative Eingliederung des Territoriums als „Kaiserliche Residentur“ in das Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika. Wenige Tage später gründete man den Verwaltungssitz Schuckmannsburg, benannt zu Ehren des Gouverneurs.

**Unabhängigkeit Namibias seit 1990**

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurde Schuckmannsburg schon am 21. September 1914 von einer Polizeitruppe aus dem benachbarten Nordrhodesien (heute Sambia) besetzt, und nachfolgend kam der Caprivizipfel unter die Verwaltung des Britischen Hochkommissars für das Protektorat Betschuanaland (heute Botswana). Ende 1919 erfolgte die Teilung in die Gebiete Ost-Caprivi und West-Caprivi, wobei ersteres von Kasane, letzteres von Maun aus verwaltet wurde (beide Orte liegen in Botswana). Mit Inkrafttreten des Friedens von Versailles am 1. Januar 1921 übernahm dann der Britische Hochkommissar für das Südliche Afrika die Verwaltung (bis 1929), ehe sie für weitere zehn Jahre auf den Administrator von Südwestafrika übergang. 1935 wurde zudem der Verwaltungsmittelpunkt Schuckmannsburg nach Katima Mulilo verlegt. Von 1939 bis 1981 war schließlich der südafrikanische Minister für Eingeborenenangelegenheiten in Pretoria für Ost-Caprivi zuständig, während der Westteil des Landstreifens verwaltungsmäßig beim Eingeborenenkommissar von Kavango lag. 1940 erklärte man den Caprivi-Zipfel zum Eingeborenen-Reservat, 1963 zum Eingebore-



Namibia vor 2013: In jenem Jahr wurde Kavango in Kavango-Ost und Kavango-West geteilt sowie Caprivi in Sambesi umbenannt

nen-Park, zu dem Weiße nur mit einer besonderen Erlaubnis Zugang erhielten.

Von 1972 bis zur Unabhängigkeit Namibias 1990 unterstand das Gebiet wieder der Administration für Südwestafrika, wobei es allerdings im Mai 1972 im Zusammenhang mit der südafrikanischen Politik der getrennten Entwicklung zur Bildung des Homelands Ost-Caprivi kam, das im Jahr darauf zunächst autonom wurde und am 1. April 1976 unter dem Namen Lozi die Selbstverwaltung erhielt. Neue Hauptstadt wurde Linyanti, doch erfolgte schon bald hernach wieder die Verlegung nach Katima Mulilo, das verkehrsgünstiger lag und zudem über den von der Südafrikanischen Luftwaffe (SAAF) neu angelegten Flughafen M'pacha verfügte.

**Festlegung der Regionen 1992**

Mit der Revolution in Portugal 1974 und dem damit einhergehenden Verlust seiner Kolonien begann auch für Südafrika eine neue Zeit. Nachdem schon 1966 erstmals Guerilla-Truppen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Angola aus über die Grenze nach Südwestafrika eingedrungen waren, verstärkten sich solche Angriffe ab 1974/75. Während bis 1973 die Südafrikanische Polizei (SAP) die Abwehr bewältigen musste, lag diese Aufgabe von da an in den Händen der Südafrikanischen Streitkräfte (SADF), die dafür mit zunehmender Stärke an der Nordgrenze stationiert wurde. Betraf die Gefahr anfänglich vor allem das Ovamboland, fanden in den Jahren 1977 und 1978 auch massive Übergriffe von Buschkämpfern im Gebiet von Ost-Caprivi statt, wo die Südafrikaner aber schnell die Oberhand gewannen, sodass die Zeit von 1979 bis 1989 weitgehend ruhig blieb.

Mit der Caprivi African National Union (CANU) war 1963 eine Befreiungsbewegung entstanden, die sich im Jahr darauf der SWAPO anschloss und mit dieser zusammen den bewaffneten Kampf propagierte. 1980 kam es jedoch zum Bruch

zwischen den Führern der beiden Organisationen, denn die CANU bestand auf einer weitgehenden Selbstständigkeit, wohingegen die SWAPO einen zentralistischen Staat anstrebte. 1985 ging die CANU schließlich in der neugegründeten UDP (United Democratic Party – Caprivi Freedom) auf, deren Forderung in einer völligen Unabhängigkeit des Caprivizipfels vom künftigen namibischen Staat bestand. Eine Folge dieser Entwicklung war, dass sich die Politiker auf die Seite der von Südafrika favorisierten Demokratiebewegung (unter anderem Demokratische Turnhallen Allianz/DTA) schlugen. Auch waren jetzt viele Caprivianer bereit, sich den südafrikanischen Streitkräften anzuschließen und somit gegen ihren einstigen Koalitionspartner SWAPO ins Feld zu ziehen. Im August 1977 wurde das aus Angehörigen des Lozi-Volkes bestehende 33. Bataillon gegründet, das nach Aufstellung der landeseigenen Streitkräfte 1980 zum 701. Bataillon wurde und sich bis 1989 im Anti-Terror-Kampf bewährte. Im Unterschied zum Rest des Landes, in



Leo von Caprivi

dem Afrikaans die vorherrschende Verkehrssprache war, bildete im Caprivizipfel von jeher Englisch die Lingua franca – was nun auch für die Kommandosprache in den Streitkräften galt –, weil die Verbindungen zu den britischen Kolonialgebieten Rhodesien und Betschuanaland enger waren als zur entfernt liegenden Landeshauptstadt Windhoek.

**Neue Regionen seit 2013**

Zurückblickend wundert es nicht, dass die DTA von 1989 bis 1999 die dominierende Partei in Ost-Caprivi war, wollte man doch ein Gegengewicht zur im Lande herrschenden SWAPO bilden. Nachdem Namibia 1990 unabhängig geworden war, plante die neue Staatsmacht eigentlich, die koloniale Bezeichnung Caprivizipfel durch „Liambezi“ zu ersetzen, doch die Proteste der Bewohner des Gebietes fielen derart heftig aus, dass der alte Name letztlich bestehen blieb. Als aber klar wurde, dass die Unabhängigkeit Ost-Caprivis kein Thema mehr für die Regierung in Windhoek war, etablierte die UDP 1994 die Caprivi Liberation Army (CLA), die aus der Sezessionsbewegung Caprivi Liberation Movement der 1980er Jahre hervorgegangen war. Nachdem die namibischen Streitkräfte (NDF) im Oktober 1998 ein Ausbildungslager der CLA ausgehoben hatten, flohen 2500 Caprivianer nach Botswana, und bei den Regionalwahlen im Dezember des Jahres übernahm die SWAPO alle Sitze, weil die DTA diese nicht mehr besetzen konnte. Am 2. August 1999 kam es dann zur offenen Rebellion gegen die Regierung in Windhoek, die durch Polizei und Armee niedergeschlagen wurde, nachdem Namibias Gründungspräsident Sam Nujoma noch den Notstand ausgerufen hatte. Die Anführer des Putsches flohen nach Botswana und erhielten bald darauf politisches Asyl in Dänemark. Mehrere hundert Personen wurden jedoch wegen Hochverrats und Mordes verurteilt.

Ab 1994 war der Caprivizipfel aufgeteilt: West-Caprivi wurde als Teil der Region Kavango verwaltet, Ost-Caprivi bildete die Region Caprivi. Die dort lebende Bevölkerung hielt an der Bezeichnung Caprivianer fest, und am 7. Oktober 2002 erklärte man die Heimatregion sogar zum „Free State of Caprivi Strip“. 2013 fand dann eine größere „Entkolonialisierungsaktion“ statt, mit der am 8. August des Jahres die Caprivi-Region in Region Sambesi umbenannt wurde. Außerdem erhielt das nur noch 800 Einwohner zählende Schuckmannsburg den neuen Namen Luhonono. West-Caprivi wurde zum selben Zeitpunkt in Region Kavango-Ost umbenannt. Katima Mulilo erlebte im August 2014 Massenproteste, bei denen gefordert wurde, die Umbenennungen rückgängig zu machen.

**Protest gegen Umbenennungen**

Zehn Jahre später ist die Thematik nun wieder aktuell: Zwei Aktionsgruppen – Namibian Lives Matter Movement (NLMM) und Zambezi Development Associations (ZDA) – forderten im Mai 2024 lautstark die Rückbenennung der Region in Caprivi, außerdem müsse die Region Kavango-Ost (ehemals Caprivi-West) erneut an den Osten angeschlossen, also der Caprivizipfel in seinen historischen Grenzen wiederhergestellt werden, wobei man sich auf eine Vereinbarung vom 4. Mai 1977 berief, in der Häuptlinge aus Kavango und Caprivi die Mitte des Kavango-Flusses als Grenze zwischen den Regionen festlegten. Die diesjährigen Aktivisten entfernten gewaltsam das Schild „Zambezi Region“, was allerdings Regionalgouverneur Lawrence Sampofo verärgerte, der ansonsten eine Petition der Protestierenden entgegennahm, die er an den Präsidenten Namibias weiterleiten wollte, und zugleich betonte, das Anliegen grundsätzlich zu unterstützen. Ein Demonstrant brachte zum Ausdruck, dass die Bewohner der Region sich selbstverständlich immer noch als Caprivianer empfinden, und wenn man ihnen das nehmen wolle, bedeute es den Verlust ihrer Identität. Er selbst jedenfalls sei sowohl stolzer Caprivianer als auch stolzer Namibier.

Ob das Anliegen letztlich zum Erfolg führen wird, bleibt abzuwarten. Man verweist in dem Zusammenhang aber gerne auf das Beispiel der Stadt Lüderitzbucht, die 2013 ebenfalls umbenannt werden sollte, sich aber erfolgreich dagegen wehrte. Schon 1993 hatte der Nama-Häuptling Dawid Fredericks vorgeschlagen, Lüderitzbucht in !Nami+Nūs (Klicklaut) umzubenennen, was die Regierung 2012 schließlich billigte und am 9. August 2013 bekanntgab. Kurz darauf, am 27. August des Jahres, protestierten Bewohner mehrheitlich gegen die Umbenennung, woraufhin die Regierung erklärte, alles beruhe auf einem „Missverständnis“, denn nur der Wahlkreis sei umbenannt worden, während die Stadt selbst weiterhin ihren Namen behalte. 2015 unternahm der Nama-Häuptling allerdings einen neuen Versuch, auch die Stadt umzubenennen, was einmal mehr auf den Widerstand der Einwohner und des Lüderitz Heritage Committee stieß, die ein Plebiszit forderten. Die Bürgermeisterin stellte im Februar 2015 im Übrigen klar, dass noch keine Entscheidung zur Umbenennung getroffen worden sei, und daran hat sich seither nichts geändert. Sie betonte jedoch in aller Deutlichkeit, der deutsche Name sei Teil „unserer Identität und hat uns immer ausgezeichnet“. Am Rande sei noch erwähnt, dass es in Windhoek nach wie vor eine Caprivi-Straße gibt, bei der man offenbar übersehen hat, sie umzubenennen.



## ● AUFGESCHNAPPT

Zum viel diskutierten Bau von Radwegen im peruanischen Lima mithilfe deutscher Steuergelder hat der Autor Hans Hofmann Reinecke eine interessante Perspektive beigezeichnet. Auf dem Blog von PAZ-Kolumnistin Vera Lengsfeld berichtet er, dass auch das südafrikanische Kapstadt seit Anfang der 2000er Jahre mit dem zügigen Ausbau von Radwegen begonnen habe. Nach einer entsprechenden Petition von Anwohnern aber werden die Wege nun geschlossen, die Flächen an die angrenzenden Grundstücke angeschlossen und begrünt. Was war geschehen? Diebesbanden hatten sich gezielt an den Wegen auf die Lauer gelegt, um die Radler von ihrem schicken Gefährt zu schubsen und die Räder für den Hehlmarkt zu rauben. Der Autor weist darauf hin, dass die Kriminalitätsbelastung laut einem internationalen Index in Lima mit 70,90 Punkten fast genau so hoch liegt wie in Kapstadt mit 73,84 (zum Vergleich München: 20,34). So ist es also durchaus denkbar, dass auch Limas „deutsche“ Radwege dereinst als neue Vorgartenstücke enden. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Christian Lohse macht in der „Bild“-Zeitung (3. Juni) seinem Ärger Luft über die Scheinheiligkeit der Politik, die aus den leeren Worthülsen nach dem Mord von Mannheim wieder heraustropft:

„Nein, die SPD (mit Ampel) macht, was sie immer macht und was auch die Merkel-Union immer gemacht hat in solchen Situationen: so tun als ob ... Bloß nicht ans Thema Abschiebungen wirklich ran gehen. Bloß nicht diese neue Schnell- und Einfach-Einbürgerung infrage stellen. Bloß nicht die heilige doppelte Staatsbürgerschaft wieder abschaffen. Bloß nicht an den Grenzen wieder Recht und Ordnung herstellen ... Wen, bitte schön, soll denn ein halbwegs gefestigter Demokrat in diesem Land wählen, wenn er einfach nur Recht und Ordnung haben will?“

Der Kolumnist Don Alphonso erklärt in der „Welt“ (30. Mai), warum die künstliche Aufregung über den „Ausländer raus“-Gesang von Sylt nach hinten losgehen dürfte:

„Unter Mao galt der Spruch: Bestrafe einen, erziehe hunderte. Das hat man auch diesmal wieder versucht, aber bei der versuchten Bestrafung von fünf Syltern lief die Sache so aus dem Ruder, dass jetzt hunderte Politiker und Medienmacher erzogen werden, sobald irgendwo ein Döptertönt. Denn Autoritäten, die nicht akzeptiert werden, sind keine. Und wer sogar das Abspielen eines Liedes verbieten muss, um einer selbst verursachten Situation noch Herr zu werden, zeigt nur, dass er die Kontrolle auf der ganzen Linie von den ostdeutschen Diskotheken bis nach Sylt verloren hat.“

Jens Blankenagel fragt nach dem tödlichen Messerangriff eines radikalen Moslems in Mannheim in der „Berliner Zeitung“ (3. Juni), welche politischen Folgen solche Taten wohl künftig haben:

„Die Angst zündet, und irgendwann kommt wohl auch eine Messerdebatte. Es wird interessant, ob sie wieder nur oberflächlich wird mit viel Gebrüll und wenig Substanz. Oder ob diese Gesellschaft eine ernsthafte und ehrliche Diskussion wagt über die Chancen und Risiken der bisherigen Einwanderungspolitik und über künftige Möglichkeiten und Notwendigkeiten.“

Familienministerin Lisa Paus (Grüne) will mit staatlichen Maßnahmen gegen eine fortschreitende Vereinsamung der Deutschen vorgehen. Was er davon hält, schreibt Ralf Schuler bei „Nius.de“ (1. Juni):

„Die Wahrheit ist: Die Menschen sind für ihr Leben selbst verantwortlich. Das mag für manche Zeitgenossen und Betreuungspolitiker bedrohlich klingen. Für die meisten anderen sollte es verlockend sein. Man nennt es Freiheit. Singe-Nachmittage mit Kaffee, Kuchen und Lisa Paus sind das Gegenteil.“

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Die große Ablenkung

Warum jetzt alle über Abschiebung reden, und wie sie in Wahrheit alles beim Alten lassen

VON HANS HECKEL

Die Politik musste nach dem grauenvollen Mord von Mannheim, wo ein radikal-islamischer Afghane den 29-jährigen Polizisten Rouven L. hinterrücks erstochen hat, blitzschnell reagieren. Und tatsächlich hat die politische Elite der Republik auch umgehend geliefert. Ziel der Operation: Ablenkung!

Wie schon nach den Silverster-Exzessen von 2015, dem Massenmord auf dem Berliner Weihnachtsmarkt 2016 oder den Messermorden von Brokstedt und anderen Orten geht es den meisten politischen Akteuren darum, jede Änderung der Politik der grenzenlosen Einwanderung zu vereiteln. Das ist gar nicht so einfach, denn offen aussprechen kann man diese Absicht in der aufgeheizten Atmosphäre nur um den Preis des politischen Selbstmords.

Also lenken die Verantwortlichen die Debatte listig auf ein totes Gleis. Dort soll sich das geschockte und empörte Volk wieder beruhigen, während die steilen Politikersprüche in der Sonne der Vergesslichkeit verdampfen mögen, damit niemand bemerkt, dass aus ihnen mal wieder nichts, aber auch gar nichts Reales gefolgt ist.

Dieses Abstellgleis der Empörung lautet „Abschiebung“. Schon im Oktober forderte Bundeskanzler Olaf Scholz markig, wir müssten endlich „im großen Stil abschieben“. Und des Kanzlers Innenministerin Nancy Faeser kündigte sogar eine Abschiebe-Offensive an, nach der zusätzlich 600 Personen pro Jahr rausgeschafft werden sollten. Nebenbei: Jeden Tag gelangen rund tausend Menschen aus Nicht-EU-Ländern über das Asylsystem oder per Familiennachzug in die Bundesrepublik, mit Faesers „Offensive“ sollen knapp zwei pro Tag wieder verschwinden.

Das Gerede von der (jetzt aber wirklich!) forcierten Abschiebung ist deshalb so gerissen, weil es dieselbe Politik war, die jenen Dschungel aus Einspruchsmöglichkeiten mit endlosen Instanzenwegen geschaffen und bei Bedarf mit pauschalen Abschiebestopps befestigt hat, in dem sich jede „Abschiebe-Offensive“ von vornherein verfrachten muss. Und wenn es doch einmal passieren sollte, dass jemand nach Hause gebracht werden konnte, kann er einfach wieder einreisen und den ganzen Prozess von Neuem starten. Genau jene Politiker, die jetzt „bestürzt“ (Scholz) oder „zutiefst erschüttert“ (Faeser) sind, halten an diesem System der Abschiebe-

Verhinderung eisern fest. Wenn sie nun verstärkt Abschiebungen fordern, tun sie es in dem Wissen, alles dafür getan zu haben, damit nichts daraus wird. Da kann man dann ruhig ordentlich auf die Pauke hauen. Ändert sich ja doch nichts.

Im Gegenteil: Mit der neuen Turbo-Einbürgerung sorgt die Ampel dafür, dass sogar eine Nachfolge-Regierung, die den Dschungel lichten und Abschiebungen wirklich erleichtern wollte, bei immer mehr Hereingeschnitten gar keine Chance mehr auf Vollzug hat, da die ja nun den deutschen Pass besitzen.

Was etwas ändern könnte, wäre ein rigides Grenzregime, das die Leute gar nicht erst hereinlässt. Das Thema spielt in dem vielmehrigen Gerede nach dem Mord von Mannheim bezeichnenderweise kaum eine hörbare Rolle. Damit das auch auf jeden Fall so bleibt, baut Annalena Baerbock sicherheitshalber vor. Den tödlichen Messerangriff des Afghanen als Argument für eine verschärfte Einwanderungspolitik zu verwenden, sei „wirklich total kontraproduktiv“, insistiert die grüne Außenministerin.

## Aus Verzweiflung wird Frechheit

Da hat sie allerdings recht, zumindest aus ihrer Warte. Denn „kontraproduktiv“ bedeutet in der linksgrünen Welt, dass auf Mannheim eine Debatte folgen könnte, an deren Ende eine wirklich drastische Reduzierung der Asyleinwanderung auf nahe Null stünde. Etwa so, wie es die neue Regierung in den Niederlanden anstrebt. Aber erkennt Baerbock denn das Ablenkungsmanöver ihrer eigenen Gesinnungsgenossen nicht und wittert daher hinter dem Abschiebungsgerede echten Reformwillen?

Iwo, so dumm ist die selbstverständlich nicht. Aber damit die Deutschen das Ablenkungsmanöver nicht durchschauen und wirklich glauben, dass die Politik in Sachen Zuwanderungsbegrenzung etwas Substantielles vorhat, muss es auch jemandem geben, der davor „warnt“. Sonst wirkt die Täuschung nicht echt genug. Man nennt es „Spiel mit verteilten Rollen“. Nun müssen sie das Theaterstück noch bis September durchhalten, bis zu den anstehenden Landtagswahlen. Danach ist es überstanden, und alles kann so weitergehen wie gehabt. Bis zum nächsten Messermord durch einen radikalen Moslem.

Wenn es nicht so furchtbar real wäre, könnte man es eine Posse nennen. So bleiben wir nur zornig und atemlos zurück und fra-

gen uns: Was haben diese Leute eigentlich vor mit unserem Land? Mit uns? Wer sich diese Fragen ernsthaft stellt, gruselt sich vor den möglichen Antworten, die ihm einfallen. Also lassen wir das lieber sein.

Spannend könnte werden, was Scholz, Faeser, Baerbock und so weiter sagen werden, wenn der Zusammenhang zwischen politisch gewollter Massenzuwanderung und den um sich greifenden Messertaten beim schlimmsten Willen nicht mehr zu leugnen ist. Wie werden sie sich dann wohl herausreden? Vielleicht so, wie es uns Klimaminister Robert Habeck auf einem ganz anderen Feld gerade vorgemacht hat. Man lese und staune:

Zwei Jahre lang hat er versucht, den rasanten wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands entweder ganz wegzusalbadern oder ihn auf das Konto „externer Faktoren“ zu schieben – die Corona-Nachwirkungen, den Krieg, was weiß ich. Nur die deutsche Politik sollte nicht schuld sein an dem Debakel.

Doch die Fadenscheinigkeit dieser Masche wurde irgendwann auch für den Allereinsten erkennbar. Daher hat sich Habeck nun etwas Neues einfallen lassen getreu dem Motto: Frechheit siegt!

„Friedrich Merz, die Union ist verantwortlich für die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten“, donnerte Habeck beim kleinen Parteitag der Grünen in Potsdam. Alles gehe nämlich zurück auf den „historischen Fehler der Großen Koalition“ (welche Rolle spielte Merz da eigentlich? Ach, lassen wir das ...), weil die uns vom russischen Gas abhängig gemacht habe.

Dass die Sache mit dem Gas schon unter Rot-Grün in den Jahren 1998–2005 losging, soll uns hier gar nicht weiter stören. Aber ist es nicht toll, wie Habeck hier den beschlossenen raschen Kohleausstieg und vor allem den absurden Ausstieg aus den letzten Kernkraftwerken mal so eben vom Tisch der Geschichte wischt?

Die Union sei „energiepolitisch eine Geisterfahrerpartei“, setzte der grüne Vizekanzler noch oben drauf. Zur Erinnerung: Die ganze Welt setzt auf Atomkraft oder baut Kohlekraftwerke, nur das linksgrüne Deutschland weiß es besser. Doch wer die deutsche Linie nicht so genial findet wie Robert Habeck, der ist ein Geisterfahrer – so hört es sich an, wenn aus Verzweiflung Frechheit wird. Und so ähnlich wird es wohl auch klingen, wenn die politische Mitverantwortung für die Messermorde nicht mehr zu verhehlen ist.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

## ● WORT DER WOCHE

„Jeder Joghurt besitzt ein höheres Haltbarkeitsdatum als die Aussagen von Olaf Scholz.“

Gabor Steingart mokiert sich im „Focus“ vom 3. Juni über den steten Wankelmut des Bundeskanzlers